

Die Politische Meinung



DEUTSCHLAND

—
Wie geht es weiter?

ZUM SCHWERPUNKT Norbert Lammert, Anmerkungen zur Bundestagswahl 2021; Christian Bermes, Standpunkt und Orientierung; Elisabeth Hoffmann, Junge Generationen auf der Suche nach Balance; Dorothea Siems, Zur Schuldenbelastung für die nächste Generation; Monika Queisser, Deutschlands Arbeitsmarkt im OECD-Vergleich

INTERVIEW Sven Schulze, Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, über die Perspektiven seines Landes

INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN Claire Demesmay, Andreas Marchetti, Wohlwollender Hegemon? Deutschlands Europapolitik

ERINNERT Hetty Berg, Das Jüdische Museum Berlin und seine Bedeutung für Deutschland und Europa

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur



„Kennst du das Land, wo die Zitronen blühen“? Die Zitrus-Gespräche der Spitzenvertreter von Grünen und FDP, vielsagend unkonventionell in einem Selfie inszeniert, haben Neuerortungen vor Augen geführt. Die theatralische Sendung markierte den Auftakt zur Koalitions- und – wer weiß? – Regierungsbildung in Deutschland. „Dahin! Dahin möcht’ ich mit Dir ... ziehn!“

Das eintrachtige Ensemble vormaliger Kontrahenten kehrt bekannte Machtarithmetik um. Drei-Parteien-Konstellationen hat es, weiland unter Konrad Adenauer, bereits gegeben, aber noch nie verfügten die kleineren Parteien gemeinsam über mehr Stimmenanteile als der größte potenzielle Partner. Stets stand sein Kanzlerkandidat an der *pole position* zu einer neuen Regierung. Dies ist vorerst vorbei.

Die vom Wahlergebnis entsetzten Unionsanhänger mögen ein Quantum Trost darin finden, dass es der SPD-Kandidat – neben wieder aufmuckenden Parteilinken – mit ostentativ selbstbewussten Zitrus-Akteuren zu tun bekommt. Doch führt für die Union nichts mehr an der fundamentalen Frage vorbei: Schlägt den Volksparteien nun die „Stunde Null“, wie sie Politikbeobachter seit Jahren für unabwendbar halten?

Fraglos ist das Wahlergebnis nicht allein Folge eines historisch-sozialen Prozesses. So schlimm hätte es nicht kommen müssen. Unübersehbar gab es Schnitzer, inhaltliche Schwächen und interne Scharmützel. Gleichzeitig griffe die Fehleranalyse zu kurz, würde sie sich auf diese Aspekte beschränken.

Selbst die unwiderstehlichsten historischen Prozesse sind am Ende menschengemacht. Wenn Volksparteien und ihr Umfeld teils wie aus der Zeit gefallen wirken, liegt dies auch an ihnen selbst. Sie – und weniger ihre Grundidee von ausgleichenden Dialogzentren in der Demokratie – befinden sich in tiefer Krise. Andere könnten ihre Rolle übernehmen. Schon steht die Zitrus-Vision einer „jungen neuen Bürgerlichkeit“ (Karl-Rudolf Korte) im Raum – abseits von der Union.

Ob gelb-grüne Blütenträume reifen, ist nicht ausgemacht. Viel Poesie wird bei den Verhandlungen auf der Strecke bleiben. Eindeutig ist aber, dass nicht der oberste Moderator einer Koalition vorgibt, wie es in Deutschland weitergeht. Die Früchte der Macht hängen höher: Es geht darum, wieder möglichst viele Menschen, Kräfte, Traditionen und Tendenzen zusammenzuführen und – prinzipienorientiert – aus diesen Debatten Ziele abzuleiten. Lehr- und Wanderjahre stehen bevor.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Deutschland – wie geht es weiter?

16 STABILITÄT UND VERÄNDERUNG

Norbert Lammert
Anmerkungen zur Bundestagswahl 2021

21 EINE VOR-NACH-WAHLBETRACHTUNG

Thomas Petersen
Das veränderte Parteiensystem und die Verhandlungsphase nach der Wahl

27 INTERVIEW: „POLITIK SOLLTE IMMER VERLÄSSLICH SEIN“

Sven Schulze, Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, über die Perspektiven seines Landes

38 WO STEHEN WIR?

Christian Bermes
Standpunkt und Orientierung

45 FLUCH UND SEGEN

Dieter Frey, Nadja Bürgle, Mariella Stockkamp
Über Erwartungen und das Paradoxe daran

55 VOLL STABIL?

Elisabeth Hoffmann
Junge Generationen auf der Suche nach Balance

60 UNGEBREMST

Dorothea Siems
Eine Bestandsaufnahme der Belastungen für die nächste Generation

69 GUT GERÜSTET?

Monika Queisser
Deutschlands Arbeitsmarkt im OECD-Vergleich

75 NACH DEM COVID-SCHOCK

Lars P. Feld
Die Wirtschaftslage

80 AM GOLDENEN ZÜGEL

Hans-Günter Henneke
Wie der Bund die Kommunalautonomie schwächt

89 IST DIGITAL BESSER?

Leonie Mader
Die Corona-Pandemie entzaubert den Mythos „der“ Digitalisierung

94 MATTHEIT UND MÜDE METAPHERN

Kerstin Maria Pahl
Ein Plädoyer für mehr (sprachlichen) Elan

99 SEISMOGRAPHISCHE AUSSCHLÄGE

Thomas Scholz
Gegenwartsliteratur und gesellschaftliche Vorausschau

Internationale Perspektiven

33 HOFFEN AUF DIE WELTGEMEINSCHAFT

Christoph Heusgen
Deutschland und die Vereinten Nationen

51 WOHLWOLLENDER HEGEMON?

Claire Demesmay,
Andreas Marchetti
Deutschlands Europapolitik zwischen nationalen Interessen und europäischer Verantwortung

64 DIESE NATO IST UNSERE NATO

Patrick Keller
Was Deutschland für das Bündnis tun muss

84 KONFRONTATION ODER WETTBEWERB?

Klaus Mühlhahn
China und der Westen in einer multipolaren Welt

Mensch und Wirtschaft

104 BARRIEREFREIHEIT ALS WETTBEWERBSVORTEIL

Carsten Dethlefs
Marktwirtschaftliche Prozesse ermöglichen Inklusion und Teilhabe

Erinnert

107 HERZVERSAGEN DER DEMOKRATIE

Philipp Austermann
Vor neunzig Jahren begann die Aushöhlung der parlamentarischen Rechtsetzung in der Weimarer Republik

117 1.700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN

Hetty Berg
Das Jüdische Museum Berlin und seine Bedeutung für Deutschland und Europa

Gelesen

112 DIE FREIHEIT, DIE SIE MEINEN

Matthias Oppermann
Über Freunde und Feinde des Liberalismus

Nachruf

122 EIN POLITISCHER BAUMEISTER

Norbert Lammert
In memoriam Kurt Biedenkopf

125 AUS DER STIFTUNG



No speed limit?

Vom Mythos „Autobahn“ war schon oft die Rede. Auch der Fotograf Jörg Brüggemann ist überzeugt, dass sich ein solch „monumentales Bauwerk“ besonders eigne, „um über Deutschland und deutsche Kultur zu sprechen“.

Seit jeher ist die Autobahn ein zwiespältiges nationales Symbol. Doch noch nie waren die Zweifel daran größer. Die Notwendigkeiten des Umwelt- und Klimaschutzes drängen auf grundlegende Veränderungen. Zugleich lässt sich nicht übersehen, dass bis auf Weiteres Menschen und lebenswichtige Güter über die Asphaltstrecken ihr Ziel erreichen.

Als Konrad Adenauer 1932 die erste öffentliche Autobahn Deutschlands einweihte, sah er „Straßen der Zukunft“ vor sich. Die Begeisterung von damals ist verflogen. Aber es bleibt die Frage: „Wie geht es weiter?“

Wer sich darauf einlässt, findet sie in Jörg Brüggemanns Autobahn-fotografien wieder.

© Jörg Brüggemann / OSTKREUZ

Deutschland

Wie geht es weiter?











Stabilität und Veränderung

—
Anmerkungen zur Bundestagswahl 2021

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Wahlen sind immer gewissermaßen ein Lotteriespiel“, hat Konrad Adenauer 1957 formuliert – und das wohl gemerkt zu Zeiten, als die politische Landschaft in Deutschland übersichtlicher war als heute. Ein Spiel sind Wahlen natürlich nicht, und jedenfalls ist es am Wahlabend vorbei. Tatsächlich ist jede Wahl auf ihre Weise einmalig und jeweils anderen Bedingungen unterworfen, aber die Bundestagswahl

2021 war unter mehreren Gesichtspunkten besonders – nicht zuletzt, weil der Wahlkampf während einer Pandemie stattfand und es sich um die nach 1949 erste Wahl handelte, bei der kein amtierender Bundeskanzler antrat und bei keinem Spitzenkandidaten ein Amtsbonus zum Tragen kommen konnte.

Auf der einen Seite liest sich das Wahlergebnis als eine Bestätigung der demokratischen Mitte: Zusammen vereinen CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne 76,1 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich; die beiden Parteien an den politischen Rändern haben Verluste erlitten. Das ist ein gutes Zeichen: In Deutschland sind Parteien erst dann und nur dann regierungsfähig, wenn sie sich um die von der Union in den Gründungsjahren der Republik definierte politische Mitte bewegen. Umso bedenklicher ist das historisch schlechte Abschneiden der CDU/CSU.

Je genauer man das Wahlergebnis betrachtet, desto verheerender zeigt sich die Tragweite der Verluste: Die Union hat seit der Bundestagswahl 2013 rund 17 Prozent verloren. Im Vergleich zu 2017 hat die CDU 87 Direktmandate verloren; in Ostdeutschland kommt sie noch auf 17,1 Prozent; und bei den Wählern unter dreißig Jahren liegt die Union an vierter Stelle; selbst die Mehrheit der über sechzigjährigen Wähler hat die Union an die SPD verloren. Auch die vermeintlich letzte Volkspartei gerät im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima in Turbulenzen. Die DNA der Union basiert darauf, auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes und des davon geprägten Politikverständnisses zwischen gesellschaftlichen Interessen und Positionen zu vermitteln und den Konsens durch Kompromisse zu suchen. In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Segmentierung in eine „Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) und einander unversöhnlich gegenüberstehender gesellschaftlicher Kleingruppen laufen Volksparteien Gefahr, sich aufzureiben. Bürgern, die es zunehmend gewohnt sind, sich unter Gleichgesinnten zu bewegen, ist schwer zu vermitteln, warum sie ausgerechnet eine Partei wählen sollen, deren politisches Programm einen Kompromiss vieler jeweils legitimer Interessen darstellt und deshalb nicht deckungsgleich mit den eigenen politischen Erwartungen ist.

Eine Folge dieser Entwicklung ist eine abnehmende Bindung an traditionelle Großorganisationen – ein Prozess, der im Übrigen nicht nur Parteien betrifft, sondern fast alle gesellschaftlichen Institutionen. Diese Tendenz lässt sich nun im Wahlergebnis ablesen.

DIE AUSNAHME WURDE ZUR NORMALITÄT

Das Wahlergebnis vom 26. September 2021 manifestiert einen Umbruch in der Wählerlandschaft: Die Bereitschaft der Wähler, abwechselnd für unterschiedliche Parteien zu stimmen, hat erheblich zugenommen und ist zu einem wahlentscheidenden Faktor geworden. Das belegen auch Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung, die grundlegende Einstellungen und neue Verhaltensmuster der Wahlberechtigten untersuchen: Sie zeigen, dass sich nur noch etwa ein Viertel der Wähler vorstellen kann, regelmäßig eine bestimmte Partei zu wählen. Anders formuliert: Die Wählerschaft der Parteien besteht

zu drei Vierteln aus Wechselwählern, also Bürgern, die mindestens eine zweite Parteipräferenz haben. Zudem wechseln die Wähler nicht mehr nur innerhalb eines politischen Lagers. So hat die Union die meisten Stimmen an die SPD und die Grünen verloren – fast 2,5 Millionen, während nur 50.000 frühere Wählerinnen und Wähler der CDU nicht zur Wahl gegangen sind.

Ein weiterer zentraler Aspekt dieser Wahl war die lange Regierungszeit der Großen Koalition. Diese Versuchsanordnung hat sich politisch überlebt; die gemeinsame Regierung der beiden größten Parteien ist keine langfristig tragbare Konstellation für eine vitale parlamentarische Demokratie. Gerade bei hochkontroversen Themen hat sich ein beachtlicher Teil der Bürger mit ihren legitimen Anliegen und Interessen weder in der Regierung noch im Parlament wiedergefunden, was in der Regel die politischen Ränder stärkt. Es wird deshalb allerhöchste Zeit, dass die Große Koalition wieder zu dem wird, was sie eigentlich sein sollte – ein Ausnahmezustand.

Hinzu kommt, dass die CDU mit Angela Merkel wieder ganze sechzehn Jahre die Bundeskanzlerin gestellt hat. Auffällig ist, dass die Deutschen im Unterschied zu den meisten anderen stabilen Demokratien einer einmal ins Amt gebrachten Regierung eine bemerkenswert lange Gestaltungszeit zugestehen: Die Regierungszeiten von Konrad Adenauer/Ludwig Erhard, Helmut Kohl und Angela Merkel sind mit jeweils gut sechzehn Jahren länger als unter SPD-Kanzlern. Demokratie erfordert politische Stabilität; allerdings braucht sie gelegentlich auch Veränderung. Für die Erstwähler war die Große Koalition der Normalfall deutscher Koalitionsregierungen, eine andere Kanzlerin als Angela Merkel an der Spitze einer CDU-geführten Bundesregierung haben sie nie erlebt. Selbst traditionelle Unionswähler konnten sich nach so langer Zeit eine Veränderung der Rollenverteilung nicht nur vorstellen, sondern haben mit ihrem Wahlverhalten auch aktiv daran mitgewirkt.

„CHRISTDEMOKRATISIERUNG“ DER DEUTSCHEN PARTEIEN

Neben diesen eher strukturellen Ursachen gibt es auch andere Gründe für das schlechte Abschneiden der CDU. Ansehen und Erfolg einer Volkspartei hängen wesentlich von ihrer Fähigkeit ab, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Interessen zu erreichen und nach innen ebenso wie nach außen überzeugend zu integrieren. Deswegen darf sie sich nicht wie ein wandelndes Denkmal verstehen. Sie muss lebendige Membran sein, die Veränderungen vermittelt. Hier gibt es für die CDU offensichtlich Nachholbedarf. So hat die Union das übergeordnete Thema „Klimawandel“, das einen Großteil der Wähler derzeit besonders bewegt, konzeptionell nicht ausreichend besetzt. Das ist besonders ärgerlich, weil es die CDU war, die diese Thematik schon vor Jahrzehnten in den Rang einer Regierungsaufgabe gehoben hat: Es war

Helmut Kohl, der bereits Mitte der 1980er-Jahre das Umweltministerium etablierte, und Klaus Töpfer, der als Bundesminister wichtige Akzente setzte. Programmatisch hat die Union den Themenkomplex Klimawandel und Umweltschutz entgegen der zunehmenden gesellschaftlichen Debatte mit sinkendem Ehrgeiz behandelt. Es ist deshalb wenig verwunderlich, dass sich eine fehlende oder zumindest nicht ausreichende programmatische Prägnanz negativ auf die Wahlperformance auswirkt, wenn eine Partei die Priorisierung der Wählerschaft verschläfft.

Das Profil der CDU ist insgesamt unscharf und für viele ihrer traditionellen Wähler austauschbar geworden. Zurückzuführen ist das auch auf einen Prozess, den man als die „Christdemokratisierung“ der SPD und der Grünen bezeichnen könnte. Beide Parteien haben sich in vielen grundlegenden politischen Positionen – das Bekenntnis zu Europa, Multilateralismus, NATO, Soziale Marktwirtschaft – so stark der Union angenähert, dass sich für CDU-Anhänger die Wahl einer dieser Alternativen längst nicht mehr als fundamentale Abkehr zu elementaren politischen Grundüberzeugungen darstellt.

Auch deshalb ist es an der Zeit, die angekündigte, jedoch nicht zu Ende geführte Programmdiskussion wieder aufzunehmen. So profitierte die Partei in den 1970er-Jahren schon einmal von einem umfassenden Modernisierungsprozess, der mit Öffnung und Vertiefung der innerparteilichen Willensbildung einherging und sich 1978 im ersten Grundsatzprogramm der CDU niederschlug.

ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN

Deutschland ist das größte und wirtschaftsstärkste Land der Europäischen Union. Unsere liberale Gesellschaft strahlt in weiten Teilen der Welt eine starke Attraktivität aus. Aber unser gesellschaftliches und politisches Modell in Europa hat Konkurrenz bekommen. Mit Russlands aggressiver Außenpolitik und Chinas demonstrativem Geltungsanspruch konfrontieren uns strategische Herausforderer. Diese internationale Konkurrenzsituation wird uns in den 2020er-Jahren beschäftigen. Gerade auch vor dem Hintergrund des US-amerikanischen Abzugs aus Afghanistan und der damit einhergehenden Auswirkungen für die internationale Politik muss Deutschland als Teil der Europäischen Union Gestaltungsfähigkeit nach außen und zugleich den Nutzen der europäischen Integration nach innen beweisen. Dabei gilt es, in Abstimmung mit den europäischen Nachbarn und in enger Zusammenarbeit mit den USA zu agieren. Eine Äquidistanz zu China oder Russland und den USA kann keine vernünftige Option für Deutschland und Europa sein.

Daneben wird die Klimafrage zweifellos eine der zentralen Herausforderungen bleiben. Dabei müssen die vielfältigen legitimen Interessen unterschiedlicher Teile der Gesellschaft berücksichtigt werden. Ein „klimaneutrales

Industrieland“ zu werden und zu bleiben, ist ein anspruchsvolles Alternativkonzept im politischen Wettbewerb, das allerdings präzisiert und offensiv kommuniziert werden muss. Eine nachhaltige Wachstumsstrategie muss auf marktwirtschaftliche Instrumente setzen und mit Anreizen, nicht mit Verboten arbeiten sowie Innovationen und Wettbewerb fördern. Klimapolitik, Innovationsförderung und Soziale Marktwirtschaft müssen eng miteinander verknüpft werden.

Schließlich ist auf die Dringlichkeit einer Wahlrechtsreform hinzuweisen. Die nochmalige Vergrößerung des Bundestags auf jetzt 735 Abgeordnete bestätigt die Unzulänglichkeit der bisherigen Scheinreformen. Ein Wahlrecht, das die Zahl der Mandate im Parlament in nicht absehbarem Umfang weiter erhöht, strapaziert dessen Ansehen wie seine Funktionsfähigkeit und erschwert die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten. Denn die Komplexität des parlamentarischen Aushandlungsprozesses steigt mit der Anzahl der Parlamentarier. Allein der Umstand, dass die Wähler am Wahltag nicht wissen, wie viele Abgeordnete sie wählen, ist Anlass genug für eine Reform, die das Wahlergebnis in der Anzahl wie in der Verteilung der Mandate plausibel macht. Es ist nun endlich an der Zeit, dieses Problem zu lösen.

SICH PROGRAMMATISCH NEU SORTIEREN, PRÄZISER KOMMUNIZIEREN

Die künftige Regierung und der neue Bundestag haben große Aufgaben vor sich, die durch vauseilenden Regelungsehrgeiz allerdings nicht hinreichend zu bewältigen sind; denn wie eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Parlamentarismusforschung jüngst gezeigt hat, werden die Koalitionsverhandlungen in den letzten Jahren nicht nur von immer größeren Delegationen geführt, sondern auch zunehmend detaillierter beraten. Damit steigt nicht zuletzt die Gefahr, dass Regierungshandeln und parlamentarische Willensbildung allzu sehr determiniert werden.

Für die Union gilt es nun, die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Wahlergebnis zu ziehen. Offenkundig muss sie die nächste Legislaturperiode nutzen, um sich programmatisch neu zu sortieren und präziser zu kommunizieren, wofür sie steht. Das mag durchaus leichterfallen, wenn sie nicht gleichzeitig in Regierungsverantwortung ist. Die Initiative des Parteivorsitzenden Armin Laschet und die Entscheidung des Bundesvorstands der CDU zeigen jedenfalls, dass es jetzt der richtige Zeitpunkt für die Union ist, innerparteiliche Veränderungen vorzunehmen, um auch künftig der Stabilitätsanker unserer Demokratie zu bleiben.

Eine Vor-Nach-Wahlbetrachtung

Das veränderte Parteiensystem und die Verhandlungsphase nach der Wahl

THOMAS PETERSEN

Geboren 1968 in Hamburg,
Kommunikationswissenschaftler
und Meinungsforscher,
Projektleiter beim Institut für
Demoskopie Allensbach (IfD).

„Bei den Volks- oder Großparteien, der CDU/CSU und der SPD, schwindet [...] offenbar die Kraft, Wähler zu binden, und widersprüchliche Rezepte, wie dem abgeholfen werden könnte, häufen sich. Bei dem herrschenden Populismus endet das schließlich oft in Personaldebatten, so als ob die

Ämter, die den politischen Eliten übertragen sind, nicht wichtiger wären als Personalquerelen.“ „Beide Parteien fallen, zu unterschiedlichen Zeitpunkten, in der Wählergunst sozusagen stufenweise herab. Eindeutig ist, dass die einstige Fähigkeit, gemeinsam etwa 90 Prozent der Wähler zu binden, erheblich

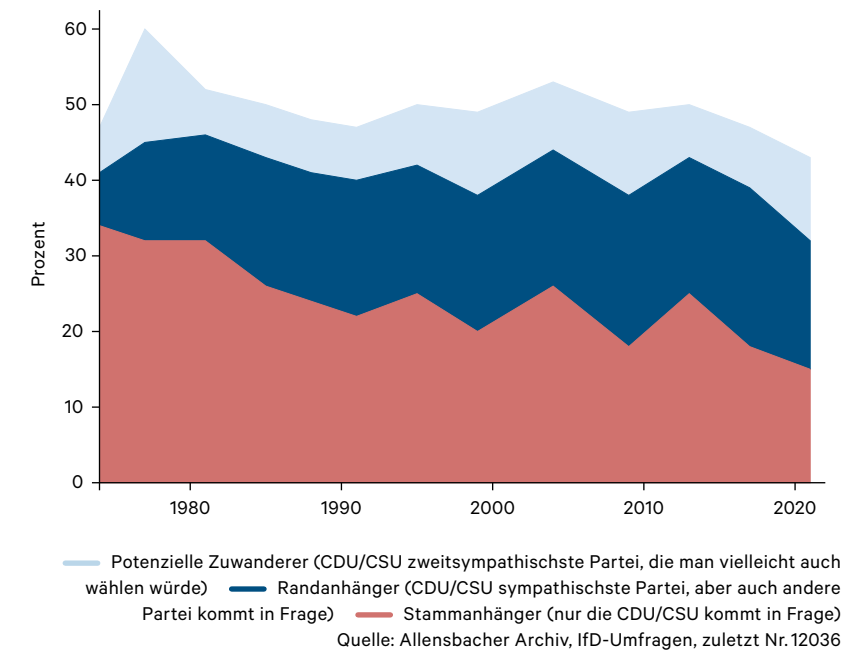
nachgelassen hat [...]. Das wäre an sich noch keine bedrohliche Entwicklung, wenn die einzelnen Parteien untereinander koalitionsfähig wären oder wenn, noch besser, ein bimodales System bestünde – so etwa hier die Union und FDP, dort die SPD und die Grünen. Ein solches System könnte sich zwar entwickeln, und es würde der Zersplitterung entgegenwirken, aber zunächst besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die ‚Volksparteien‘ in der Wählergunst weiter absinken, so dass schließlich wegen der Zersplitterung der Sitzverteilung nur noch sogenannte ‚Große Koalitionen‘ von Union und SPD möglich erscheinen oder sind.“

Diese Textpassagen scheinen auf den ersten Blick die aktuelle parteipolitische Situation zu kommentieren, doch sie sind mehr als dreißig Jahre alt: Sie stammen aus dem Buch *Volksparteien. Ratlose Riesen?* des Mannheimer Politikwissenschaftlers Rudolf Wildenmann aus dem Jahr 1989 (S. 9–11). Man kann an ihnen zweierlei erkennen: Zum einen belegen sie, dass besorgte Diskussionen über den Niedergang der Volksparteien in Deutschland eine lange Tradition haben; daher erscheint es prinzipiell sinnvoll, die wiederkehrenden öffentlichen Ankündigungen ihres Endes mit Vorsicht zu behandeln.

Zum anderen zeigen die Beispiele aber auch, dass Verschiebungen im Parteiensystem oft langfristige Prozesse sind, deren Tragweite für viele Betrachter erst nach Jahrzehnten erkennbar wird. Wildenmanns Analyse war, rückblickend betrachtet, durchaus korrekt. Doch es hat beinahe drei Jahrzehnte gedauert, bis der von ihm beschriebene Zustand eingetreten ist, in dem zur Regierungsbildung oft nur noch Große Koalitionen oder Bündnisse aus einer größeren Zahl von Parteien möglich sind, und selbst in dieser Situation kann von einem Ende der Volksparteien noch keine Rede sein. Nach wie vor werden die Bundesregierung und die meisten Landesregierungen von der CDU/CSU oder der SPD geführt und nach wie vor erhalten diese Parteien zumindest bei den meisten Wahlen die meisten Wählerstimmen, wenn sie auch von der Dominanz früherer Jahrzehnte weit entfernt sind.

Darüber hinaus erschöpft sich das Konzept „Volkspartei“ nicht allein im Zuspruch der Wähler. So ist mit ihm auch der Anspruch verbunden, nicht nur die Interessen und Ziele einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu verfolgen, sondern die Bevölkerung als Ganzes. Außerdem reflektiert sich die Bedeutung der Volksparteien auch in den Mitgliederzahlen. Obwohl diese sich sowohl bei CDU und CSU als auch bei der SPD in den letzten 25 Jahren ungefähr halbiert haben, sind sie immer noch beeindruckend groß: CDU und CSU hatten 2020 zusammengekommen 536.000 Mitglieder, die SPD 404.000. FDP, Grüne, Linke und AfD kamen dagegen insgesamt nur auf 269.000 Mitglieder. Im Bundestag stellen die Volksparteien 56 Prozent der Abgeordneten, in der vom Institut für Demoskopie Allensbach ermittelten Zweitstimmen-Wahlabsicht erreichten sie im August 2021 gerade noch 50 Prozent; mehr als drei Viertel derjenigen, die sich in einer Partei engagieren, tun dies jedoch in einer der Volksparteien.

GRAFIK 1: CDU/CSU: STAMMANHÄNGER, RANDANHÄNGER UND POTENZIELLE ZUWANDERER

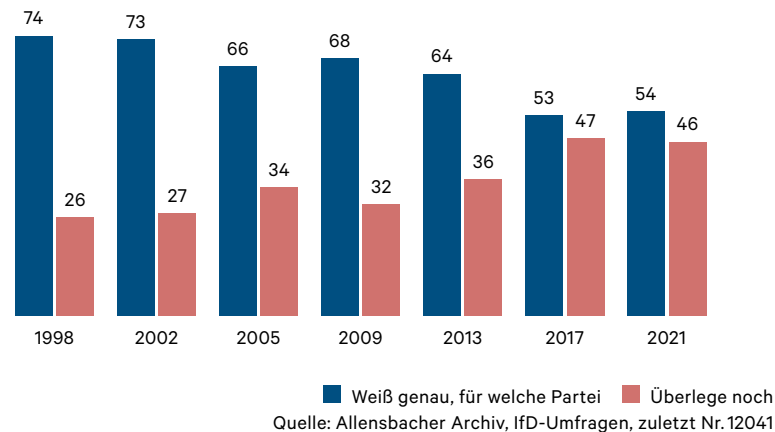


So ist es sicherlich zu früh, vom Ende der Volksparteien zu sprechen; allerdings kann kein Zweifel daran bestehen, dass sie in den letzten vier Jahrzehnten erheblich an Stärke eingebüßt haben. Von Anfang an wurde diese Entwicklung als Folge einer Änderung der Gesellschaftsstrukturen gedeutet, allen voran der fortschreitenden Auflösung traditioneller gesellschaftlicher Milieus wie der eng mit der SPD verbundenen gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiterschaft und der katholischen Kreise im Rheinland und in Teilen Süddeutschlands, die bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik den Wählerstamm zunächst der Zentrumsparterie, später den der CDU/CSU stellten.

In welchem Ausmaß die Bindung vieler Bürger an die Volksparteien schwächer geworden ist, zeigt sich auch an den Anteilen der Stammwähler. Die Gesamtzahl derjenigen, die in den Bevölkerungsumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach angeben, dass sie sich grundsätzlich vorstellen könnten, bei der kommenden Wahl vielleicht die CDU/CSU zu wählen, ist in den letzten Jahrzehnten nicht sehr stark zurückgegangen: 1974 lag sie bei 47 Prozent, im Frühsommer 2021 bei 43 Prozent der Wahlberechtigten. Die Zahl derjenigen, die die CDU/CSU als die sympathischste Partei bezeichnen, ist schon etwas stärker, nämlich von 41 auf 32 Prozent geschrumpft; doch der Anteil derjenigen, die sagen, für sie käme keine andere Partei als CDU oder

GRAFIK 2: UNENTSCHEIDENE EINEN MONAT VOR DER WAHL

Frage an alle, die sagen, sie würden bei der kommenden Bundestagswahl wählen gehen: „Wissen Sie schon genau, für welche Partei Sie bei der kommenden Bundestagswahl stimmen wollen, oder überlegen Sie noch?“

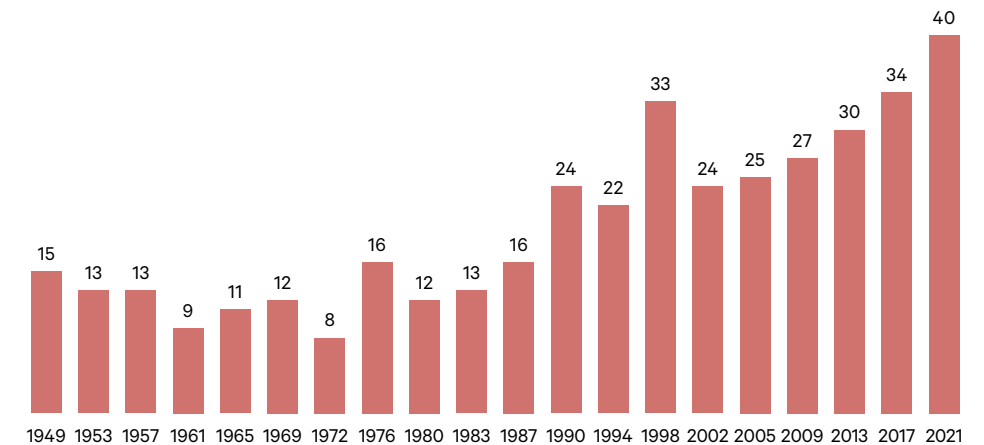


CSU in Frage, hat sich in der gleichen Zeit von 34 auf 15 Prozent mehr als halbiert (Grafik 1, S. 23). Die Bereitschaft, sich von Wahl zu Wahl neu zu entscheiden, öfter auch über die Grenzen der traditionellen Parteilager hinweg, ist deutlich gestiegen. Dies erkennt man auch daran, dass der Anteil derjenigen, die noch wenige Wochen vor der Wahl unentschieden sind, welche Partei sie wählen wollen, in den letzten Jahrzehnten fast kontinuierlich zugenommen hat: 1998 lag er rund einen Monat vor dem Wahltermin bei 26 Prozent, 2021 bei 46 Prozent (Grafik 2). Die Parteien können sich immer weniger auf einen festen Grundstock treuer Anhänger verlassen.

Oftmals wird angenommen, dass eine Schwächung der Volksparteien eine Gefahr für die Demokratie bedeute. Doch das ist zumindest nicht zwangsläufig der Fall. Man hat sich über Jahrzehnte hinweg in Deutschland ebenso wie in vielen anderen west- und mitteleuropäischen Ländern an ein Parteiensystem mit einer großen christdemokratischen und einer großen sozialdemokratischen Partei gewöhnt, denen einige kleinere Parteien als potenzielle Regierungspartner zur Seite standen. Vielleicht ist diese Gewöhnung der Grund dafür, dass eine solche Parteienstruktur von manchen Kommentatoren als Normalzustand einer Demokratie und damit folgerichtig jede Abweichung davon als Krisensymptom empfunden wird.

Doch aus gutem Grund steht nirgendwo geschrieben, dass eine solche Parteienstruktur die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist. Gesellschaften ändern sich und mit ihnen ihre Werte und Prioritäten. Wenn

GRAFIK 3: ZAHL DER PARTEIEN, DIE MIT LANDESLISTEN AN DEN BUNDESTAGSWAHLEN TEILNAHMEN



1949: alle Parteien; Quelle: Bundeswahlleiter

man erwartet, dass die Parlamente die wichtigsten Strömungen in den Gesellschaften, für die sie zuständig sind, widerspiegeln, dann ist es nur folgerichtig und in einer lebendigen Demokratie vielleicht sogar notwendig, dass sich mit der Gesellschaft auch das Parteiensystem ändert. Parlamente, die sich aus einer Vielzahl kleinerer Parteien zusammensetzen, sind nicht undemokratischer als solche, in denen überwiegend große Fraktionen vertreten sind.

Wie sehr die Komplexität des politischen Systems zugenommen hat, lässt sich an einer Reihe von Kennzahlen gut illustrieren. So ist die Zahl der Parteien, die mit Landeslisten an den Bundestagswahlen teilnehmen, seit den 1970er-Jahren stark gestiegen: Von 1949 bis 1987 schwankte die Zahl zwischen acht und sechzehn. 2017 lag sie dagegen bei 34, 2021 bei 40 (Grafik 3).

Bekanntlich hat sich auch die Zahl der im Bundestag vertretenen Fraktionen von drei (1961 bis 1983) auf heute sechs verdoppelt. Folgerichtig ist die Regierungsbildung unter solchen Bedingungen komplizierter und zieht sich länger hin als früher: Zwischen 1949 und 2002 betrug die Zeitspanne zwischen Wahltag und der Vereidigung des Bundeskanzlers nur in einem Wahljahr, nämlich 1976, mehr als zwei Monate. Meistens lagen zwischen den beiden Terminen rund dreißig Tage. 2013 dauerte es dagegen 83 Tage, 2017 sogar 171 Tage – fast ein halbes Jahr –, bis die neue Regierung die Arbeit aufnehmen konnte.

Man kann dies beklagen; doch auch hier gilt, dass die Veränderung, obwohl sie ohne Zweifel problematische Aspekte hat, noch nicht automatisch eine Gefährdung für die Demokratie bedeutet. Andere europäische Länder erleben seit geraumer Zeit immer wieder Phasen komplizierter und langwieriger Regierungsbildungen, ohne dass das Fundament des demokratischen

Systems dadurch wesentlich beschädigt wurde. Bereits 1972 dauerte die Regierungsbildung in den Niederlanden 163 Tage, 1977 waren es 208 und 2017 226 Tage. Das politisch besonders zersplitterte, aber dennoch unzweifelhaft demokratische Belgien kennt noch weitaus längere Verhandlungsphasen: 2019/20 dauerte es 493 Tage, bis die neue Regierung stand; 2010/11 sogar 535 Tage.

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat 2019 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung die Einstellung der Bevölkerung zum Konzept der Volksparteien in einer Grundlagenstudie untersucht. Es zeigte sich, dass zwar eine relative Mehrheit von 46 Prozent angab, dass sie ein Parteiensystem bevorzugen würde, das von wenigen großen Parteien dominiert wird, während nur wenige ein System mit einer größeren Zahl kleinerer Parteien bevorzugten; es zeigte sich jedoch auch, dass sich die meisten Bürger mit diesem Punkt kaum beschäftigen. Für die eigene Wahlentscheidung ist er offensichtlich von sehr geringer Relevanz. Dass eine Partei thematisch breit aufgestellt ist, fanden vier von zehn Befragten gut – doch nicht viel weniger fanden es besser, wenn sich eine Partei auf bestimmte Schwerpunktthemen konzentriert.

Recht durchgängig zeigte sich, dass die Merkmale der Volksparteien von älteren Befragten für wichtiger gehalten werden als von jüngeren. Doch die Alterseffekte sind nicht sehr stark, die Unterschiede sind graduell, nicht fundamental. Dieser Befund erklärt vielleicht, warum der Rückgang der Bedeutung der Volksparteien ein so langwieriger Prozess ist: Er ist nicht das Ergebnis eines plötzlichen Umsturzes der Sichtweisen. Es gibt keinen scharfen Generationenkonflikt in dieser Frage, sondern eine ganz allmähliche Verschiebung. Der Höhepunkt der Dominanz von CDU/CSU und SPD im Parteiensystem lag in den 1970er-Jahren. Ältere Westdeutsche dürften diese Phase noch gut in Erinnerung haben, Unter-40-Jährige haben sie allerdings gar nicht mehr erlebt, und in Ostdeutschland war das Parteiensystem nach der politischen Wende von 1989/90 ohnehin von vornherein anders strukturiert. Ostdeutsche ebenso wie jüngere Westdeutsche haben damit den vermeintlichen „Normalfall“ eines sehr stark von zwei Volksparteien dominierten Parteiensystems vermutlich bei Weitem nicht mehr so lebendig vor Augen wie der ältere Teil der westdeutschen Bevölkerung. Und je länger das neue System mit weniger stark ausgeprägten Unterschieden in den Partienstärken Bestand hat, desto weniger ungewöhnlich dürfte es den Menschen erscheinen.

Der Niedergang der Volksparteien in den letzten Jahrzehnten hat damit möglicherweise mindestens so viel mit Gewöhnung wie mit einer bewussten, aktiven Abwendung der früheren CDU/CSU- und SPD-Wähler zu tun. Die derzeit existierenden Unterschiede zwischen den Sichtweisen der verschiedenen Generationen lassen vermuten, dass sich dieser Prozess auch in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Daher wird man sich auch daran gewöhnen müssen – und können –, dass die Regierungsbildungen künftig eher noch komplizierter und langwieriger werden als bisher.

„Politik sollte immer verlässlich sein“

Über die Voraussetzungen erfolgreicher Koalitionsverhandlungen, den Stand der Deutschen Einheit und den Strukturwandel in Sachsen-Anhalt

SVEN SCHULZE

Geboren 1979 in Quedlinburg, 2014 bis 2021 Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, seit 2019 Vorsitzender des Bundesfachausschusses Europa der CDU Deutschlands, seit 2021 Landesvorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt und Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt.

Herr Minister Schulze, Sie sind der neue Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt. Wie sehen Sie Ihr Bundesland innerhalb Deutschlands aufgestellt?

Sven Schulze: Ich glaube, dass Sachsen-Anhalt in vielen Bereichen sehr gut aufgestellt ist. Hauptthemen sind Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Das, was wir in diesen Bereichen aufgebaut haben, kann sich

sehen lassen. Zudem sind wir Vorreiter bei neuen Technologien, so zum Beispiel, wenn es um den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft geht. Sachsen-Anhalt nimmt beim Ausbau Erneuerbarer Energien eine führende Rolle in Deutschland ein.

Wir haben in der Wirtschaft den Transformationsprozess gut vollzogen. In Sachsen-Anhalt gibt es viele gute Arbeitsplätze. In vielen Bereichen ist Sachsen-Anhalt besser als sein Ruf. Doch genau das ist ein Thema, an dem wir noch arbeiten müssen: Nicht jeder kennt Sachsen-Anhalt, nicht jeder verbindet Sachsen-Anhalt mit innovativen und positiven Entwicklungen. Das heißt, wir müssen eine bessere Vermarktung Sachsen-Anhalts vorantreiben.

Ihr Ressort umfasst neben Wirtschaft auch Tourismus, Landwirtschaft und Forsten. Wo sehen Sie für die Arbeit Ihres Ministeriums in Zukunft die Schwerpunkte?

Sven Schulze: Als Minister bin ich sowohl für den Wirtschafts- als auch für den Landwirtschafts- und Forstbereich sowie für den Tourismus zuständig. Sowohl die Landwirtschaft als auch der Tourismus sind bedeutende Themen in Sachsen-Anhalt. Der ländliche Raum spielt eine große Rolle, und der Tourismus, gerade der Inlandstourismus, hat in den letzten Jahren massiv zugelegt. Wir haben zahlreiche touristische und kulturelle Sehenswürdigkeiten zu bieten, sodass viele Menschen aus dem In- und Ausland zu uns kommen können. Wirtschaftlich sind wir für viele Unternehmen sehr attraktiv. Das zeigen die Wirtschaftsansiedlungen der letzten Jahre. Kleine und mittelständische Unternehmen, die sehr erfolgreich sind,

wollen wir auch weiterhin unterstützen und die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Der Strukturwandel wird vor dem Hintergrund ambitionierter Klimaziele auch in Sachsen-Anhalt eine Rolle spielen. Wie stark ist Sachsen-Anhalt davon betroffen?

Sven Schulze: Der Strukturwandel ist für Sachsen-Anhalt ein großes Thema, aber man muss auf Ostdeutschland insgesamt schauen. Durch den Niedergang der ostdeutschen Industrie, die sehr umweltschädlich war, ist es in ganz Deutschland zu einer besseren Klimabilanz gekommen. In gewisser Weise haben wir als Ostdeutsche bereits einen Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland bei seiner Klimabilanz heute relativ gut abschneidet. Wir werden auch jetzt wieder in Mitteldeutschland einen Beitrag leisten müssen, beispielsweise beim Kohleausstieg. Ich sage aber auch ganz klar, wir haben uns jetzt auf das Jahr 2038 geeinigt, daran muss man festhalten. Es gibt für uns in Sachsen-Anhalt derzeit keine Diskussion, dass wir einen schnelleren Kohleausstieg haben wollen.

Würde ein früherer Kohleausstieg zu Problemen führen?

Sven Schulze: Natürlich würde das zu Problemen führen! Man denkt, 2038 ist noch lange hin, aber es geht auch darum, dass bis zu diesem Zeitpunkt der Strukturwandel geschafft werden muss. Das geht nicht von heute auf morgen. Es geht beim Strukturwandel nicht darum, dass man mit den Mitteln, die aus Berlin kommen, Straßen oder eine neue Eisenbahnstrecke



Foto: © privat

baut, sondern es geht im Wesentlichen darum, dass man eine nachhaltige Wirtschaft und Perspektiven entwickelt, damit die Menschen, die mit ihrer Arbeit von der Kohle abhängig sind, zukünftig neue Jobs angeboten bekommen. Auch die nächste Generation muss wieder eine Perspektive haben, sonst wird sie das Land verlassen. Wir brauchen nicht nur kluge Konzepte, sondern auch tragfähige Ideen, die nachhaltig sind. Das zu entwickeln und umzusetzen, bedarf einer gewissen Zeit. Das Wichtigste ist aber, Politik sollte immer verlässlich sein. Und wenn wir erst 2020 ein Ausstiegsdatum festgelegt haben, dann sollte man nicht jetzt schon wieder daran rütteln.

Deutschland feiert am 3. Oktober 2021 den 31. Jahrestag der Deutschen Ein-

heit in Sachsen-Anhalt. Was sagen Sie zum Stand der Deutschen Einheit?

Sven Schulze: Man kann sehen, dass wir vieles geschafft haben, aber noch nicht fertig sind. Nach vierzig Jahren DDR gab es unglaublich viel aufzuholen. Das war nicht einfach. Die Menschen haben einen enormen Transformationsprozess hinter sich. Viele Menschen arbeiten heute nicht mehr in den Berufen, die sie einmal erlernt haben. Sie haben auch in ihrem persönlichen Leben einen großen Transformationsprozess mitmachen müssen. Wir können stolz darauf sein, was die Menschen geschaffen und geleistet haben. Wir haben uns in Sachsen-Anhalt und in Ostdeutschland etwas aufgebaut. Die Einheit Deutschlands war gerade für meine Generation ein Riesenglücksfall, weil sie bedeutet, dass wir

unser Leben selbstständig in die Hand nehmen können, gerade meine Generation hat sehr davon profitiert.

Gibt es noch große Unterschiede zwischen Ost und West?

Sven Schulze: Ich bin kein Freund davon, Ost und West immer zu vergleichen, weil man dann auch Nord und Süd vergleichen könnte. Wir sind unterschiedlich, auch je nach dem, in welcher Region man lebt. Aus heutiger Sicht kann man sagen, dass die Einheit auch für Sachsen-Anhalt, dass der Weg, den wir gegangen sind nach 1989/90, ein erfolgreicher war. Dass an der einen oder anderen Stelle noch Nachholbedarf besteht, ist sicherlich richtig. Manchmal spricht man über die Löhne, die vielleicht noch unterschiedlich sind. Diese Unterschiede gibt es aber auch zwischen Nord- und Süddeutschland; der Ost-West-Vergleich ist deshalb zu pauschal. Mir fehlt manchmal, dass man auch im Westen Deutschlands sieht, welche Leistung die Menschen in Ostdeutschland vollbracht haben, das kommt gelegentlich ein Stück weit zu kurz.

Welche Botschaften sollen von den zentralen Einheitsfeierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Halle ausgehen?

Sven Schulze: Es ist uns wichtig, zu zeigen, was wir in Ostdeutschland erreicht haben. Ein Beispiel dafür ist die Region Halle, die zu DDR-Zeiten eine Chemieregion war, die unter Umweltgesichtspunkten zu den schlimmsten Regionen Ostdeutschlands zählte. In der DDR hat sich niemand darum gekümmert, ob die Menschen dort auch gern leben möchten.

Heute ist es so, dass man in dieser Region gern und gut leben kann. Halle ist eine Region und ein Beispiel dafür, wie sich der Umweltschutz in den letzten Jahrzehnten positiv entwickelt hat. Die Kernbotschaft für uns ist, das sage ich auch als Minister, der ebenfalls für Tourismus zuständig ist, dass wir möglichst viele Menschen, die nicht in Sachsen-Anhalt wohnen, für Sachsen-Anhalt interessieren möchten und dass wir ihnen auch zeigen wollen, was sich hier alles entwickelt hat.

In Ostdeutschland wurde viel in die Städtesanierung und Infrastruktur investiert. Sollten die Menschen dort mehr als dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung nicht viel selbstbewusster auftreten?

Sven Schulze: Definitiv! Das sagen mir auch Freunde. Ich habe jetzt viele Jahre im Europäischen Parlament als Abgeordneter gearbeitet und gerade in den letzten Jahren in Deutschland Urlaub gemacht, auch in Sachsen-Anhalt. Wenn man von Touristen ein Feedback bekommt, kann man stolz darauf sein, weil alle sagen, Sachsen-Anhalt ist eine tolle Region. Unsere Aufgabe wird es sein, diese Region noch bekannter zu machen und noch besser zu vermarkten. Dafür nutzen wir auch den Tag der Deutschen Einheit.

Mit Ministerpräsident Reiner Haseloff haben Sie gemeinsam die schwarz-rot-gelben Koalitionsverhandlungen in Sachsen-Anhalt geleitet. Was ist Ihr Rat, um eine erfolgreiche Regierung zu bilden?

Sven Schulze: Das Wichtigste ist Vertrauen. Man muss sich gegenseitig vertrauen.

Das fängt damit an, dass nicht alles, was man dort bespricht, sofort in den Medien landet. Das Zweite ist, dass man sich auf Augenhöhe begegnet, unabhängig vom Wahlergebnis. Natürlich hängen am Ende die Inhalte und die Aufgaben in einer Koalition sehr stark mit dem Wahlergebnis zusammen. Aber in den eigentlichen Verhandlungen sollte man sich mit gegenseitigem Respekt begegnen.

Wichtig ist auch, dass man ein konkretes Ziel vor Augen hat, was man erreichen will. Das haben wir in Sachsen-Anhalt mit der Deutschland-Koalition, die wir auf den Weg gebracht haben, von Anfang an gehabt. Und es ist natürlich auch von Vorteil, wenn die Chefunterhändler sich gut kennen und die Verantwortlichen für die jeweiligen Parteien menschlich gut miteinander klarkommen. Das sind alles Voraussetzungen gewesen, die wir in Sachsen-Anhalt hatten und die ebenfalls dafür gesorgt haben, dass wir dieses Ergebnis und diesen Koalitionsvertrag jetzt auf den Weg bringen konnten.

Der Trend zu Dreierkoalitionen ist in den Ländern schon länger zu beobachten. Als Ursachen dafür werden die Schwäche der Volksparteien und die Veränderungen des Parteiensystems genannt. Wie ist das aus Ihrer Sicht zu bewerten?

Sven Schulze: Das muss man sehr differenziert betrachten. Wenn man von der Schwäche der Volksparteien spricht, kann ich sagen, dass wir als CDU in Sachsen-Anhalt noch Volkspartei sind, da wir bei der letzten Landtagswahl 37,1 Prozent erreicht haben. Richtig ist, dass die anderen Partner, speziell die SPD, ein sehr schwaches Ergebnis erzielt haben. Das Wahler-

gebnis hätte für uns zu verschiedenen Regierungskoalitionen führen können, in denen die CDU immer die führende Kraft gewesen wäre. Wir waren also in einer sehr guten Ausgangsposition. Ich glaube, man kann nicht pauschal behaupten, die Volksparteien seien auf einem absteigenden Ast.

Wir haben in Sachsen-Anhalt gezeigt, dass wir auch in schwierigen Zeiten mit großen Herausforderungen einen Wahlkampf geführt haben, mit dem wir hervorragende Ergebnisse erzielen konnten.

Der politische Hauptgegner in Ostdeutschland ist die AfD. Wie soll man Ihres Erachtens mit ihr umgehen?

Sven Schulze: Die AfD ist in Sachsen-Anhalt, das zeigen die Ergebnisse der Landtagswahlen 2021, die zweitstärkste Kraft im Landtag. Dennoch haben wir es geschafft, bis auf einen Wahlkreis alle anderen Wahlkreise für die CDU zu gewinnen. Themen, auch die, die von der AfD aufgegriffen wurden, haben wir nicht ignoriert, sondern wir haben die Antworten der CDU Sachsen-Anhalt auf die Fragen, die die Bevölkerung gestellt hat, auch gegeben. Meines Erachtens ist es wichtig, dass man sich nicht vor unangenehmen Themen drückt, sondern dass man konkret versucht, Antworten zu geben.

Das Zweite ist, dass ich nur dazu raten kann, nicht zu versuchen, andere Parteien links oder rechts zu überholen. Wir sollten weder mit Blick auf die Grünen versuchen, noch grüner zu werden, noch hinsichtlich der AfD versuchen, diese irgendwie rechts zu überholen. Wichtig ist es, eigene Akzente zu setzen. Das ist uns als CDU in Sachsen-Anhalt gelungen.

Ist die AfD in den Wahlkreisen verankert?

Sven Schulze: Nein, eigentlich nicht. Die Menschen haben gesehen, dass es ein Unterschied ist, ob man immer nur polemisch agiert, ob man immer nur die Probleme anspricht oder ob man Lösungsansätze bietet. Das haben wir als CDU getan. Wir haben die Probleme angesprochen, aber auch unsere Lösungen präsentiert. Natürlich ist die AfD in Ostdeutschland ein größerer Gegner, einer größerer Wettbewerber, als es die Grünen oder die SPD sind. Aber ungeachtet dessen ist es wichtig, erst einmal die eigenen Themen zu platzieren, für die eigene Partei zu werben und sich nicht so viel mit dem politischen Wettbewerber zu beschäftigen, sondern auf das Eigene zu schauen.

Seit 1. November 2020 stellt Sachsen-Anhalt mit Ministerpräsident Reiner Haseloff für ein Jahr den Präsidenten des Bundesrates. Waren hiermit besondere Erwartungen verbunden?

Sven Schulze: Es ist immer, gerade für ein kleines Bundesland – und wir sind mit etwas mehr als zwei Millionen Einwohnern zumindest von der Bevölkerungszahl her eines der kleineren Bundesländer – schön, wenn man bundesweit Aufmerksamkeit erzielen kann. Reiner Haseloff gehört, das sagen selbst seine politischen Wettbewerber, deutschlandweit zu den angesehensten Vertretern der Politik. Mit Sicherheit auch deshalb, weil er jemand ist, der um die Themen nicht herumredet, sondern sie offen anspricht. Deshalb hat er auch dieses gute Landtagswahlergebnis erzielt. Deswegen war er auch jemand, der eben zur richtigen Zeit Bundesratspräsident war. Es

wäre sicherlich schöner gewesen, wenn wir nicht unter Corona-Bedingungen den Bundesratsvorsitz gehabt hätten, weil wir dann noch mehr in Erscheinung hätten treten können. Dies gilt auch für das Fest zum Tag der Deutschen Einheit, das in einem größeren Umfang hätte stattfinden können.

Wir haben sowohl auf der politischen Ebene in Berlin als auch auf der gesellschaftlichen Ebene Akzente setzen können und haben Sachsen-Anhalt für den einen oder anderen bekannter gemacht.

Wie bewerten Sie das Ergebnis der Bundestagswahl?

Sven Schulze: Für die CDU im Osten Deutschlands ist das Ergebnis der Bundestagswahl eine Katastrophe. Daran gibt es nichts schönzureden. Diese Wahl muss jetzt schonungslos aufgearbeitet werden.

Welche zentralen Punkte gibt es aus Ihrer Sicht, die die neue Bundesregierung lösen muss?

Sven Schulze: Wenn ich mir als Wirtschaftsminister eines wünschen könnte, ist es, dass wir uns mit einem Thema beschäftigen, das uns sehr beschäftigt. Wir haben viele kleine mittelständische Unternehmen, die auch in Sachsen-Anhalt ihre Steuern zahlen, aber wir haben auch große Unternehmen, die aufgrund der Steuergesetzgebung nicht hier investieren, sondern an anderen Standorten. Darauf müssen wir vielleicht noch einmal schauen, dass am Ende auch da, wo die Steuern erwirtschaftet werden, diese auch ein Stück weit bezahlt werden.

Die Fragen stellte Ralf Thomas Baus am 21. und 27. September 2021.

Hoffen auf die Weltgemeinschaft

—
Deutschland und die Vereinten Nationen

CHRISTOPH HEUSGEN

Geboren 1955 bei Neuss am Rhein, 2005 bis 2017 außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, 2017 bis 2021 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, New York. In dieser Funktion leitete er im April 2019 und Juli 2020 als Präsident die Sitzungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Die vier Jahre der Trump-Regierung waren keine guten Jahre für die Weltgemeinschaft. Die US-Regierung war auf das eigene Land ausgerichtet: „America First“. Das Wohlergehen der internationalen Gemeinschaft, die Beachtung der Regeln, die sich diese Gemeinschaft gegeben hat, waren – wenn überhaupt – von untergeordneter Bedeutung. Die lange Liste ist bekannt: Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen, der Weltgesundheitsorganisation

(*World Health Organization*, WHO), dem Menschenrechtsrat, dem Iran-Abkommen. Völkerrechtlich verbindliche Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) wurden ignoriert: Die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, die Anerkennung der territorialen Souveränität Israels über die Golanhöhen und Marokkos über die Westsahara verstießen gegen internationales Recht.

China gerierte sich in dieser Zeit als Retter der Weltgemeinschaft, verteidigte „Paris“ und die WHO. Aber auch China scheute – bei fortwährender Bekundung seiner Unterstützung des internationalen Rechts und des Multilateralismus – nicht davor zurück, das Völkerrecht mit Füßen zu treten: Es setzte seine Aggression im Südchinesischen Meer fort, beendete einseitig den vereinbarten Sonderstatus von Hongkong, beging massive Menschenrechtsverletzungen im Umgang mit Minderheiten, insbesondere mit den Uiguren. Humanitäre Notlagen und die Umsetzung humanitären Völkerrechts sind für China sekundär gegenüber der „nationalen Souveränität“ menschenverachtender Gewaltherrscher: So unterstützte es 2020 mit seinem Veto im VN-Sicherheitsrat Russland bei der Verhinderung einer von Deutschland und Belgien eingebrachten Resolution zur breiten Versorgung von Flüchtlingen im Norden Syriens.

Russlands Politik veränderte sich während der Trump-Jahre nicht: Neben der fortdauernden Unterstützung des menschenverachtenden Assad-Regimes setzte es die völkerrechtswidrige Besetzung von Teilen der Ukraine fort, entsandte Söldner und exportierte Waffen nach Libyen – unter Verstoß gegen von Russland selbst mitverabschiedete Resolutionen des VN-Sicherheitsrates.

Mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden hat sich die Stimmung verbessert. Das Bekenntnis der neuen US-Regierung zum Multilateralismus und zur regelbasierten internationalen Ordnung klingt wohlthuend in deutschen Ohren. Viele „Fehlritte“ Trumps wurden korrigiert; die Weltgemeinschaft kann aufatmen. Aber können wir uns darauf verlassen, dass die Trump-Jahre ein einmaliges Ereignis bleiben, ein „Unfall“ der Geschichte? Die knappen Mehrheitsverhältnisse im Kongress und die polarisierte innenpolitische Stimmung in den USA lassen einen solchen Schluss nicht zu. Deutschland und Europa dürfen sich nicht zu sicher fühlen. Klar ist, dass sich die Zeiten, in denen die USA die Rolle des Weltpolizisten spielten, nicht mehr wiederholen werden. Unabhängig von der weiteren Entwicklung in den Vereinigten Staaten müssen Deutschland und Europa zur Wahrung ihrer Interessen immer mehr aus dem Windschatten der USA treten, die in Sonntagsreden angekündigte Übernahme von mehr Verantwortung in die Tat umsetzen.

ORIENTIERUNGSLINIEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

Deutschland hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg der regelbasierten internationalen Ordnung verschrieben. Als Verursacher dreier verheerender Kriege im Laufe eines Dreivierteljahrhunderts stand Deutschland 1945 in der Pflicht einer Wiedergutmachung und der Sicherstellung, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Die westlichen Alliierten förderten und sicherten diese Neuausrichtung: Das von ihnen abgesetzte Grundgesetz hat

sich bewährt, Deutschland ist ein Rechtsstaat. Als größte Errungenschaft der Nachkriegszeit hat sich ohne Zweifel die Europäische Union (EU) herausgestellt. Anstatt Konflikte kriegerisch zu lösen, werden Streitigkeiten vor dem Europäischen Gerichtshof ausgetragen. Auf dem Gebiet der Europäischen Union herrscht länger Frieden als jemals zuvor in der Geschichte. Die Grundlage dieses Erfolges – eine Ordnung gestützt auf das Recht – war stets Orientierungslinie deutscher Außenpolitik, insbesondere auch bei den Vereinten Nationen.

Wie die Europäische Union sind die Vereinten Nationen in der Folge zweier furchtbarer Weltkriege gegründet worden. Konflikte sollten künftig friedlich beigelegt werden; sie sollten im Sicherheitsrat oder vor dem Internationalen Gerichtshof ausgetragen werden, nicht auf dem Schlachtfeld.

Die Bilanz der Vereinten Nationen ist hingegen durchwachsen. Ihre Erfolge sind zum Teil (insbesondere beim „peace keeping“) beachtlich. Bei der Verhütung und der Beilegung von Konflikten konnten die Vereinten Nationen allerdings wenig ausrichten, wenn einer oder mehrere der „P5“, der fünf Ständigen Mitglieder im VN-Sicherheitsrat, dem entgegenstanden.

Erfolgreicher als bei der Beilegung bewaffneter Konflikte waren und sind die Vereinten Nationen bei anderen globalen Fragen. Weltweit hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich die großen Herausforderungen nur bewältigen lassen, wenn die internationale Gemeinschaft zusammensteht und zusammenwirkt. Ohne dieses Zusammenwirken – das machen der Klimawandel und seine Auswirkungen deutlich – ist die Erde nicht weniger als dem Untergang geweiht. In den 2015 von

den Vereinten Nationen verabschiedeten *Sustainable Development Goals* (SDGs), den Zielen für nachhaltige Entwicklung, sind die Bedingungen zusammengefasst, unter denen die Weltgemeinschaft den zahlreichen Herausforderungen erfolgreich begegnen kann.

HISTORISCHE VERPFLICHTUNG

Deutschland hat sich den Vereinten Nationen, ihren langfristigen Entwicklungszielen, dem Pariser Klimaabkommen und vielen anderen internationalen Vereinbarungen verpflichtet. Jede deutsche Bundesregierung sollte konsequent fortfahren, eine Umsetzung dieser Agenda zu befördern – und zwar nicht nur als Mitläufer, sondern in vorderster Linie. Unsere Geschichte verpflichtet uns dazu, aber auch die wirtschaftliche Stärke, die wir erreicht haben, und das Ansehen, das wir genießen. Aufgrund unserer Geschichte haben wir uns lange Zeit zu Recht im Hintergrund gehalten. Heute kann diese als Ausrede empfundene Begründung einer Zurückhaltung nicht mehr gelten. Im Gegenteil: Unsere Geschichte, unsere Erfahrungen und Erfolge verpflichten uns vielmehr, wenn Entwicklungen in die falsche Richtung laufen, uns nicht wegzuducken, sondern gegen sie anzugehen, auch wenn wir dabei gelegentlich heftigen Gegenwind erfahren.

Deutschland hat diese Herausforderung angenommen. Wir unterstützen die Vereinten Nationen nach Kräften. Wir sind zweitgrößter Beitragszahler zum gesamten VN-System; hinter den USA, aber noch vor China und allen anderen. Wir unterstützen das *World Food Programme*

(Welternährungsprogramm), das Kinderhilfswerk UNICEF, die humanitären und Entwicklungsorganisationen, wie das Amt der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten und das VN-Entwicklungsprogramm, mit enormen Mitteln. Wir gelten als Protagonisten des Kampfes gegen den Klimawandel, als Unterstützer der WHO. Wir engagieren uns bei der Umsetzung der langfristigen Entwicklungsziele, stehen an vorderster Front bei der Durchsetzung von Menschenrechten, der Gleichstellung von Frauen, LGBT-Rechten (*Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender*). Und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben wir während unserer Mitgliedschaft 2019/20 unter Beweis gestellt, dass wir bei der Verletzung von Völkerrecht nicht davor zurückschrecken, die Dinge beziehungsweise den verantwortlichen Staat jeweils beim Namen zu nennen.

ENGAGEMENT FÜR UNIVERSELLE WERTE

Für unsere Glaubwürdigkeit war es dabei wichtig, keine Unterschiede zu machen. Wir haben dagegehalten, wenn Russland die Annexion der Krim oder Assad und dessen Einsatz von Chemiewaffen zu rechtfertigen suchte, China die Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren bestritt oder die Amerikaner geltende, rechtlich verpflichtende Sicherheitsratsresolutionen ignorierten. Und wir haben bei der Beilegung von Konflikten mitgewirkt: im Rahmen des Normandie-Formats bei der Eindämmung der Ukraine-Krise, mit den Berliner Konferenzen haben wir eine politische Lösung für den Libyenkonflikt

vorangebracht, mit der Beteiligung an Blauhelmeinsätzen im Libanon und in Mali haben wir uns in diesen Krisenherden engagiert und exponiert.

Eine neue Bundesregierung sollte den eingeschlagenen Kurs konsequent weiterverfolgen.

Erstens: Die Unterstützung der Vereinten Nationen und damit des Multilateralismus und der regelbasierten internationalen Ordnung gehören in einen Koalitionsvertrag.

Zweitens: Die großen Herausforderungen der Weltgemeinschaft, in erster Linie der Klimawandel, die Bewahrung von Biodiversität, die Gefahren der Digitalisierung und der Schutz vor Pandemien, können mit Aussicht auf Erfolg nur im Rahmen der Vereinten Nationen bewältigt werden. Deutschland sollte hier Vorreiter bleiben.

Drittens: Deutschland sollte sein finanzielles und personelles Engagement für die Vereinten Nationen, ihre verschiedenen Programme, Agenturen und Unterorganisationen sowie die Teilnahme an Friedensmissionen fortsetzen.

Viertens: Auch in New York (und Genf) sollten wir weiter auf eine Stärkung der EU-Vertretung hinarbeiten und uns für gemeinsame europäische Positionen in den vielen Gremien und Verhandlungen einsetzen. Damit stärken wir unseren Einfluss. Wir sollten Frankreich ermutigen, sich auch im Sicherheitsrat nicht gegen eine ausgeprägtere EU-Profilierung zur Wehr zu setzen.

Fünftens: Im härter werdenden Systemwettbewerb innerhalb der Vereinten Nationen (China und Russland für Priorisierung staatlicher Souveränität im Verhältnis zu den individuellen Menschenrechten und Ablehnung internationaler

Rechenschaftsmechanismen, unsere Priorisierung für universelle Achtung von Menschenrechten und Rechenschaftspflicht für völkerrechtswidriges Verhalten) gilt es, den Kreis der Verbündeten auszuweiten. Unsere Position, dass es sich bei der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nicht um „westliche“, sondern um universelle Werte handelt, sollte durch die Gewinnung von Verbündeten aus Afrika, Asien und Lateinamerika untermauert werden.

Sechstens: Wir müssen unsere Aufmerksamkeit vermehrt dem afrikanischen Kontinent zuwenden. Bei unseren Bemühungen, etwa im Dritten Ausschuss der Generalversammlung (Menschenrechtsausschuss), afrikanische Staaten für die Unterzeichnung einer China-kritischen Erklärung zu gewinnen, sind wir bisher auf Ablehnung gestoßen. Durch gezielte, arbeitsteilige Ansprache und Unterstützung afrikanischer Staaten, die sich durch eine „gute Regierungsführung“ auszeichnen, sollte es jedoch gelingen. „Gute Regierungsführung“ sollte im Übrigen unser über humanitäre Hilfe hinausgehendes Engagement ganz allgemein konditionieren. Das Desaster in Afghanistan hat schmerzhaft vor Augen geführt, dass die Unterstützung einer korrupten, dem Gemeinwohl wenig verpflichteten Regierung nicht erfolgreich sein kann.

Siebtens: Wir sollten uns weiterhin für eine Reform des Sicherheitsrates einsetzen. Dabei sollte es in erster Linie um eine Reform als solche gehen, denn ohne sie verliert der Sicherheitsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung zunehmend an

Legitimität und Akzeptanz. Erstes Ziel muss die Aufnahme tatsächlicher Verhandlungen sein, im Laufe derer Kompromisse gefunden werden müssen. Aber zunächst gilt es, den massiven chinesischen Widerstand gegen Verhandlungen zu brechen. Auch hier ist Afrika der Schlüssel.

Achtens: Wir sollten den Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, ermutigen, nach erfolgter Wiederwahl seine herausgehobene Stellung häufiger zu nutzen, um sich für ein gemeinsames Herangehen an die vielen globalen Herausforderungen zu verwenden und die Verletzungen internationalen Rechts deutlicher anzuprangern.

Neuntens: Inhaltlich sollten wir die Schwerpunkte unserer VN-Politik weiter konsequent vertreten. Dabei geht es neben den genannten globalen Herausforderungen (Klima, Biodiversität, Digitales, Gesundheit) auch um die Verteidigung der Menschenrechte, um die Rechte von Frauen und LGBT-Rechte, um Schutz von Kindern, Schutz vor sexueller Gewalt besonders auch in Konflikten. Alle diese Schwerpunkte sind im Wesentlichen in den *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen enthalten, auf deren Umsetzung wir im eigenen Land und weltweit weiterhin drängen sollten.

Zehntens: Gutes tun und darüber sprechen. Vielen Bürgern sind die Vereinten Nationen, die dort besprochenen wichtigen Themen, die deutsche Positionierung und unser Engagement nur wenig oder überhaupt nicht bekannt. Mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit, mit Podcasts und über Influencer sollten neue Interessenten und Unterstützer gewonnen werden.

Wo stehen wir?

—
Standpunkt und Orientierung

CHRISTIAN BERMES

Geboren 1968 in Trier, Professor für Philosophie und Leiter des Instituts für Philosophie, Universität Koblenz-Landau (Campus Landau).

Die Frage, wo wir stehen, ist riskant. Denn sie wird durch die nächstliegende Antwort korrumpiert. Ist von einem „Wir“ die Rede und bezieht sich die Frage nach einem Standpunkt auf die soziale Wirklichkeit, so verlangt sie

geradezu eine „Weltanschauung“, die – als Karte benutzt – Orientierung verspricht. Nichts aber ist in modernen Gesellschaften unpopulärer als eine Weltanschauung. Wer formuliert sie? Wer vertraut ihr? Und wer braucht sie noch, wenn in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Anschauung durch Kommunikation ersetzt wird und Welt als Ordnung eines Ganzen auf Umwelt als Habitat von Spezies reduziert wird?

Im Plural mögen Weltanschauungen vielleicht noch im medialen Ringen um Aufmerksamkeit taugen, um damit Buchtitel an den Mann oder die Frau zu bringen. Auch sind Weltanschauungen keineswegs überall obsolet geworden, wie ein Blick auf die politische und gesellschaftliche Landkarte jenseits von Europa lehrt. Doch letztlich scheint der durch und durch antiquierte, verstaubte, verlotterte und in der Geschichte missbrauchte Begriff der Weltanschauung leer und sinnlos geworden zu sein. Auch in der Philosophie traute man ihm nie so recht über den Weg, warum soll man sich dann erst auf ihn einlassen? (Bermes 2004; Wenzel 2020)

Die Zeit der Weltbilder scheint ebenso vorbei wie die Zeit der Weltanschauungen – wenn sie denn überhaupt einmal eine Zeit hatten. Und mit den Weltanschauungen, so könnte man meinen, ist auch die Frage danach, wo wir stehen, obsolet geworden. Denn wir stehen immer irgendwo, und in dem digitalisierten Sozial-GPS der Gegenwart kann man eigentlich nicht mehr verloren gehen. Fällt auch dieses wider Erwarten aus, so bezieht sich kurzerhand jeder auf seinen subjektiven Kompass und seine individuelle Landkarte – auch auf die Gefahr hin, dass dann Desorientierung zum Prinzip erhoben wird.

Die Ausgangsfrage nach dem Standpunkt wird aber nicht nur durch die Zumutung einer Weltanschauung als nächstliegender Antwortoption korrumpiert. Man könnte auch sagen, dass sie aus der Zeit gefallen ist, weil mit ihr die falsche Zeitform aufgerufen wird. Denn was interessiert daran, wo wir gerade, jetzt oder heute stehen, wenn eigentlich nur von Bedeutung sein kann, wo man in fünf, zehn oder dreißig Jahren sein will? Der jetzige Standpunkt ist dann nur noch so interessant wie die Zeitung von gestern oder der gerade verschickte Tweet. Und was sollte erst die Politik damit anfangen, wenn diese nicht mehr nur auf die nächste Zukunft ausgerichtet sein soll, sondern gleich auf die kommenden Jahrhunderte?

KONJUNKTUR FÜR NARRATIVE

So verdächtig die Frage danach, wo wir stehen, auch ist, so wenig lässt sie sich jedoch aus der Selbst- und Weltverständigung verbannen. Dies sieht man allein daran, dass zwar Weltanschauungen unter Ideologieverdacht stehen, Narrative aber Konjunktur haben. Wenn schon keine Weltanschauung mehr trägt, dann bedarf es zumindest eines Surrogats in der Form eines passenden Narrativs. Diese haben auch den Vorteil, dass man sie schnell ändern kann, wenn sie unangenehm werden oder nicht mehr dem Geschmack oder den Vorlieben entsprechen. Mag also die Zeit der Weltbilder vorbei sein, die Leerstelle scheint jedoch gefüllt – vielleicht sogar besser als je zuvor. Auch die Arbeit an Weltanschauungen zweiter Hand, in denen stets begrenzte Anschauung durch resistente Haltung ersetzt wird, gewinnt in den politischen Extremen links wie rechts eine größere Anhängerschaft.

Aber was steckt eigentlich in der Frage, wo wir stehen? Immanuel Kant skizzierte das Feld der Philosophie, indem er drei Leitfragen formulierte: „Was kann ich wissen?“, „Was soll ich tun?“ und „Was darf ich hoffen?“. Es sind keine Antworten, sondern hier stehen Fragen im Vordergrund. Metaphysik beziehungsweise Erkenntnistheorie, Moral und Religion stellen sich diesen Herausforderungen. Doch es bleibt nicht bei diesen drei Fragen; Kant fügt eine vierte hinzu: „Was ist der Mensch?“ Von der Beantwortung dieser Frage erwartet er anderes, vielleicht auch mehr, denn er führt zu dieser letzten Frage aus, dass die drei ersten auf die vierte Frage zurückbezogen werden müssen. Denn im „Grunde könnte man [...] alles dieses zur Anthropologie rechnen, weil sich die drei ersten Fragen auf die letzte beziehen“ (Kant 1968, S. 25).

Jürgen Habermas hat kürzlich seine moderate Skepsis darüber zum Ausdruck gebracht, ob sich angesichts der fortschreitenden Spezialisierung und Arbeitsteilung der Wissenschaften, die keineswegs an der Philosophie vorbeigeht und diese ebenfalls im Kern trifft, das „Format“ dieser Fragestellungen nicht überlebt habe. Vielleicht ist es nicht nur das Format, sondern auch der Zusammenhang dieser Fragestellungen, der auf Unbehagen stößt. Und doch, so Habermas weiter, würde gerade die Philosophie ihr „Proprium verraten, wenn sie – und sei es auch im begründeten Bewusstsein einer Überforderung – den holistischen Bezug auf unser Orientierungsbedürfnis preisgäbe“ (Habermas 2019, S. 11–13).

VERLOREN IN DER DURCHKARTOGRAPHIERTEN WELT

Die Frage nach dem Standpunkt verweist darauf, was unter Orientierung verstanden werden kann. Und dies ist keineswegs so einfach, wie es scheint. Orientierung zu gewinnen, bedeutet nicht berechnendes Kalkulieren und ebenso wenig leeres Spekulieren. Orientierung gewinnt man nicht, indem man die Umgebung neu erschafft oder produziert, aber auch nicht, indem man sich in einer Innerlichkeit verliert.

Es bieten sich schnell räumliche Bilder an, um die Problemstellung der Orientierung zu illustrieren. Jemand verirrt sich im Wald und sucht nach Mitteln, seinen Weg fortzusetzen. René Descartes skizziert diese Szene in seinen viel diskutierten und einschlägigen Überlegungen zu einer *morale par provision*. Er kommt auf Reisende zu sprechen, die sich verirrt haben, und gibt folgenden Rat: Nicht „umherlaufen und sich bald in diese, bald in jene Richtung wenden, noch weniger an einer Stelle stehen bleiben, sondern so geradewegs wie möglich immer in derselben Richtung marschieren und davon nicht aus unbedeutenden Gründen abweichen [...] denn so werden sie, wenn sie nicht genau dahin kommen, wohin sie wollten, wenigstens am Ende irgendeine Gegend erreichen, wo sie sich wahrscheinlich besser befinden als mitten im Wald“ (Descartes 1960, S. 41).

Das Bild scheint technisch überholt zu sein, die Szene heute weltfremd. Denn wer geht noch ohne Handy in einen Wald, den er obendrein nicht kennt? Und kann man überhaupt noch in einem solchen Sinne in einer durchkartographierten Welt verloren sein oder gehen? Und doch bleibt die Cartesische Bemerkung von Bedeutung, weil die Suche nach Orientierung nicht unabhängig von der Frage nach der Verlässlichkeit beantwortet werden kann. Denn das, worauf die Reisenden, die sich ihres Standpunkts zu versichern suchen, letztlich setzen können, um Orientierung zu finden, besteht darin, dass sie etwas nicht infrage stellen, etwas, worauf sie sich verlassen können oder müssen. In diesem Fall ist es nichts anderes als die Möglichkeit, auf die adäquate Weise weiterzugehen. Interessanterweise wird genau das, was zur Desorientierung führt, nämlich das Wandern oder Reisen, also das Gehen selbst, nicht etwa außer Kraft gesetzt, um sich zu orientieren, sondern bleibt intakt. Man kann sich nicht aus dem Wald herausdenken, herauswünschen oder herausphantasieren.

BEDINGTES ZWEIFELN

Die Frage nach Orientierung ist somit nicht einfach nur die Frage nach einem Standpunkt, den man (wieder)gewinnen möchte, oder die Frage nach dem adäquaten Ziel, das man aus dem Auge verloren hat und das man neu suchen oder sich neu setzen muss. Sie zeigt ihre Brisanz besonders darin, dass es um Verlässlichkeit geht. Denn Verlässlichkeit muss im Spiel sein, um Orientierung zu gewinnen. Wer orientierungslos ist, kann nicht alles infrage stellen. Und von demjenigen, von dem man sagen kann, dass er orientiert sei, wird man ebenfalls sagen müssen, dass Zweifeln nur als bedingtes Zweifeln sinnvoll ist. Wer an allem zweifeln möchte, hat ganz andere Probleme. Bei Ludwig Wittgenstein heißt es in diesem Sinne, „dass ein Sprachspiel nur möglich ist, wenn man sich auf etwas verlässt“ (Wittgenstein 2008, § 509).

Damit wandelt sich die auf den ersten Blick einfache Frage, wo wir stehen, die in modernen Gesellschaften durch eine Vielzahl von Antwortoptionen sehr schnell befriedigt wird, in die durch und durch brisante Frage, was wir unter den Bedingungen einer in fragmentierten Kommunikationsformen verstrickten und funktional ausdifferenzierten Gesellschaft, die sich nicht zuletzt aufgrund ihrer technischen Innovationen selbst immer schon einen Schritt voraus ist, als verlässlich annehmen können. Der „holistische Bezug auf unser Orientierungsbedürfnis“, von dem Habermas spricht, bedeutet letztlich, der Frage nach der Verlässlichkeit wieder einen Sinn unter den Bedingungen der Gegenwart abzurufen.

Hier lässt sich leicht in gefährliches und abgründiges Fahrwasser abdriften. Denn es ist keineswegs so, dass nicht zahlreiche Optionen auf dem Tisch liegen würden. Populistische Parteien inszenieren propagierte Gewissheiten als normative Verbindlichkeiten. Identitätspolitische Lautsprecher

suchen Verlässlichkeit in der eigenen Betroffenheit, die kurzerhand universalisiert wird. Szientistische Verkürzungen ersetzen Verlässlichkeit durch ein wissenschaftliches Wahrheitspostulat, das die Bedingungen, unter denen Wahrheitsansprüche formuliert werden, negiert. Sozialbürokratische Verwaltung als fortwährende Schaffung neuer Strukturen sieht in der Planungssicherheit die erste und letzte Verlässlichkeit. Die Reihe ließe sich fortsetzen.

INSZENIERTE VERLÄSSLICHKEIT

Moderne Politik ist alles andere als immun gegenüber solchen hyperbolischen Verlässlichkeitsversprechungen. Es dürfte allerdings immer noch als eine Erfolgsgeschichte der deutschen Politik der letzten siebzig Jahre anzusehen sein, dass man sich von solchen Formen inszenierter Verlässlichkeit ferngehalten hat, wenngleich man mehr und mehr mit ihnen sympathisiert.

Gleichzeitig stellt sich jedoch die Frage, ob mit der wohlbegründeten Distanz gegenüber inszenierten Verlässlichkeiten nicht auch gelebte Gewissheiten in der politischen Wahrnehmung aus dem Blick geraten sind. In nicht wenigen der aktuellen Debatten dürfte Verlässlichkeit den eigentlichen Kern der Irritationen markieren. Wird etwa nach Chancen und Grenzen einer aktivistischen Wissenschaft oder eines aktivistischen Journalismus gefragt, so verbirgt sich dahinter das Problem, ob die Aufhebung einer wohlbegründeten Einklammerung von Interessen, die üblicherweise die Professionalität und Seriosität solcher Institutionen garantiert, nicht zu erheblichem Misstrauen führt. Wird Sprache als Apparatur zur Modellierung gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden, die in den Händen einer wendigen Avantgarde zu einer wie auch immer gearteten Neuordnung sozialer Interaktion führen soll, dann stellt sich die Frage, inwieweit Sprachpraktiken noch verlässlich sein können, wenn sie letztlich einer instrumentellen Vernunft unterworfen sind. Und zählen Meinungen in einer demoskopierten Gesellschaft nur dann, wenn sie als quantifizierte und registrierte Meinungen eine Rolle spielen, dann stellt sich die Frage, welches Zutrauen man noch in die eigenen Meinungen haben kann oder darf. Auch hier ließe sich die Liste fortsetzen.

Verlässlichkeit aber ist nicht etwas, das man herstellen kann oder über das man jeweils fortwährend neu verhandeln müsste oder gar könnte. Denn woran ließen sich die Ergebnisse einschätzen, wenn nicht auch im Horizont der Verlässlichkeit? Verlässlichkeit ist vielmehr eine Beschreibungsform, die in dem Topos der Selbst- und Weltverständigung das „und“ thematisiert. Insofern geht tatsächlich die Frage nach der Verlässlichkeit aufs Ganze der sozialen Wirklichkeit.

Verlässlichkeit lässt sich auch nicht einfach optimieren. Zu Recht wird man darauf hinweisen, dass externe Strukturen und Institutionen Sicherheit

garantieren. Auf die Krankenversicherung ist Verlass im Falle der Begleichung der angefallenen Kosten im Krankheitsfall. Auf das Katasteramt ist Verlass, wenn es um die Klärung von Eigentumsverhältnissen an Grundstücken geht. Auf den Buchvertrieb ist Verlass, wenn ein neuer Roman bestellt werden soll.

Dass es in dem einen oder anderen Fall zu Schwierigkeiten kommen kann, dass sich hier Probleme sogar häufen können, ist kein Gegenbeispiel. Tritt dies auf, so ist die Reaktion meist folgende: Die Strukturen sind in ihrer Wirksamkeit zu optimieren, sodass Probleme dieser Art weitgehend vermieden werden. Dazu sind Prozesse zu evaluieren und auf den Prüfstand zu stellen, Abläufe sind effizienter zu gestalten, und ein Fehlermanagement ist in die Verfahren zu implementieren. Die entsprechenden Prozessoptimierungsdienstleister werden engagiert und verrichten ihr Werk. Ein solches Vorgehen und das dazugehörige sprachliche Dekor sind bestens bekannt.

Doch solche Fälle betreffen Probleme der Planungssicherheit. Dies gehört zweifellos und unbestreitbar auch zur sozialen Wirklichkeit und zum politischen Handwerk. Doch es wäre ein Irrtum, zu glauben, dass damit dasjenige abgeschöpft, befriedigt oder beantwortet werden könne, was wir wissen können, hoffen dürfen und tun sollen.

FRIVOLE SELBSTBESTÄTIGUNG?

Wenn die Frage danach, wo wir stehen, weder in einer frivolen Selbstbestätigung noch in einer pittoresken Selbstinszenierung enden soll, wenn sie aber auch nicht schlicht in furchtloser Sozialadministration aufgehen kann, dann wird man die unbequeme Frage nach der Verlässlichkeit nicht übergehen können. Denn an der sozialen Wirklichkeit ist nicht nur interessant, was mit Fug und Recht begründungspflichtig ist; von Bedeutung ist ebenso, worin Begründungen ihre Verlässlichkeit entfalten. Um dies zur Sprache zu bringen, wird man sich kaum an die eingeschliffene Konfrontation von Mensch und Umwelt halten können, hier spielen andere Kategorien eine Rolle – nicht zuletzt das Konzept der Person. Personen kann man durchaus einiges zutrauen, was ein „Ich“ überfordern würde. Die Unverfügbarkeit personaler Existenz ist nicht etwas, was der Verlässlichkeit entgegensteht; sie ist grundlos begründet in dem nicht auflösbaren Zusammenspiel von Wissen, Hoffen und Handeln. Auch dieses Spiel hat einen Namen – man kann es Kultur nennen.

Kultur fällt keineswegs mit propagierter Weltanschauung zusammen, sie immunisiert gegen Weltbildinszenierungen. Kultur ist ebenso wenig etwas, das den verschiedensten Rationalisierungsprozessen entgegenstehen würde. Im Gegenteil: Sie gewinnen darin die jeweilige Form ihrer Verlässlichkeit. All dies ist freilich wie die Kantischen drei Fragen stets rückgekoppelt an ein

Konzept des Menschen, das menschliche Existenz nicht auf bloßes Vorhandensein und menschliches Wirken nicht auf optimale Effektivität reduziert, sondern Praxis im Unterschied zur Herstellung so begreift, dass auch Menschen sich in ihrem Handeln zu etwas machen und sich dabei auf einiges verlassen müssen.

Literatur

Bermes, Christian: ‚Welt‘ als Thema der Philosophie. Vom metaphysischen zum natürlichen Weltbegriff, Meiner Verlag, Hamburg 2004.

Descartes, René: Discours de la méthode / Von der Methode des richtigen Vernunftgebrauchs (1. Aufl. 1637), trans. Lüder Gäbe, Meiner Verlag, Hamburg 1960.

Habermas, Jürgen: Auch eine Geschichte der Philosophie. Band 1: Die okzidentale Konstellation von Glauben und Wissen, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019.

Kant, Immanuel: Logik, 1. Aufl. 1800, Akademie-Ausgabe IX, Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1968.

Wenzel, Uwe Justus: „Ein Spiegel der Philosophie. ‚Weltanschauung‘ als Begriff und Bedürfnis“, in: Zeitschrift für Kulturphilosophie, 14/2, 2020, S. 151–170.

Wittgenstein, Ludwig: „Über Gewißheit“, in: G. E. M. Anscombe / G. H. von Wright (Hrsg.): Über Gewißheit, Werkausgabe Band 8, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, S. 113–257.

Fluch und Segen

—
Über Erwartungen und das Paradoxe daran

DIETER FREY

Geboren in Baiersbrunn, Sozial- und Wirtschaftspsychologe, Leiter des „LMU Center for Leadership and People Management“ und ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpsychologie, Ludwig-Maximilians-Universität München, Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Dieter Frey ist im Ökonomenranking 2020 der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter den ersten dreißig Personen gelistet.

NADJA BÜRGLE

Geboren 1991 in Landsberg am Lech, „LMU Center for Leadership and People Management“, Lehrstuhl für Sozialpsychologie, Ludwig-Maximilians-Universität München.

MARIELLA STOCKKAMP

Geboren 1993 in Bad Soden am Taunus, promovierte Psychologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Trainerin, „LMU Center for Leadership and People Management“, Lehrstuhl für Sozialpsychologie, Ludwig-Maximilians-Universität München.

Erwartungen sind Annahmen, Hoffnungen, Wünsche oder Sehnsüchte über die Zukunft. Sie finden sich zu allen Zeiten in sämtlichen Lebensbereichen. Gerade in der Politik spielen Erwartungen eine zentrale Rolle. Bei den Bürgern erzeugen Parteien zum Beispiel die Erwartung, dass sie Zukunft positiv gestalten werden. An sich selbst richten Parteien die Erwartung, eine Mehrheit zu stellen und ihr Programm so weit wie möglich umzusetzen. Von den Bürgern dürfen sie umgekehrt erwarten, dass diese Demokratie leben und ihre Stimme abgeben. Die Bürger entscheiden sich für die Wahl einer Partei in der Erwartung, dass diese ihre Versprechen erfüllt.

Erwartungen prägen im Sinne des Konstruktivismus, wie wir die Welt wahrnehmen; sie regen Emotionen, Kognitionen und Verhalten an. Die Zufriedenheit mit unserer allgemeinen Situation bewerten wir daran, was wir erwarten oder erwartet haben, und nicht daran, was „objektiv“ ist.

Der Einfluss von Erwartungen zeigt sich sowohl auf der Ebene des Individuums als auch auf der Makro-Ebene: So kann etwa die Meldung des gleichen Gewinns bei der einen Firma einen steigenden Aktienkurs auslösen, da die Zukunftserwartung am Markt positiv ist, während der Aktienkurs bei einer anderen Firma sinkt, weil die Erwartung der Analysten eine höhere war. Auch aus der Politik kennen wir dieses Phänomen: Eine Partei feiert das Wahlergebnis von sechs Prozent als Sieg, etwa weil die Fünf-Prozent-Hürde überwunden wurde, während in einer anderen Partei Frustration herrscht, weil bei der letzten Wahl zehn Prozent erreicht wurden. Die Beispiele zeigen sowohl die positiven Konsequenzen erfüllter oder übertroffener Erwartungen als auch die negativen Konsequenzen enttäuschter oder überzogener Erwartungen.

BEWUSSTE UND UNBEWUSSTE ERWARTUNGEN

Die Auseinandersetzung mit einigen Facetten von Erwartungen und die Analyse der Bezüge zum Berufs- und Privatleben sowie auch zum Gesellschaftsleben und zur Politik können verdeutlichen, wie wichtig jeweils Erleben und Verhalten aufgrund von Erwartungen sind.

Erwartungen an sich selbst: Menschen haben Erwartungen an sich selbst. Ein Sportler hat Erwartungen an seine Leistung. Man hat die Erwartungshaltung an sich, als guter Bürger wählen zu gehen. Die Erwartungen sind sowohl Pflichten, die man sich auferlegt, als auch Rechte, die man einfordern kann. Erwartungen an die eigene Person entstehen durch Sozialisation, auf Basis eigener Werte und Normen oder aufgrund der individuellen Motivstruktur (etwa Leistungs-, Macht-, Anschlussmotiv). Sind die Erwartungen an sich selbst überzogen und somit unerfüllbar, können sie krank machen, wenn man dem eigenen Erwartungsdruck nicht standhalten kann.

Erwartungen anderer an die eigene Person: Nicht nur wir selbst, auch andere (Menschen, Institutionen, Parteien, Firmen und so weiter) haben

Erwartungen: etwa dass man sich regelkonform verhält oder ein bestimmtes Konsumangebot wahrnimmt. Die Erwartungen können auch (nur) wahrgenommene Erwartungen sein; das heißt, man interpretiert und konstruiert Erwartungen von anderen. Diese beeinflussen unser Handeln, denn vielleicht unterscheiden sich diese Erwartungen von denen, die wir selbst haben; wir stehen vor der Frage: Kann und will ich diese Erwartungen erfüllen?

Erwartungen an andere: Auch unsere Erwartungen an andere (Personen, Institutionen, die Demokratie, Parteien, die Zukunft) unterscheiden sich bezüglich ihrer Höhe. Je nach dem sind sie leicht bis unmöglich zu erfüllen. Diese Erwartungen können sich aus Traditionen, Erfahrungen der Vergangenheit oder aus Rechten ableiten, wie etwa dem Recht auf ein gelingendes, selbstbestimmtes Leben. Gleichzeitig leiten wir aus unseren Erwartungen ab, dass sich andere an ihre Pflichten halten und zum Beispiel ihre Steuern bezahlen. Dabei spielen unsere Erwartungen an uns selbst eine Rolle: Haben wir an andere die gleichen Erwartungen wie an uns selbst?

RESIGNATIVE ZUFRIEDENHEIT

Es gibt auch übergeordnete Erwartungen, die etwa mit Transzendenz verbunden sind: Wie wird das Leben nach dem Tod sein? Es ist außerdem zwischen bewussten und unbewussten sowie expliziten und impliziten Erwartungen zu unterscheiden. Erwartungen können sehr bewusst sein, wenn es etwa um Rechte und Pflichten geht. Aber auch unbewusste Erwartungen können verhaltenssteuernd sein. Viele Menschen machen sich beispielsweise nie darüber Gedanken, ob die eigenen Kinder erwarten, dass man für sie „zuständig“ ist – trotzdem erfüllt man diese Erwartung.

Oft sind Erwartungen implizit; sie werden nicht explizit formuliert. Das bedeutet: Es kann unklar bleiben, was genau erwartet wird, beispielsweise, wenn jemand eine neue Arbeitsstelle antritt. Es entstehen implizit die Erwartungen, wie der sogenannte „psychologische“ beziehungsweise „implizite“ Vertrag postuliert, dass der Arbeitgeber Vertrauen, Loyalität und Engagement erwartet. Der neue Mitarbeiter erwartet von seinem Arbeitgeber ebenfalls Vertrauen und Loyalität, was zum Beispiel in einer fairen Bezahlung zum Ausdruck kommt. Oft stellt sich jedoch gerade bei impliziten Erwartungen in Krisen- oder Konfliktfällen die Frage, was tatsächlich erwartet wurde und ob alle das gleiche Verständnis von den Erwartungen des jeweils anderen hatten.

Gesetzte Erwartungen werden oft als Versprechen interpretiert. So wird etwa das Versprechen von Parteien, Steuern zu erhöhen oder nicht zu erhöhen, oft als klare Erwartungshaltung formuliert; die Nichteinhaltung schafft häufig Glaubwürdigkeits- und Vertrauensprobleme, die zum Teil nicht mehr revidierbar sind. Es gilt deshalb für alle Seiten, mit Erwartungen reflektiert umzugehen.

Erwartungen können erfüllt, nicht erfüllt oder sogar übererfüllt werden. Erfüllte Erwartungen erzeugen Zufriedenheit, nicht erfüllte Erwartungen meist Unzufriedenheit. Entscheidend ist jedoch nicht die objektive Lage, sondern der Vergleichsstandard. Was kann man also aufgrund von Selbst- und Fremderfahrungen erwarten? Was ist ein zufriedenstellendes Ergebnis? Menschen sind oft unzufrieden mit ihrem Partner, mit der Kirche, einer Partei, ihrer Firma, weil die täglichen oder jährlichen Erfahrungen unter dem Erwartungsniveau sind, das sie früher einmal oder durch Vergleiche mit anderen hatten.

Das Erfüllen von Erwartungen geht eng mit gegenseitiger Loyalität und gegenseitigem Vertrauen einher. Doch wenn – wie etwa beim chaotischen Abzug aus Afghanistan – die Erwartungen vieler, vor allem auch der Ortskräfte, enttäuscht wurden, werden Loyalität und Vertrauen aufs Spiel gesetzt – teils sogar weit über den Kreis der eigentlich Betroffenen hinaus. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass Erwartungen mit der Verantwortung einhergehen, diese bestmöglich zu erfüllen. Offenbar werden allzu oft Erwartungen geschürt und Versprechungen gemacht, ohne sich der eigenen Verantwortung für ihre Erfüllung und der Konsequenzen ihrer Nicht-Erfüllung bewusst zu sein. Die Nicht-Erfüllung schafft Glaubwürdigkeits- und Vertrauensprobleme, die zum Teil nicht mehr revidierbar sind. Grundsätzlich sollte man sich fragen: Welche Erwartungen sollen erzeugt werden? Bestehen die Intention und die Fähigkeit, diese Erwartungen zu erfüllen? Was ist der Preis für die Erfüllung und die Nicht-Erfüllung dieser Erwartungen?

Es gilt aber immer: Wer die Erwartungen der Menschen nicht kennt, wird sie (die Menschen ebenso wie die Erwartungen) nicht erreichen. Man muss sie nicht immer erfüllen; wichtig ist jedoch, sie zu kennen und dann zu begründen, warum man sie nicht im gewünschten Ausmaß erfüllen kann.

POLITISCHE GRATWANDERUNG

Ob man aus Unzufriedenheit aufgrund unerfüllter Erwartungen handelt und eine Beziehung beendet oder die Partei wechselt, hängt auch von der nächsten Alternative ab: Nur wenn diese positiver als die momentane Situation bewertet wird, handeln wir – wobei auch beim Bewerten der Alternative Erwartungen eine große Rolle spielen. Und oft bleiben Menschen trotz Unzufriedenheit in ihrer Partnerschaft, bleiben in der Kirche, wählen die Partei wieder, weil sie keine bessere Alternative sehen. Menschen können so etwas wie eine resignative Zufriedenheit entwickeln. Der Zustand ist zwar schlechter, als sie erwartet haben, aber sie haben keine Alternativen. Es ist dann oft auch so, dass Staaten mit einer schlechteren Ausgangslage als entwickelte Industrieländer dieselbe Lebenszufriedenheit haben, einfach weil sie geringere Erwartungen hatten und diese auch in dem Sinne vergleichen, dass alles noch schlechter sein könnte.

Eine Partei versucht, im Wahlkampf Menschen für ihre Ziele zu gewinnen, indem sie sich inhaltlich positioniert, als attraktiv darstellt und implizit oder explizit Erwartungen erzeugt, die Zukunft für ihre Wähler zu verbessern. Dies ist eine Gratwanderung, denn die politischen Parteien müssen auf der einen Seite positive Erwartungen formulieren, um attraktiv zu sein; auf der anderen Seite dürfen die Erwartungen nicht zu hoch sein, weil sonst die Enttäuschung vorprogrammiert ist, wenn sie nicht umgesetzt werden können.

Sinnvoll ist es, zu reflektieren, ob Erwartungen an sich selbst oder andere realistisch oder unrealistisch sind. Ob sie adäquat sind oder nicht. Sinnvoll ist auch die permanente Anpassung der eigenen Erwartungen, um Enttäuschungen zu minimieren. Diese Reflexion beinhaltet auch, Erwartungen zu hinterfragen und sich gegebenenfalls von ihnen zu lösen: beispielsweise, wenn man an der Karriere festhält, obwohl man die Familie vernachlässigt – und die Erwartung, beiden Rollen zu hundert Prozent gerecht zu werden, unerfüllbar ist. Wichtig ist es deshalb, immer auch zu fragen: Was ist der Preis der Erwartung und der damit verbundenen notwendigen Verhaltensweisen? Oft ist ein permanenter Konflikt: Wo will und muss ich Erwartungen erfüllen, und wo muss ich loslassen?

Eine Anpassung der eigenen Erwartungen ist allerdings nicht die einzige legitime Reaktion auf enttäuschte Erwartungen. Man darf – gerade auch in der Politik – nachfragen, Kritik üben, verlangen, dass Konsequenzen gezogen werden. Insofern können enttäuschte Erwartungen auch ein Impuls zur kritischen Reflexion und sogar ein Auslöser zum Setzen neuer Erwartungen sein.

OFFEN SEIN FÜR NEUES

Mit Erwartungshaltungen kann immer auch eine Selffulfilling Prophecy verbunden sein. Das heißt, dass durch die Erwartungshaltung und durch die damit verbundenen Aktivitäten sich sowohl das Positive als auch das Negative verwirklichen können. Erwartungen können also Fluch und Segen sein. Die Kraft von Erwartungen zeigt sich in vielen ökonomischen Bereichen, zum Beispiel im Konsumklimaindex. Positive individuelle und kollektive Erwartungen an die Zukunft, die in den Medien verstärkt werden, aktivieren Menschen zum Konsum – ebenso der sogenannte Ifo-Index, der besagt, dass positive Einschätzungen der wirtschaftlichen Zukunft die Bereitschaft steigern, das Investitionsvolumen zu erhöhen.

Die Erwartungen, die Menschen in einer Gesellschaft haben, und die Erwartungen, die sie an Institutionen richten, sagen viel über die Stimmung in der Gesellschaft aus: Sind die Erwartungen hoch, spricht das für eine positive Grundhaltung, dass diese Erwartungen vielleicht erfüllt werden können.

Die Kunst ist, sich verschiedener Facetten von Erwartungen bewusst zu sein und sich die Freiheit zu nehmen, in gewissen Bereichen bewusst keine

Erwartungen zu hegen, um offen zu sein für Neues. Durchaus aber auch zu reflektieren, ob die Unzufriedenheit in der Partnerschaft oder mit dem politischen System, der Firma oder der Kirche damit erklärbar ist, dass die eigenen Erwartungen möglicherweise zu hoch waren. Die Kunst ist auch, weiterhin zu reflektieren, wo man selbst Akteur und nicht nur Beobachter sein muss, damit bestimmte Zustände erreicht werden.

Erwartungen entwerfen positive Zukunftsbilder. Erwartungen an eine bessere Zukunft sind der Motor für Fortschritt und Entwicklung. Auch die Aufgabe von Politik besteht darin, ein positives Zukunftsbild für ein Land zu zeichnen und dieses zu realisieren. Bürger sind allerdings nicht nur Erwartungsträger, die ihre Erwartungen an die Politik richten. Sie sind selbst Akteure, die dazu beitragen können, ihre Erwartungen auch jenseits der Wahlkabine in der Gesellschaft zu verwirklichen. Die Hoffnung ist, dass Menschen ihre Erwartungen teilen. Und für den Fall, dass es nicht so ist, bleibt die gemeinsame Erwartung, in einer offenen Gesellschaft zu leben, die sich durch Freiheit, Toleranz, Humanität, Verantwortlichkeit und eine kritisch-rationale Diskussion auszeichnet.

Wohlwollender Hegemon?

Deutschlands Europapolitik zwischen nationalen Interessen
und europäischer Verantwortung

CLAIRE DEMESMAY

Geboren 1975 in Dole (Frankreich), assoziierte Forscherin im „Centre Marc Bloch“, Berlin, lehrt an der Freien Universität Berlin und an der Université Sorbonne Nouvelle, Paris.

ANDREAS MARCHETTI

Geboren 1975 in Pirmasens, Gründer und Geschäftsführer der politglott GmbH, Bad Honnef, Honorarprofessor, Universität Paderborn.

Deutschland mag sich in den letzten Jahrzehnten verändert haben, doch die europäische Integration bleibt Dreh- und Angelpunkt deutscher Diplomatie. Die von den meisten politischen Parteien des Landes unterstützte europapolitische Kontinuität beruht auf drei Leitmotiven: *Erstens* hat die deutsche Europapolitik einen normativen Anspruch und zielt darauf ab, dass die Union und ihre Mitgliedstaaten eine Wertegemeinschaft bilden. *Zweitens*

wird das europäische Projekt weitgehend durch das Prisma der Wirtschaft und insbesondere des Marktes betrachtet. *Drittens* hält sich Deutschland im militärischen Bereich der Europa- und Außenpolitik zurück, und dies, obwohl die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Auslandseinsätzen inzwischen durchaus zur Normalität gehört.

Trotz der unbestreitbaren Kontinuität deutscher Europapolitik haben sich seit der Wiedervereinigung Veränderungen im Kontext der Europäischen Union (EU) und innereuropäische Gewichtsverschiebungen unmittelbar auf die Rolle Deutschlands in Europa ausgewirkt. Berlin weigert sich zwar, sich als europäischer „Hegemon“ zu positionieren, ist jedoch selbstbewusster geworden und zögert nicht mehr, seine nationalen Interessen offen zu verteidigen. Ein Beispiel dafür ist die Politik der Bundesregierung, um „den deutschen Personalanteil in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen quantitativ und qualitativ weiter zu erhöhen“.¹

Ein solcher Ansatz hängt einerseits mit dem Generationswechsel sowie der Vollendung der „Erlösung“² nach dem Zweiten Weltkrieg und andererseits mit der allmählichen Normalisierung der europäischen Position Deutschlands seit der Wiedererlangung der vollen Souveränität zusammen. Die moralische Verpflichtung, tugendhafter als andere zu sein, die es sich nach Ende des Krieges auferlegt hatte, ist im Laufe der Zeit verblasst. Darüber hinaus hat Deutschland aufgrund seiner zentralen geografischen, wirtschaftlichen und demografischen Lage auf dem europäischen Kontinent de facto eine Führungsrolle inne. Spätestens mit der europäischen Staatsschuldenkrise wurde diese politische Führung unumgänglich: Ange-

sichts eines geschwächten Südeuropa musste Berlin in die Rolle des zentralen Akteurs in den Verhandlungen über wirtschaftliche Rettungsmaßnahmen und die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion hineinwachsen.

Ob es einem gefällt oder nicht: Deutschland hat mehr Einfluss auf den Kurs Europas als jeder andere Mitgliedstaat. Seine Entscheidungen haben Auswirkungen auf die gesamte EU, zumal diese heute in vielen Politikbereichen stark integriert ist. Wenn es ein Projekt ablehnt, wie etwa die Schaffung eines Haushalts für die Eurozone, wird es von Deutschland auch blockiert. Umgekehrt wäre es der EU ohne die Unterstützung der Bundesregierung unmöglich gewesen, während der COVID-19-Pandemie einen ehrgeizigen Konjunkturplan zu verabschieden.

AUFGABE ROTER LINIEN

Deutschland hat bis heute diese Führungsrolle nur zögerlich angenommen. Daher wurde es in der Vergangenheit nicht nur dafür kritisiert, Europa zu dominieren, sondern auch, die ihm zufallende Führungsrolle nicht angemessen zum Wohle aller auszufüllen. Einen dergestalt handelnden, „wohlwollenden Hegemon“ (so Wolfgang Schäuble) dürften aber nicht nur seine eigenen nationalen Interessen leiten; vielmehr müsse er sich selbst vorbildhaft der Bereitstellung zentraler öffentlicher Güter verschreiben.³ Unter anderem mit Verweis auf Schäuble wies der Analyst und Journalist Hans Kundnani bereits angesichts der europäischen Staatsschuldenkrise darauf hin, dass ein Hegemon auch

„Opfer zu bringen“ habe, um seine Rolle auszufüllen.⁴ Für die deutsche Europapolitik sollte dies in letzter Konsequenz auch die Infragestellung oder Aufgabe eigener Positionen oder gar *roter Linien* zugunsten des größeren Ganzen bedeuten.

In diesem Sinne scheinen sich bei aller Konstanz deutscher Europapolitik in ihrer Praxis allmählich bedeutsame Anpassungen Bahn zu brechen. Bereits seit Längerem wieder stärker einem „Trend zur Vergemeinschaftung und Supranationalisierung“⁵ folgend, räumt die Bundesrepublik der Aufrechterhaltung und Gewährleistung des europäischen Zusammenhalts – durchaus aus eigenem Interesse gemäß den weiter bestehenden Leitmotiven – deutlicher als zuvor Priorität ein. Folgerichtig scheint die Bundesregierung wieder willens, auch innenpolitisch unpopuläre Weiterentwicklungen der eigenen europapolitischen Position vorzunehmen beziehungsweise eigene Präferenzen hintanzustellen. Anzeichen für solche Anpassungen traten unter der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 deutlich zutage:

- In der Pandemiebekämpfung gab die Bundesregierung den Forderungen einer rein nationalen Impfstoffbeschaffung nicht nach und setzte sich für eine europäische Impfstoffstrategie ein.
- Die Grundlagen für den mit 750 Milliarden Euro ausgestatteten Aufbaufonds legte Deutschland in einem gemeinsam mit Frankreich eingebrachten Vorstoß, der erstmals die bisherige *rote Linie* deutscher Politik einer gemeinsamen Kreditaufnahme überschritt.
- Bei der Ausgestaltung der nunmehr in ein Handelsabkommen gegossenen Beziehungen zum Vereinigten Königreich

infolge des Brexit ließ sich die Bundesregierung trotz der Bedeutung des bilateralen Handels nicht zu eigenständigen Initiativen verleiten.

ENGE ZUSAMMENARBEIT MIT PARIS

Daraus geht hervor, dass im europäischen Kontext ein wohlwollender Hegemon nur ein kooperativer sein kann. Die Bundesregierung ist bemüht, mit allen anderen Mitgliedstaaten gute Beziehungen zu pflegen und das Bild eines egoistischen Deutschland zu vermeiden, wie es während der „Griechenlandkrise“ verbreitet war. Damit scheint sie erfolgreich zu sein, denn Deutschland – ebenso wie Frankreich – gilt zum einen als gefragter Ansprechpartner, den die anderen EU-Staaten gern und oftmals kontaktieren.⁶ Zudem setzt Berlin in diesem Kontext auf eine enge Zusammenarbeit mit Paris und führt damit eine mehr als ein halbes Jahrhundert währende Tradition fort.

Die Entscheidung für eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit hängt nicht nur mit dem außergewöhnlich dichten System bilateraler Abstimmung zusammen. In einer Europäischen Union, in der die nationalen Interessen und Positionen heterogener geworden sind, stehen Deutschland und Frankreich im Lager der Integrationsbefürworter. Beide sind bestrebt, die EU angesichts der internationalen Herausforderungen handlungsfähig zu machen, und haben sich in den letzten Monaten in der Frage der europäischen Souveränität angenähert. Selbst wenn Deutschland das sehr ehrgeizige Projekt Frankreichs, wie

Emmanuel Macron es in seiner Rede an der Sorbonne 2017 erstmals darlegte, nicht in vollem Umfang teilt, hat die COVID-19-Krise das Bewusstsein deutscher Entscheidungsträgerinnen und -träger für die Risiken europäischer Abhängigkeiten und die Notwendigkeit, diese zu begrenzen, geschärft.

STREIT UM DIE „MACHT EUROPA“

Es ist daher zu erwarten, dass die gute Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen gerade auch anlässlich der französischen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2022 fortgesetzt wird. Dies schließt Meinungsverschiedenheiten nicht aus. So könnte der alte Streit um die Vergemeinschaftung der Staatsschulden und um ausgeglichene Budgets, der während der Coronakrise in den Hintergrund getreten ist, bald wieder aktuell werden. Auch im Hinblick auf das Projekt einer „Macht Europa“, das Frankreich so sehr am Herzen liegt, bieten sich mehrere Themen für Kontroversen – sei es in Bezug auf eine ehrgeizige Industriepolitik oder hinsichtlich der Verteidigung und der „strategischen Autonomie“. Der Rückzug des US-Militärs aus Afghanistan im Sommer 2021 ist ein weiterer Hinweis darauf, dass sich diese Fragen in naher Zukunft noch virulenter stellen werden.

Deutsch-französische Meinungsverschiedenheiten müssen allerdings kein Hinderungsgrund für gelingende Zusam-

menarbeit sein. Ganz im Gegenteil: Eine Annäherung auch im Sinne der anderen Mitgliedstaaten generiert häufig akzeptable und praktikable „Stellvertreterkompromisse“. Die bisherige Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses hat zudem gezeigt, dass einmal getroffene Entscheidungen und damit eingeschlagene Pfade oft auf Dauer angelegt sind. Für die deutsche Europapolitik bedeutet dies nicht nur, dass die Änderungen der eigenen Position vermutlich Bestand haben werden, sondern dass auch die europäischen Partner diese im Sinne deutscher Verlässlichkeit einfordern werden.

¹ Siebter Bericht der Bundesregierung zur deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen, Berichtszeitraum 2019 und 2020, www.auswaertiges-amt.de/blob/215550/9a174cb60b849da825ebbacc44b684bb/berichtbregpersonalio-data.pdf, S. 5 [letzter Zugriff: 24.08.2021].

² Zbigniew Brzezinski: *The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Imperatives*, New York 1997.

³ Vgl. Wolfgang Schäuble: Rede des Bundesministers der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble an der Universität Paris-Sorbonne, 02.11.2010, www.wolfgang-schaeuble.de/1595/ [letzter Zugriff: 09.08.2021].

⁴ Vgl. Hans Kundnani: „Was für ein Hegemon? Berlins Politik führt zu keinem deutschen, sondern einem chaotischen Europa“, in: *Internationale Politik*, Mai/Juni 2012, S. 22, S. 24.

⁵ Katrin Böttger / Mathias Jopp: „Grundlinien deutscher Europapolitik“, in: dies. (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Europapolitik*, 2. Aufl., Nomos Verlag, Baden-Baden 2021, S. 3.

⁶ Siehe Studie des European Council on Foreign Relations, die sich auf eine Befragung von mehr als 800 Experten zu europäischen Themen stützt; ECFR, *EU Coalition Explorer*, 08.07.2020, <https://ecfr.eu/special/eucoalitionexplorer> [letzter Zugriff: 24.08.2021].

Voll stabil?

—
Junge Generationen auf der Suche nach Balance

ELISABETH HOFFMANN

Geboren 1961 in Koblenz, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Bonn, Erstes und Zweites Staatsexamen für das Gymnasiallehramt, Unterricht am Christophorus-Gymnasium für Hochbegabte in Königswinter, Leitung familienpolitischer Projekte für die Kommission der Europäischen Union, Mitglied der PG Wodehouse Society, London, Referentin Jugend und Generationen, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die beliebtesten Werte junger Menschen – Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Inklusion, soziale Gerechtigkeit und Achtsamkeit – zeugen von der Suche nach Balance und Stabilität in globalen, komplexen Multioptionsgesellschaften mit ihren hohen Erwartungen an die junge Generation.

Ist die junge Generation stabil? Die Antwort lautet „Jein“. Die globalste, bestinformierte, meinungsstärkste und weltoffenste Generation aller Zeiten ist zugleich diejenige mit beruflichen Orientierungsproblemen und der bei Weitem stärksten Wahrnehmung psychischer Probleme im Generationenvergleich.

„Lost“ – verstanden weniger als „verloren“, sondern vor allem als „ahnungslos, unsicher, unentschlossen“ – ist das Jugendwort des Jahres 2020 in Deutschland.

Wie keine Generation zuvor sind die Generation Y (25 bis 35 Jahre) sowie die Generation Z (12 bis 24 Jahre) behütet und mit Eltern (Babyboomer-Generation) aufgewachsen, die alles daransetzten, den Nachwuchs umfassend zu fördern. Etwa 20 Prozent junger Menschen erleben allerdings Elternhäuser, die dem Fördertempo nicht mehr gewachsen sind. 40 Prozent junger Menschen in Deutschland haben eine Zuwanderungsgeschichte. Nicht selten müssen sie die Balance zwischen traumatisierenden Fluchterfahrungen und dem Neustart in Deutschland finden. Zugleich erleben junge Menschen Bedrohungen wie Terrorismus, Populismus, Rassismus, Euro-, Flüchtlings- und Klimakrise.

Mit dem Smartphone steht ihnen die Welt in ihrer faszinierenden, aber ebenso ambivalenten Vielfalt offen, inklusive des täglichen Vergleichs mit den Erfolgreicheren und Schöneren. Digitale Kommunikation ist nicht nur „Nabelschnur zur Welt“, sondern auch Einbahnstraße in die Einsamkeit. Für vierzig Prozent weltweit und für 29 Prozent in Deutschland ist die „digitale Entgiftung“ („digital detox“) ein Anliegen, und 76 Prozent weltweit sagen, dass sie zu viel Zeit mit dem Internet verschwenden.

MEGATREND GESUNDHEIT

Gesundheit hat steigende Priorität: Fast die Hälfte der 18- bis 24-Jährigen nutzt Apps, um Gesundheit und Fitness zu fördern. Mit dem Argument, gleichermaßen die eigene Gesundheit und das Klima zu schonen, verzichten dreizehn Prozent der 15- bis 29-Jährigen auf Fleisch – doppelt so viele wie in der Gesamtbevölkerung. *Mental Health* – psychische Gesundheit – ist laut Weltgesundheitsorganisation das „Megathema des 21. Jahrhunderts“. Die oft zu (Selbst-)Achtsamkeit erzogenen „Zler“ fühlen sich in Pandemie-Zeiten zu 70 Prozent gestresster als zuvor. Fast 60 Prozent der Jugendlichen weltweit sagen, dass sie sich kontinuierlich einsam fühlen. Die Zahl junger Menschen in Deutschland, die Ängstlichkeit empfinden, ist von 15 (vor der Pandemie) auf 30 Prozent gestiegen, depressive Symptome nahmen von 10 auf 15 Prozent zu. „I should take better care of my emotional well-being“ („Ich sollte mich besser um mein emotionales Wohlbefinden kümmern“), sagen 82 Prozent der 18- bis 29-Jährigen weltweit; in Deutschland sind es 58 Prozent.

Die Jugendlichen reagieren mit stärkerer Suche nach Sicherheit: In Deutschland wird bei der Arbeitsplatzwahl die Jobsicherheit zum wichtigsten Kriterium – noch vor hohem Gehalt, guter Arbeitsatmosphäre und Work-Life-Balance. Im Vier-Generationen-Vergleich zeigen die 16- bis 20-Jährigen bei Weitem den stärksten Wunsch nach festen Bindungen. Und: In der globalen Welt mit ihrem Anspruch an grenzenlose Mobilität halten zwei Drittel

der „Zler“ es für wahrscheinlich, dass sie sich im Laufe des Lebens ein Haus oder eine Wohnung kaufen.

Die Erwartungen an junge Menschen sind hoch: Polyglotte Schnellzeitstudierende an Prestigehochschulen mit Auslandssemestern und Praktika oder Jobs bei internationalen Top-Unternehmen punkten zusätzlich mit Hobbys wie Marathonlauf, mit einem internationalen Freundeskreis, perfektem Äußerem und der leichtfüßigen Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Die Multioptionsgesellschaft, die die Babyboomer schufen, lehrt, dass alles machbar ist, wenn man nur will. Ungewollt setzt sie damit die junge Generation unter großen Druck. De facto hat nur knapp ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in den letzten Klassen allgemeinbildender Schulen überhaupt eine Vorstellung von der beruflichen Zukunft. Die Wahl zwischen 20.000 Studiengängen und über 300 Ausbildungsgängen mit vielfältigen, aber unbekanntem Karrierechancen führt nicht selten zu Orientierungslosigkeit. Gut gemeinte digitale Informationsfluten helfen nicht – eher im Gegenteil.

SAMTIGE KUSCHELSOFAS UND MARMELADENREZEPTE

Besonders Jugendliche suchen Halt und Orientierung im vertrauten Umfeld. Eltern sind die erste (wenn auch nicht unbedingt beste) Berufsberatungsinstanz; es folgen Peers, dann Praktika und die mit ihnen verbundenen Bezugspersonen. Die multioptionsverliebten Babyboomer tun sich schwer damit, dass sich Digital Natives ganz altmodisch Gespräche mit Lebensälteren wünschen und selbst nach einem exklusiven Studium an der *London School of Economics* gar nicht so selten ganz unspektakulär einen Job in der Nähe des Elternhauses suchen.

„Glokal“ nennt die Jugendforschung diesen Trend zur Balance: Zwar verbinden viele junge Menschen über Auslandsaufenthalte und besonders Social Media mehr globale Gemeinsamkeiten als nationale Eigenheiten, so das Ergebnis internationaler Trendstudien. Jedoch wünschen sich nur 12 Prozent der 15- bis 24-Jährigen in Deutschland, für eine Ausbildung oder ein Studium in eine von Heimat und sozialem Netzwerk weit entfernte Region zu ziehen. Fotos von Landhäusern mit samtigen Kuschelsofas oder Marmeladenrezepte boomen ausgerechnet auf TikTok, dem hipsten Social-Media-Kanal der 12- bis 18-Jährigen. Sympathische Großelternfiguren kommen in Werbespots für junge Menschen gut an.

Tatsächlich ist genau an dem Fehlen von (groß)elterlichen Personen das große Projekt „MobiPro-EU“ – das von 2013 bis 2020 durchgeführte Sonderprogramm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus Europa“ – gescheitert: Weit mehr als die Hälfte junger Azubis aus dem

europäischen Ausland brachen ihre Ausbildung in Deutschland ab, weil persönliche „Kümmerer“ fehlten. Ohne persönliche, individuelle Ansprache und zeitnahe Feedbacks, so auch das Mantra der immer bestens informierten Marktforschung, kann man junge Menschen nicht mehr erreichen. Sie möchten als „einzigartig und besonders“ angesehen werden. Globale Marken verlieren derzeit gegen kleine, „liebevollere Brands“, die individuell auf die Wünsche kleiner Zielgruppen eingehen und diese bereits bei der Produktentwicklung einbeziehen.

„Wir sind die Generation, die etwas erschaffen wird“, lautet das Motto einer weltweiten Jugend-Trendstudie. Während die Babyboomer mit Opernabonnement oder Museumsbesuch kulturelle Teilhabe suchen, bricht sich auf Social Media eine ungeheure Kreativität der „Zler“ Bahn. Bereits 2020 meldete Pinterest über drei Milliarden „aesthetic boards“, und innerhalb eines Jahres wurden „AR-Lenses“, Apps zur künstlerischen Bearbeitung von Texten, Bildern und Videos, weltweit von den 13- bis 22-Jährigen nicht nur fünfzehn Milliarden Mal genutzt, sondern auch technisch weiterentwickelt. Ella Imhoff, 20, Ikone der „Z“-Generation und Stieftochter der amerikanischen Vizepräsidentin, verdient ihr Geld mit Häkeln – ihre Produkte sind so angesagt, dass sie über ein Jahr im Voraus ausgebucht ist. In der Welt von Massenprodukten und Hochglanz-Photoshop-Bildern der „Yloner“ setzen viele „Zler“ auf Selbstgezeichnetes und verwackelte Schwarz-Weiß-Fotos. Mehr noch als ihre älteren Geschwister lieben sie Selbstpräsentation, wählen aber „Realness“ (Authentizität) statt glänzender Fassaden. „Keep it simple“, mit Augenzwinkern und der Liebe zum Storytelling (bei Vermittlung von Fakten) – so reagieren die Jüngsten auf eine perfekt-verkopfte Bildungs- und Hochglanzwelt.

BERUFSWEGE – SELBST GESTRICKT

Der Nimbus akademischer Abschlüsse bröckelt. Aufmerksam beobachten „Zler“, dass knapp 30 Prozent ihrer älteren Geschwister (bis 35 Jahre) unterhalb ihrer akademischen Qualifikation arbeiten (Bundesagentur für Arbeit). Das Vertrauen der Generation Z in Bildungsinstitutionen schwindet; jeder beziehungsweise jede Dritte bis siebzehn Jahre gibt an, vielleicht gar nicht mehr studieren zu wollen. Berufliche Selbstständigkeit steht (zumindest theoretisch) hoch im Kurs, den Weg dorthin planen junge Menschen immer öfter im Do-it-yourself-Verfahren: Marktnischen entdecken, Qualifikationen informell erwerben. Ausbildung und Studium? (Vielleicht) erst dann, wenn die Notwendigkeit dazu aus der Praxis heraus erwächst. Immerhin sind 14 Prozent derjenigen, die ein Unternehmen gründen, 18 bis 24 Jahre alt; ihre Karrieren sind, wie die des 18-jährigen Neil Heinisch aus Hamburg, Gründer der Gen-Z-Agentur „Play the Hype“, zum Teil erstaunlich. Wichtig ist ihnen persönliche

Freiheit: 40 Prozent der 16- bis 25-Jährigen halten es für wahrscheinlich, dass sie einmal in Teilzeit arbeiten, um sich anderen Aufgaben, etwa Elternzeit oder einer Weltreise, zu widmen. Aber auch Selbstverwirklichung im Job zählt: „Was wird Ihr Unternehmen für meine Weiterentwicklung tun?“ gilt als typische Frage der „Zler“ bei der Bewerbung um den ersten Job.

PARTEIEN SIND ABGESCHRIEBEN

Drei Viertel der 14- bis 24-Jährigen interessieren sich für Politik, jedoch nicht für Parteien. Parteien gelten als hierarchisch und zu träge, um Themen anzugehen, die auf den Nägeln brennen. Die „Zler“ haben Parteien abgeschrieben. Sie setzen auf Themenfokussierung, Empirie und Pragmatismus – Ideologie war gestern. Persönliche Betroffenheit und Verantwortung werden zur Motivation politischen Engagements. George Floyd – Klimawandel – Populismus – Brexit: Das Jahr 2020 gilt weltweit als das Weckruf-Jahr. Hoffnungsträger positiver Veränderung sind Eigeninitiativen, Pop-Weltstars wie Alicia Keys und große Konsummarken. 70 Prozent der Generation Z in Deutschland (und 90 Prozent in Brasilien) sagen, dass Unternehmen die Verantwortung dafür tragen, gesellschaftlich-politischen Fortschritt im Bereich der sozialen Gerechtigkeit oder des Klimawandels zu bewirken. Die jungen Menschen durchschauen Plattitüden oder das Vermeiden von Positionierung auf der Stelle.

Voll stabil? Auf jeden Fall sind junge Generationen voll auf der Suche nach Stabilität. Einem „Immer weiter, immer mehr“ der Lebensälteren setzen sie die antike Tugend des Maßhaltens entgegen. „Gemeinsam innehalten und ein paar Schritte zurückgehen, um nach vorne zu kommen“ – so formulierte eine junge Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung jüngst das Lebensmotto ihrer Generation. In einer Umkehr traditioneller Muster sind es die jungen Generationen, die eine Rückbesinnung anmahnen – eine Rückbesinnung auf Voraussetzungen guten Lebens für Natur und Mensch.

Ungebremst

Eine Bestandsaufnahme der Belastungen für die nächste Generation

DOROTHEA SIEMS

Geboren 1963 in Berlin, promovierte Volkswirtin und Journalistin, 2010 bis 2019 Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik und seit 2019 Chefökonomin der „Welt“-Gruppe, Berlin.

Der Kontrast könnte nicht größer sein: Als Wolfgang Schäuble 2017 aus dem Amt des Bundesfinanzministers schied, galt er als Garant der „schwarzen Null“. Denn seit 2014 war der Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung ausgekommen. Über ein halbes Jahrhundert lang hatte dieses Kunststück keiner

von Schäubles Vorgängern vollbracht. Olaf Scholz hingegen wurde als Bundesfinanzminister zum Schuldenkönig. Zwar hatte der Sozialdemokrat 2018 und 2019 auch ausgeglichene Etats verantwortet. Doch dann kam die Corona-Krise und trieb die Neuverschuldung in Rekordzeit auf ein Allzeithoch.

Die künftige Bundesregierung übernimmt somit ein schweres Erbe. So richtig es war, dass der Staat in der schweren Rezession die Folgen für die Bürger und Unternehmen abgefedert hat, so notwendig ist es nun, die Haushaltskonsolidierung ebenso energisch anzugehen. Und es bedarf großer Kraftanstrengungen und auch unpopulärer Maßnahmen, um die Staatsfinanzen wieder zu sanieren. Anders als nach der Weltfinanzkrise vor einem Jahrzehnt kann die Politik dabei nicht mit dem Rückenwind durch weiter sinkende

Zinsen rechnen, der damals dem Finanzminister die Konsolidierung erleichtert hat. Auch die einnahmesteigernden Beschäftigungsrekorde, die Deutschland vor der Pandemie erlebt hatte, werden sich nicht wiederholen lassen. Vielmehr droht infolge der rasanten Alterung der Gesellschaft die Erwerbsbevölkerung in den kommenden Jahren zu schrumpfen.

Der Kassensturz nach der Bundestagswahl muss allerdings noch viel mehr umfassen als nur die Finanzlage des Bundes. Denn die Gesamtverschuldung des Staates schließt auch die Verbindlichkeiten von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen mit ein. Im laufenden Jahr ist die Staatsverschuldung Deutschlands erstmals über 2,2 Billionen Euro geklettert. Auf jeden einzelnen Bürger, ob Rentner oder Baby, entfällt damit rechnerisch eine Hypothek von fast 27.000 Euro.

Hatte die Schuldenquote 2019 noch knapp sechzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen, übersteigt sie nun mit gut 75 Prozent deutlich die im Stabilitätspakt der Europäischen Union (EU) festgeschriebene Höchstgrenze von sechzig Prozent der Wirtschaftsleistung. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland damit allerdings immer noch gut ab. In der Eurozone übersprang die Schuldenquote erstmals die Hundert-Prozent-Marke, wobei einige Länder wie Griechenland oder Italien ein weit höheres Niveau melden. Vor allem die südeuropäischen Staaten machen deshalb Druck, die Stabilitätsregeln dauerhaft aufzuweichen. Und das, obwohl die EU-Kommission erstmals im großen Stil selbst Schulden aufnimmt, um den in der Krise beschlossenen EU-Wiederaufbaufonds im Umfang von 750 Milliarden Euro zu füllen. Auch wenn diese gemeinsamen EU-Schulden nicht auf den nationalen Schuldenstand der Mitgliedstaaten angerechnet werden, sondern extra laufen, dürfen sie ehrlicherweise nicht vergessen werden, wenn man den Bürgern ein Gesamtbild des Schuldenberges aufzeigen will. Denn Deutschland haftet schließlich für 27 Prozent der Gesamtsumme, also gut 200 Milliarden Euro.

Beim Bund, der den Löwenanteil der Corona-Hilfen für die Wirtschaft und die Bürger finanziert und überdies die krisenbedingten Löcher in den Sozialkassen mit hohen Steuerzuschüssen stopft, stiegen die Schulden besonders rapide: Für die Haushalte der Jahre 2020 bis 2022 summiert sich die Kreditaufnahme auf 470 Milliarden Euro. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, die im Normalfall einen ausgeglichenen Etat vorsieht, musste für die Jahre 2020 bis 2022 ausgesetzt werden. Eine Notfalloption erlaubt in außergewöhnlichen Krisen kurzfristig die hohe Kreditaufnahme. Allerdings verlangt die Regelung, dass die Corona-Schulden nach einem festen Tilgungsplan wieder zurückgezahlt werden. Der Schuldenabbau beginnt 2023 mit einer Tilgung von zwei Milliarden Euro, steigt dann aber ab 2026 auf 20,5 Milliarden Euro jährlich.

Ob diese Planung umgesetzt wird und 2023 die Schuldenbremse – wie von SPD und Union vor der Wahl angekündigt – wieder eingehalten wird,

hängt vor allem von der politischen Standfestigkeit ab. Schon vor der Pandemie gab es heftige Attacken gegen die verfassungsrechtliche Begrenzung des Schuldenmachens. So forderten nicht nur die Grünen, sondern auch der Bundesverband der Deutschen Industrie und einige Ökonomen wie der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, bereits lange vor der aktuellen Krise eine Grundgesetzänderung, um dem Bund eine viel größere Kreditaufnahme zu ermöglichen. Die Rede ist von 500 Milliarden Euro, verteilt über zehn Jahre.

VABANQUESPIEL MIT NIEDRIGEN ZINSEN

Die Befürworter argumentieren mit der Notwendigkeit massiver Investitionen in die Infrastruktur, die beschleunigte Digitalisierung und den forcierten Klimaschutz. Solche, dringend notwendigen Investitionen nutzten auch künftigen Generationen und seien deshalb „auf Pump“ zu finanzieren, betonen die Verfechter einer expansiven Finanzpolitik. Und angesichts der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank rentierten sich solche Ausgaben doppelt, da sich der Bund besonders günstig verschulden könne.

Auf dauerhaft niedrige Zinsen zu bauen, wie dies die Schuldenbefürworter tun, ist allerdings ein Vabanquespiel. Die zuletzt deutlich anziehende Inflation könnte – wenn der spürbare Preisauftrieb nicht nur kurzfristiger Natur ist – die Europäische Zentralbank schon bald zu einer Korrektur ihrer ultralockeren Geldpolitik zwingen. Eine hohe Staatsverschuldung engt bei steigenden Zinsen die politische Handlungsfähigkeit extrem ein. Aber selbst in einem Nullzinsumfeld bedeuten hohe Schulden eine schwere Hypothek für die nächsten Generationen.

Die Angriffe auf die Schuldenbremse sollten auch deshalb abgewehrt werden, weil sich die nach der Finanzkrise eingeführte Haushaltsregel bewährt hat. In der Coronakrise erwies sie sich als flexibel und stand der notwendigen Kreditaufnahme nicht im Wege. Allein der Schuldenbremse ist es zu verdanken, dass Deutschland beim Ausbruch der Pandemie solide aufgestellt war und deshalb über finanzpolitische Feuerkraft verfügte. Nach Corona wird es wieder Krisen geben, auf die der Staat energisch reagieren muss. Ein überschuldeter Haushalt untergräbt die Widerstandsfähigkeit – zumal Deutschland anders als Italien oder Spanien im Notfall kaum auf die finanzielle Unterstützung anderer EU-Staaten bauen könnte. Auch für die Stabilität Europas ist es deshalb unabdingbar, dass die wirtschaftsstärkste Volkswirtschaft auf den Konsolidierungspfad zurückfindet und der Stabilitätsanker in dem Staatenbund bleibt.

Solide Staatsfinanzen und eine höhere staatliche Investitionsquote schließen sich zudem keineswegs aus. Nötig ist eine Umschichtung im Etat.

Über viele Jahre hinweg haben die Sozialausgaben deutlich überproportional zugelegt. Mehr als die Hälfte des Bundesetats entfällt auf Ausgaben für Soziales. Das gesamte Sozialbudget, das auch die Aufwendungen der anderen Gebietskörperschaften sowie der Arbeitgeber und der Sozialversicherungen umfasst, stieg im vergangenen Jahr auf knapp 1,2 Billionen Euro an. Damit verschlingen die Ausgaben für Rente, Pflege, Gesundheit, Grundsicherung, Familienförderung und andere soziale Ausgaben mittlerweile ein Drittel der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung. Ohne ein Umsteuern wird die Dynamik im Sozialsektor in den kommenden Jahren kräftig zunehmen. Denn es sind keineswegs nur die Folgen der Coronakrise, die das Ausgabenwachstum treiben. Die Große Koalition hat den Sozialstaat seit 2013 nach Kräften ausgebaut; diese Kostentreibsätze verschärfen die langfristigen Finanzprobleme der Sozialkassen. Das gilt besonders für die Pflege und die Rente, wo die Sozialpolitiker in den vergangenen zwei Legislaturperioden besonders aktiv waren: angefangen von der Mütterrente und der Rente mit 63 über die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung bis hin zu den mehrfachen, enorm kostenträchtigen Ausweitungen der Pflegeleistungen.

VERSTECKTE STAATSSCHULDEN

Nicht nur in der Klimapolitik, sondern auch in der Finanz- und Sozialpolitik muss das Gebot der Generationengerechtigkeit gelten. Die Sozialversicherungen sind als Umlageverfahren organisiert: Mit den Beitragszahlungen junger Menschen werden die Leistungen der alten Menschen finanziert. Die Leistungsversprechen in den Sozialsystemen sind letztlich nichts anderes als versteckte Staatsschulden. Wäre der Staat ein Unternehmen, müsste er entsprechende Kapitalreserven bilden, um in Zukunft die von den Bürgern mit ihren Einzahlungen erworbenen Ansprüche erfüllen zu können. Ob dieses System dem demografischen Wandel standhalten kann, hängt von der Reformbereitschaft in Politik und Gesellschaft ab. Die Stiftung Marktwirtschaft präsentiert regelmäßig eine Generationenbilanz, die neben der offiziell ausgewiesenen Staatsschuld auch diese implizite Verschuldung aufzeigt, die mittlerweile bereits 370 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt. Wie bei einem Eisberg gilt auch für Deutschlands Schuldenberg: Der weitaus größte Teil ist nicht sichtbar.

Die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen ist somit eine komplexe Herausforderung. Die offizielle Staatsverschuldung ist nach den Regeln der Schuldenbremse zurückzuführen. Mit Sozialreformen lassen sich die versteckten Verbindlichkeiten reduzieren, um in Zeiten des demografischen Wandels nicht handlungsunfähig zu werden. Als Drittes bleibt die Ebene der Europäischen Union, auf der sich Deutschland allen finanzpolitischen Irrwegen entschlossen entgegenstellen muss.

Diese NATO ist unsere NATO

Was Deutschland für das Bündnis tun muss

PATRICK KELLER

Geboren 1978 in Bonn, promovierter Politikwissenschaftler, Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin, zuvor Chefredenschreiber der Bundesverteidigungsministerinnen Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer, 2008 bis 2018 Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit der Wiedervereinigung verfolgt Deutschland im nordatlantischen Verteidigungsbündnis ein doppeltes Interesse: Es will einerseits als verlässlicher Partner wahrgenommen werden, andererseits dafür aber so wenig Ressourcen wie möglich einsetzen. Eine durchaus smarte Herangehensweise. Denn Verlässlichkeit ist das höchste Gut einer Allianz, die auf dem Versprechen beruht, einander im Ernstfall

beizustehen. Dieses Versprechen, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, ist und bleibt die Existenzgrundlage europäischer Sicherheit, wären die Europäer allein doch nicht in der Lage, sich fremder Dominanzansprüche – etwa aus Russland – zu erwehren. Und es erscheint als kluge Politik, für ein gewünschtes Ergebnis nicht mehr zu bezahlen als unbedingt nötig.

Deshalb hat Deutschland zwar mitgemacht, wenn es um Erfordernisse des Bündnisses ging – etwa als einzige kontinentaleuropäische Führungsnation bei der Truppenpräsenz im Osten der NATO und als zweitgrößter Truppensteller bis zum bitteren Ende in Afghanistan. Zugleich hat Deutschland in der NATO immer unter seiner Gewichtsklasse als größte Volkswirtschaft der Europäischen Union gespielt und seine Verteidigungsinvestitionen so niedrig gehalten, dass die von der NATO 2014 in Wales beschlossene Vorgabe, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Verteidigungsausgaben zu investieren, nie ernsthaft in Reichweite war. In Afghanistan hat sich Deutschland auf den lange Zeit nur wenig umkämpften Norden beschränkt und innerhalb des Bündnisses kaum Beiträge zur politisch-strategischen Weiterentwicklung geleistet.

Die neue Bundesregierung wird dies ändern müssen. Eine Politik des minimalen Engagements bei gleichzeitig maximaler Erwartung – der Gewährleistung der eigenen Sicherheit durch andere – ist nicht länger erfolgversprechend. Das hat zwei Gründe. Zum einen hat sich die Bedrohungslage verschärft: Putins Russland sieht sich in offener Gegnerschaft zum Westen, zur NATO und zur Europäischen Union. Neben ständigen Nadelstichen – Verletzungen des NATO-Luftraums,

Cyberangriffen – ist bei passender Gelegenheit auch eine militärische Offensive wie 2014 gegen die Ukraine nicht auszuschließen.

Von noch weitreichenderer Bedeutung ist das Ausgreifen Chinas, das seine ökonomische Macht in politische und militärische Macht ummünzt und begonnen hat, strategische Hebel gegenüber Europa anzusetzen. So gewinnt China nicht nur zunehmend die Kontrolle über Kritische Infrastrukturen in Europa (Häfen, digitale Netze), sondern unterhält inzwischen mehr Kampfschiffe im Mittelmeer als Frankreich.

Neben der strategischen Herausforderung durch autoritäre Großmächte bleibt Europas Sicherheitsumfeld – auch im Mittelmeerraum – durch Instabilität gekennzeichnet. Die Folgen – Terrorismus, Organisierte Kriminalität, ungesteuerte Migration – beschäftigen nicht nur die südlichen NATO-Staaten, sondern betreffen auch die Sicherheit Deutschlands und den Zusammenhalt der Europäischen Union.

DAS ENDE DES „UNIPOLAREN MOMENTS“

Der zweite Grund, warum Deutschland sich stärker in der NATO engagieren muss, ist die veränderte Rolle der USA. Das kurze Zeitalter des „Unipolaren Moments“ ist vorüber, die Übermacht der USA ist nicht mehr unangefochten. Alle Prognosen sprechen dafür, dass China die USA bald an wirtschaftlicher Kraft überholen wird. Auch ist nicht mehr gewährleistet, dass die USA überall auf der Welt jederzeit aus einem militärischen Konflikt siegreich hervorgehen. Selbst wenn Amerika – wie

schon so oft – allen Unkenrufen zum Trotz die führende Weltmacht bleiben sollte: Es wird dies nur um den Preis einer engeren Auslegung der nationalen Interessen erreichen. Die Stabilisierung der erodierenden Machtressourcen hat Vorrang vor internationalen Verpflichtungen. Das ist das verbindende Element der letzten drei Präsidentschaften – von „Nation-Building at Home“ (Barack Obama) über „Make America Great Again“ (Donald Trump) bis zu „Build Back Better“ (Joe Biden). Das bedeutet, gerade mit Blick auf den amerikanischen Kongress, dass die Bereitschaft weiter abnehmen wird, Verbündete zu verteidigen, die sich – etwa ausweislich ihrer Streitkräfteetats – erkennbar nicht selbst verteidigen wollen.

Nicht zuletzt haben die Bilder aus Afghanistan nach dem überstürzten Abzug der westlichen Truppen in der deutschen Öffentlichkeit ein neues Bewusstsein geschaffen, wie sehr wir internationale Entwicklungen mitgestalten können – zum Guten wie zum Schlechten. Wozu das führt, ist noch nicht entschieden. Aber klar ist: Das Scheitern in Afghanistan ist auch das Scheitern einer Politik des Lauflassens, des halbgenen Auch-dabei-Seins. Es genügt eben nicht, jahrelang Präsenz zu zeigen, nur um im Bündnis nicht isoliert zu sein, aber für die Wirksamkeit des gemeinsamen Ansatzes kaum Interesse aufzubringen. Verlangt wird mehr Entschiedenheit, mehr – auch intellektuelle – Sorgfalt. Gerade mit Blick auf europäische Lösungen kommt es auf Deutschland an, weil sich viele Partner an uns orientieren, sich erst von uns im besten Sinne anstiften lassen. Das erfordert von der nächsten Bundesregierung mehr Investitionen in die gemeinsame Sicherheit – nicht nur von Geld, sondern von

politischer Kreativität, Führungsbereitschaft, Risikoübernahme.

Derzeit läuft in der NATO der Prozess zur Erstellung eines Strategischen Konzepts, das 2022 beim Gipfeltreffen in Madrid in Kraft treten soll. Es ist die erste Überarbeitung dieses grundlegenden Dokuments seit 2010; dementsprechend gibt es großen Gestaltungsbedarf. Auch gilt es, darauf zu achten, das Strategische Konzept der NATO mit dem Strategischen Kompass der Europäischen Union abzustimmen – einem vergleichbaren Dokument, das parallel und zum ersten Mal erstellt wird. Für die neue Bundesregierung wird es nicht zu spät sein, in diese Prozesse einzugreifen. Vor allem aber wird sie die dort gefassten grundsätzlichen Vorgaben mit Leben füllen und umsetzen müssen.

AGENDA DER DEUTSCHEN NATO-POLITIK

Was bedeutet das für die deutsche NATO-Politik? Vier Aspekte sind von herausragender Bedeutung.

Erstens müssen die Beschlüsse zur verbesserten Abschreckung und Verteidigung umgesetzt werden. Manche Stimmen in Deutschland erwecken den Eindruck, mit der rotierenden militärischen Präsenz in den baltischen Staaten und Polen sei den Vereinbarungen der Gipfel von Wales (2014) und Warschau (2016) Genüge getan. Aber diese Truppen haben eine vornehmlich politische Funktion: Sie signalisieren Russland, dass sich alle Verbündeten der Verteidigung der Ostgrenze verpflichtet fühlen. Im Falle eines Angriffs reichen diese Truppen jedoch nicht aus; zur Verteidigung der Ostgrenze der NATO

braucht es verlegfähige Kräfte, die schnell aus dem NATO-Gebiet dort eingesetzt werden können.

Hierbei steht besonders Deutschland in der Pflicht, da es sich vielen kleineren europäischen Staaten als „Rahmennaion“ angeboten hat. Das heißt, dass Deutschland sich bereit erklärt hat, bestimmte Truppenteile zur Verfügung zu stellen, die mit Masse den Kern gemeinsamer Verteidigungsfähigkeit in der NATO bilden. Um diesen Kern herum können Streitkräfte kleinerer Verbündeter ebenso wichtige Spezialfähigkeiten angliedern. Wenn dies wie bei einem Puzzle gut untereinander abgestimmt ist, kann Europa einen Großteil seiner Verteidigung selbst leisten – und vermeidet Verschwendung und Doppelungen. Das funktioniert allerdings nur, wenn jeder seinen zugesicherten Teil beiträgt. Dazu muss die Bundeswehr, wie Verteidigungsplaner vorrechnen, zusätzliche acht bis zehn einsatzfähige Brigaden aufstellen, ausrüsten und ausbilden. Da bleibt noch viel zu tun, aber nur wenig Zeit.

Zweitens kann die Sicherheit Europas, solange es nuklear bewaffnete Staaten gibt, nicht allein durch konventionelle Streitkräfte gewährleistet werden. Deswegen haben die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten bekräftigt, dass die NATO auch eine „nukleare Allianz“ bleibe, solange „Global Zero“ – das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen – nicht Wirklichkeit wird. Deutschland ist über die Nukleare Teilhabe eng in diesen Teil der Bündnisstrategie eingebunden. Das ist nicht nur verteidigungsstrategisch wichtig, sondern auch bündnispolitisch: In der Teilhabe manifestieren sich Beistandsgarantie, wechselseitige Loyalität und die Bereitschaft, notwendige Risiken gemeinsam zu tragen. Würde Deutsch-

land aus der Teilhabe ausscheren, hätte dies weitreichende Folgen für die nukleare Abschreckung der NATO und das Ansehen Deutschlands als verlässlicher Verbündeter. So ist es höchste Zeit, die veralteten deutschen Tornado-Flugzeuge zu ersetzen, damit Deutschland seinen Teil des Arrangements aufrechterhalten kann. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat dazu einen pragmatischen Vorschlag unterbreitet.

Drittens sollte Deutschland darauf hinwirken, dass die machtpolitische Herausforderung durch China in den Strategieerklärungen der NATO (und der Europäischen Union) auch in ihrer militärischen Dimension anerkannt wird. Es ist inzwischen offenkundig, dass China im Indopazifik eine eigene militärische Einfluss-sphäre zu errichten trachtet. Das ist nicht nur für gleichgesinnte NATO-Partnerstaaten wie Australien, Japan und Südkorea inakzeptabel, sondern eine Bedrohung für die liberale internationale Ordnung. Gerade für einen Handelsstaat wie Deutschland, der auf offene Seewege und die Verlässlichkeit internationalen Rechts angewiesen ist, werden unmittelbar nationale Interessen berührt.

Zudem strahlt der militärische Aufstieg Chinas auf die Hauptaufgabe der NATO aus: die Sicherheit in Europa. Denn China bindet zunehmend amerikanische Ressourcen, die dann womöglich in Europa fehlen. Sollte China zum Beispiel den militärischen Konflikt mit den USA um Taiwan suchen, fehlten amerikanische Truppen – oder zumindest der Fokus amerikanischer Entscheidungsträger – an der NATO-Ostflanke. Die Herausforderung Chinas verstärkt also noch die Dringlichkeit des ersten Aspekts, der verbesserten Verteidigungsfähigkeit der Europäer.

Allerdings sollte sich Deutschland davor hüten, einer klaren Arbeitsteilung – Europäer sichern Europa, Amerikaner den Indopazifik – das Wort zu reden. Denn zum einen funktioniert die Verteidigung Europas ohne die USA nicht. Und zum anderen ist China nicht nur eine Herausforderung für die USA, sondern für den Westen insgesamt. Wir dürfen die USA damit nicht allein lassen, zumal in der Breite und Tiefe der westlichen Partnerschaften ein wesentlicher Vorteil gegenüber China liegt. Natürlich wird der Fokus Deutschlands aus praktischen Gründen immer im europäischen Raum liegen. Aber eine kleine, durchhaltetfähige, multinationale NATO-Präsenz im Indopazifik wäre mehr als ein willkommenes politisches Signal. Mit der zeitweiligen Entsendung der Fregatte „Bayern“ hat die Bundeswehr einen Anfang gemacht.

ILLUSORISCHES KRISENMANAGEMENT?

Viertens braucht es eine neue Balance zwischen den drei Kernaufgaben des Bündnisses. Das Strategische Konzept von 2010 erklärte Landes- und Bündnisverteidigung, Krisenmanagement (Auslandseinsätze) und kooperative Sicherheit (Partnerschaften) zu gleichberechtigten Kernaufgaben. Es ist sinnvoll, der Landes- und Bündnisverteidigung den Status des Primus inter Pares zuzuweisen, den sie de facto seit 2014 wieder genießt. Zugleich ist es jedoch wichtig, die anderen Kernaufgaben beizubehalten und ernst zu nehmen. Zwar mag es, gerade nach dem Debakel in Afghanistan, Stimmen geben, die das Krisenmanagement als illusorisch abtun. Unter den

Bedingungen der Globalisierung kann Sicherheit jedoch nicht nur über die Verteidigung von Grenzen organisiert werden, sondern muss in gut begründeten und zielorientierten Fällen auch durch Machtprojektion geschaffen werden.

Auch wenn dafür gegenwärtig der politische Appetit fehlt: Die Notwendigkeit militärischer Missionen ergibt sich erfahrungsgemäß plötzlich, unerwartet – und unabweisbar. (Und das ist noch ganz abgesehen von dem politischen Argument, dass die südlichen NATO-Staaten einer Verengung der Kernaufgaben auf Abschreckung und Verteidigung – lies: die Ostflanke – nicht zustimmen werden.)

Dies sind nur die wichtigsten Anforderungen, die sich für eine neue Bundesregierung mit Blick auf die aktuellen Weichenstellungen der NATO ergeben. Weitere Themen – von der Cybersicherheit über den Klimawandel bis hin zur verbesserten Resilienz – ließen sich leicht hinzufügen. Allen gemeinsam ist, dass sie nur gemeistert werden können, wenn Deutschland zu einem neuen Blick auf seine Rolle im Bündnis findet. Allzu oft schwingt im deutschen Gespräch über die NATO die Haltung mit, es handele sich um ein „amerikanisches“ Bündnis, in dem die schwachen Europäer tun, was sie eben müssen. Ironischerweise ist in Amerika die Ansicht verbreitet, die NATO sei ein „europäisches“ Bündnis, das von den USA stets lästige Zugeständnisse erfordere. Die Wahrheit ist: Diese NATO ist das Bündnis aller ihrer Mitglieder. Sie ist – auch – unsere NATO. Was sie leisten wird, hängt mehr denn je davon ab, was wir ihr zu geben bereit sind.

Dieser Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Gut gerüstet?

Deutschlands Arbeitsmarkt im OECD-Vergleich

MONIKA QUEISSER

Geboren 1963 in Palo Alto (USA),
Leiterin der Abteilung Sozialpolitik,
Direktion für Beschäftigung,
Arbeit und Soziales, Organisation
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (Organisation
for Economic Co-operation and
Development, OECD).

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie sind in Deutschland bisher milder verlaufen als in vielen anderen OECD-Ländern. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit um 1,4 Prozentpunkte in der ersten Hälfte des Jahres 2021 war im internationalen Vergleich moderat – zu verdanken war dies insbesondere der staatlich geförderten Kurzarbeit, die in Deutschland intensiv genutzt wurde.

In der zweiten Hälfte dieses Jahres wird die Beschäftigungsquote wieder das Vorkrisenniveau erreicht haben. Dagegen wird die OECD-weite Beschäftigungsquote laut OECD-Prognosen erst im dritten Quartal 2023 wieder das Vorkrisenniveau erreichen.

Kurzarbeit wurde in vielen OECD-Ländern als Hauptinstrument zur Abfederung des Beschäftigungseffekts der COVID-19-Krise genutzt. Das deutsche Modell der Kurzarbeit hat eine Vorreiterrolle gespielt, dessen Beispiel viele andere Länder gefolgt sind.

Der Einsatz von Kurzarbeit erreichte im April 2020 im OECD-Durchschnitt mit rund 20 Prozent der Beschäftigung ein Allzeithoch. Auf dem Höhepunkt der Krise wurden dadurch etwa sechzig Millionen Arbeitsplätze gestützt – mehr als zehnmals so viele wie während der globalen Finanzkrise. In Deutschland waren während der ersten Pandemiewelle im April/Mai 2020 15,5 Prozent der abhängig Beschäftigten in Kurzarbeit. Ein Jahr später, im Februar/März 2021, war diese Zahl auf 8,4 Prozent der Beschäftigten gesunken. Im Juni 2021 waren nach vorläufigen Angaben der Bundesanstalt für Arbeit 4,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in konjunktureller Kurzarbeit.

Das deutsche Kurzarbeitssystem ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Unterstützung zur Erhaltung von Arbeitsplätzen mit Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Qualifikationen der Arbeitnehmer verbunden werden kann. Kurzarbeitende dürfen vorübergehend in einem anderen Unternehmen arbeiten, sich weiterbilden und werden von der öffentlichen Arbeitsvermittlung unterstützt, wenn sie den Arbeitsplatz wechseln wollen. Dies ist im Hinblick auf die längerfristigen strukturellen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt besonders wichtig, vor allem im Bereich Automatisierung und Digitalisierung, die neue Qualifikationen erfordern.

FLEXIBLES ARBEITEN IM HOMEOFFICE

Nachholbedarf hat Deutschland im Bereich des flexiblen Arbeitens, insbesondere beim Arbeiten im Homeoffice. In Deutschland wurde die Telearbeit sowohl vor als auch während der Coronakrise deutlich weniger genutzt als in anderen vergleichbaren OECD-Ländern. 2019, vor der Krise, arbeiteten lediglich 10 Prozent der Beschäftigten in Deutschland zumindest gelegentlich von zu Hause aus – verglichen mit 18 Prozent in Frankreich und über 20 Prozent im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten. Während der Krise wurde mit 31 Prozent dreimal so viel Arbeit in deutschen Homeoffices verrichtet, was aber immer noch unter dem Niveau in Frankreich (33 Prozent), im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten blieb, wo dies für jeweils rund die Hälfte der Beschäftigten galt.

Ob Arbeitnehmer von zu Hause aus arbeiten können, hängt stark von ihrem Bildungsniveau ab; in Deutschland mehr als anderswo. Bei Hochschulabsolventen in Deutschland ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie während des ersten Lockdowns von zu Hause aus gearbeitet haben, doppelt so hoch wie bei

Abiturienten ohne Hochschulabschluss und fast fünfmal so hoch wie bei Arbeitnehmern ohne Schulabschluss.

Die branchenspezifisch sehr unterschiedlichen Auswirkungen der Krise und das je nach Arbeitsplatz unterschiedliche Ansteckungsrisiko führten indessen dazu, dass manche die Krise in Form von Entlassungen und verringerten Arbeitszeiten deutlich stärker zu spüren bekamen als andere: Personen in – oftmals befristeten – Niedriglohnbeschäftigungen mit niedrigem Bildungsniveau und junge Menschen traf die Krise in OECD-Ländern besonders hart. Die Arbeitsstunden von Geringverdienenden sanken überproportional, vor allem deshalb, weil diese häufig entlassen wurden. Andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dagegen konnten sich durch Arbeitszeitverkürzung und Homeoffice besser an die Krise anpassen und mussten weniger Einbußen hinnehmen.

PANDEMIE TRAF FRAUEN HÄRTER

Während die oberen Einkommensschichten in OECD-Ländern zu Lockdownzeiten mit 50 Prozent höherer Wahrscheinlichkeit von zu Hause aus arbeiten konnten als Geringverdienende, mussten Letztere doppelt so oft ihre Arbeit ganz aufgeben. Um den Lebensstandard von Beschäftigten mit geringen Arbeitseinkommen besser zu schützen, könnte Deutschland die Einführung eines Mindestleistungsniveaus in Betracht ziehen, das an den nationalen Mindestlohn gekoppelt sein könnte. Dies würde vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Sektoren mit geringer Tarifbindung helfen, die oftmals keine Aufstockungsleistungen erhalten.

Frauen traf es zumindest zu Beginn der Pandemie härter als Männer: Viele von ihnen arbeiten in den am stärksten betroffenen Branchen, ein überproportional hoher Anteil zudem in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Der Beschäftigungsrückgang bei Minijob-Beschäftigten war deutlich höher als bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; zwischen Dezember 2019 und Dezember 2020 sank diese Beschäftigung laut Minijob-Zentrale um rund 13 Prozent; die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dagegen um weniger als ein Prozent. Da Frauen häufiger im Minijob arbeiten als Männer, waren sie davon stärker betroffen. Frauen erhielten zudem häufig deutlich weniger Kurzarbeitergeld als Männer, weil sie überproportional in Branchen arbeiten, in denen diese Leistung weniger oft von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern aufgestockt wurde.

Gleichzeitig sind die Arbeitskräfte im Gesundheitswesen weit überwiegend weiblich; sie litten unter großem Druck, körperlichen sowie psychischen Belastungen und hatten zudem ein höheres Risiko, sich mit Corona zu infizieren. Selbstständige, befristet Beschäftigte und Teilzeitkräfte waren und sind noch zum Teil besonders von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten

betroffen. Und in fast allen OECD-Ländern kommt pandemiebedingt auf junge Schul- und Studienabgängerinnen und -abgänger eine schwierige Arbeitsplatzsuche zu, die sich langfristig auf ihr Weiterkommen am Arbeitsmarkt und ihre Gehaltsentwicklung auswirken könnte.

Im OECD-Vergleich hat Deutschland mit 18 Prozent einen relativ großen Anteil von Arbeitsplätzen mit hohem Automatisierungsrisiko. Diese Arbeitsplätze könnten in Zukunft wegfallen, weil eine Maschine die Tätigkeiten der Arbeitnehmer übernimmt. Weitere 36 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland werden sich in den nächsten fünfzehn Jahren wahrscheinlich stark verändern. Gleichzeitig werden viele neue Jobs mit neuen Anforderungsprofilen entstehen, auf die derzeitige und künftige Beschäftigte vorbereitet werden müssen.

WEITERBILDUNG VEREINFACHEN

Weiterbildung in allen Formen – von Aufbaustudiengängen über Lehrgänge bis hin zum Lernen von anderen Mitarbeitenden – ist unabdingbar, um Menschen auf diese Veränderungen vorzubereiten. Wie die OECD-Studie *Weiterbildung in Deutschland* zeigt, werden in Deutschlands insgesamt leistungsstarkem Bildungssystem ausgerechnet diejenigen oft nur schwer von Weiterbildungsangeboten erreicht, die besonders davon profitieren würden. Dazu gehören Erwachsene in Berufen mit besonders hohem Veränderungs- oder Automatisierungsrisiko, mit geringen Grundkompetenzen, Geringverdienende und Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen. Sie nehmen seltener an Weiterbildungen teil als Menschen mit höheren Qualifikationen – was die sozio-ökonomische Kluft zwischen den Bildungsgruppen weiter vergrößert. Dieser Trend ist in allen OECD-Ländern zu beobachten. Aber im Vergleich zu anderen leistungsstarken Mitgliedsländern ist diese Kluft in Deutschland besonders groß.

Um diese Ungleichheiten zu verringern und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser auf die künftigen Veränderungen im Arbeitsmarkt vorzubereiten, empfiehlt die OECD, die komplexen Strukturen der deutschen Weiterbildungslandschaft zu vereinfachen. Ein nationales Weiterbildungsgesetz, das Zuständigkeiten, Organisation, Anerkennung und Finanzierung regelt, würde weiterhelfen. Für Weiterbildungsangebote sollten Mindestqualitätsstandards eingeführt werden. Der Anspruch auf Bildungszeiten und Bildungsurlaub sollte regionen- und branchenübergreifend vereinheitlicht und die finanziellen Fördermöglichkeiten für Weiterbildung nutzerfreundlicher gestaltet werden. Zudem sind neue Konzepte und Kampagnen notwendig, die gezielt Menschen mit geringen Grundkompetenzen ansprechen, zumal sie nur selten aktiv nach Weiterbildungsmöglichkeiten suchen. Die Weiterbildungsangebote sollten praxisnah und problemorientiert angelegt sein und

idealerweise im Arbeitskontext stattfinden. Internationale Erfahrungen zeigen, dass so auch schwer erreichbare Personen häufiger an Weiterbildung teilnehmen.

LÜCKEN IM SYSTEM SOZIALER SICHERUNG

Die COVID-19-Pandemie verschärft eine Reihe struktureller Herausforderungen für die Sozialschutzsysteme, die schon lange vor der Krise bestanden und jetzt dringend angegangen werden sollten. Selbst in Ländern mit gut ausgebauten und weitreichenden Systemen sozialer Sicherung standen viele Erwerbstätige ohne normalen Arbeitsvertrag (zum Beispiel ist im OECD-Durchschnitt jeder siebte Arbeitnehmer selbstständig) durch die Pandemie plötzlich vor dem Nichts, ohne Anrechte auf Einkommensersatzleistungen. Oftmals blieb nur der Antrag auf Sozialhilfe, das heißt in Deutschland auf Hartz IV. Auch für diejenigen, die bereits vor Beginn der Krise arbeitslos waren, hat die Pandemie die Notlage verschärft und die Chancen verringert, einen Weg aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu finden.

Mittelfristig sollten die Länder strukturelle Lücken in der sozialen Sicherung schließen. Ein Ziel sollte sein, ausreichende Entgeltersatzleistungen für alle Arbeitskräfte zu gewährleisten, auch für Selbstständige, Teilzeitkräfte und sonstige atypisch Beschäftigte. In Deutschland gibt es bereits Modelle, die international Beachtung finden, wie zum Beispiel die gesetzliche Künstler-sozialversicherung, die durch die Beteiligung der Verwerter künstlerischer Leistungen an der Finanzierung eine Innovation darstellt; auch die Eingliederung Selbstständiger in die gesetzliche Rentenversicherung ist in Deutschland auf dem Wege – dennoch ist Deutschland diesbezüglich eher ein Nachzügler; die meisten OECD-Länder sind in der Alterssicherung für Selbstständige weiter.

Allerdings ist die Ausweitung sozialer Sicherungssysteme auf alle Erwerbstätigen kein einfaches Unterfangen. Bei der Prüfung für den Zugang zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit für Selbstständige etwa ist es schwierig, Nachfrageschwankungen von freiwilligem Nichtstun zu unterscheiden. Selbstständige haben keine Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber, die eine Entlassung bestätigen, und die Bemühungen von Selbstständigen um Aufträge sind schwieriger zu überprüfen als die Suche nach einer abhängigen Beschäftigung. Beim Krankengeld ist es für die Behörden nicht einfach, festzustellen, ob die Arbeit tatsächlich aufgegeben wird oder nicht. Außerdem schwanken die Einkünfte von Selbstständigen oft stark, was die Berechnung von Beitragszahlungen und Ansprüchen erschwert. Auch die Frage, wie hoch die Beitragssätze sein sollen, ist schwer zu beantworten. Einerseits sollten keine zu großen Unterschiede zu Angestellten bestehen, andererseits sind viele

Selbstständige jedoch schlicht nicht in der Lage, sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeitnehmerbeiträge abzuführen.

Im Hinblick auf den zu erwartenden Wandel am Arbeitsmarkt, mit flexibleren Beschäftigungsverhältnissen, häufigeren Wechseln zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit sowie zunehmender Plattformarbeit – also Dienstleistungen, die über webbasierte Plattformen vermittelt oder erbracht werden –, sollten diese Herausforderungen zügig angegangen werden. Soziale Sicherungssysteme sind über viele Jahre gewachsen und haben ein großes Beharrungsvermögen. Reformen sind schwierig, aber notwendig – und sie dürfen nicht länger vertagt werden.

Literatur

OECD: Employment Outlook. A once-in-a-lifetime opportunity to build a better world of work, Paris 2021, www.oecd.org/employment-outlook/ [letzter Zugriff: 11.09.2021].

OECD: Continuing Education and Training in Germany. Getting Skills Right, Paris 2021, www.oecd-ilibrary.org/employment/continuing-education-and-training-in-germany_1f552468-en?ga=2.17271097.1264116718.1631265479-544503281.1600855874 [letzter Zugriff: 11.09.2021].

OECD: Women at the core of the fight against COVID-19 crisis. OECD Policy Responses to Coronavirus (COVID-19), Paris 2020, www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/women-at-the-core-of-the-fight-against-covid-19-crisis-553a8269/ [letzter Zugriff: 11.09.2021].

OECD: OECD Economic Surveys. Germany 2020, Paris 2020, www.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-economic-surveys-germany_19990251 [letzter Zugriff: 11.09.2021].

OECD: The Future of Social Protection. What Works for Non-standard Workers?, Paris 2018, www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/the-future-of-social-protection_9789264306943-en [letzter Zugriff: 11.09.2021].

Nach dem COVID-Schock

—
Die Wirtschaftslage

LARS P. FELD

Geboren 1966 in Saarbrücken, Professor für Wirtschaftspolitik, Universität Freiburg, und Direktor des dortigen Walter Eucken Instituts, 2011 bis 2021 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, von März 2020 bis Februar 2021 dessen Vorsitzender.

Deutschland ist vergleichsweise gut durch die Krise gekommen, zumindest wirtschaftlich gesehen. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank 2020 preisbereinigt um 4,6 Prozent, während es in den anderen großen Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion, Frankreich, Italien und Spanien, um 8,1 Prozent, 8,9 Prozent beziehungsweise 10,8 Prozent zurückging. Das Wachstum des realen BIP lag in den USA ebenfalls bei minus 4,6

Prozent und im Vereinigten Königreich bei minus 10,3 Prozent. Zwar gibt es kleinere europäische Staaten wie Dänemark, Norwegen oder die Schweiz mit noch geringeren Rückgängen. Gleichwohl ist die deutsche Volkswirtschaft in der Gruppe der großen entwickelten Staaten des Westens wirtschaftlich glimpflich davongekommen.

Für das laufende Jahr 2021 zeigt sich eine Fortsetzung des Aufschwungs, der bereits im dritten Quartal 2020 eingesetzt hatte. Unterbrochen durch die zweite und dritte Infektionswelle im Winterhalbjahr, nahm die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal 2021 wieder Fahrt auf. Allerdings zeigte sich, dass die Weltwirtschaft nicht richtig auf diesen Aufschwung vorbereitet war. Anhaltende Lieferschwierigkeiten von Vor- und Zwischenprodukten machen vor allem dem deutschen Verarbeitenden Gewerbe zu schaffen. Diese Lieferschwierigkeiten hängen teilweise mit dem Stillstand des internationalen Transports während der ersten COVID-19-Welle zusammen. Frachter befanden sich danach nicht in den Häfen, in denen sie benötigt wurden, um die internationalen Wertschöpfungsketten effizient zu bedienen. Weitere Infektionswellen hielten den Welthandel in einem Zustand der Unsicherheit.

So verwundert es nicht, dass die BIP-Prognosen für das laufende Jahr aktuell nach unten korrigiert werden. Lag der *Consensus Forecast* im August 2021 bei einer Zuwachsrate des realen BIP von 3,3 Prozent für das laufende Jahr, haben jüngst mehrere Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen zum Teil deutlich nach unten korrigiert und liegen derzeit nur bei rund 2,5 Prozent. Für 2022 wird eine Auflösung der Lieferkettenproblematik erwartet, sodass mit höheren Wachstumsraten von rund fünf Prozent gerechnet wird.

FACHKRÄFTEMANGEL AM ARBEITSMARKT

Dies belegt erneut die Zuversicht, dass die deutsche Wirtschaft es schafft, mit Schwung aus der Coronakrise herauszuwachsen. Weitere Indikatoren, wie etwa der Auftragsbestand, zeigen, dass die aktuelle Wachstumsverlangsamung nicht auf eine zu schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage zurückzuführen ist, sondern auf Probleme auf der Angebotsseite. Weitere fiskalpolitische Stimuli lösen diese Probleme nicht. Es bleibt abzuwarten, bis sich die internationale Wirtschaft wieder zurechtgerückt hat. Dafür spricht zudem die sich abzeichnende teils dynamische wirtschaftliche Erholung in den USA, China und den anderen Mitgliedstaaten im Euro-Raum.

Auch die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt verläuft positiv. War die Arbeitslosigkeit angesichts der Stärke des Corona-Schocks relativ moderat angestiegen, zeigen sich im Laufe des Jahres 2021 stärkere Rückgänge der Arbeitslosenquote als erwartet und bereits wieder Arbeitskräfteverknappungen in bestimmten Wirtschaftssektoren. Das Instrument der Kurzarbeit, insbesondere der unmittelbar zu Krisenbeginn einsetzende erleichterte Zugang zum Kurzarbeitergeld, hat den deutschen Arbeitsmarkt relativ gut durch die Krise gebracht. Die dadurch deutlich angestiegenen Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik dürften im Zuge des Aufschwungs wieder zurückgeführt werden können und zur Konsolidierung beitragen. Dazu sollte der normale Zugang zum Kurzarbeitergeld unter Anlastung der Remanenzkosten wieder greifen.

Es darf erwartet werden, dass sich im weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Erholung zunehmend das Phänomen des Fachkräftemangels zeigen wird. Dies gilt umso mehr, als der demografische Übergang vor der Tür steht: Ab dem Jahr 2025 gehen die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand, ohne dass sie durch den Arbeitsmarktzutritt jüngerer Jahrgänge vollständig ersetzt werden können. Daher ist bei Löhnen und Gehältern in den kommenden Jahren ein strukturell bedingter Anstieg zu erwarten. Ohne dass der Gesetzgeber eingreifen müsste, wird dies in nicht allzu ferner Zukunft zu einem Anstieg des Mindestlohns über zwölf Euro pro Stunde führen.

WACHSENDER INFLATIONSDRUCK

Die eher günstige wirtschaftliche Lage hat im Laufe des Jahres 2021 eine Debatte über die steigende Inflation angeregt. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland beispielsweise im August 2021 auf 3,9 Prozent – mit anhaltender Dynamik. So erwartet die Deutsche Bundesbank bis zum Jahresende einen Anstieg auf bis zu fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Inflationsrate daher bei fast drei Prozent liegen, jedoch im kommenden Jahr wieder in Richtung zwei Prozent sinken.

Diese Entwicklung ist weit überwiegend ein transitorisches Phänomen. Die zu Beginn dieses Jahres eingeführte CO₂-Bepreisung für nicht vom EU-Emissionshandel erfasste Sektoren dürfte nach Berechnungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus dem Jahr 2020 rund einen Prozentpunkt zur erhöhten Inflationsrate beitragen. In der zweiten Jahreshälfte 2021 macht sich die temporäre Mehrwertsteuersenkung aus dem Jahr 2020 bemerkbar. Der Anstieg auf die vorherigen Steuersätze trägt ebenfalls gut einen Prozentpunkt zur höheren Inflationsrate bei. Hinzu kommen Basiseffekte, etwa der typischerweise in Rezessionen sinkende Ölpreis, der nun wieder deutlich höher liegt. Die Lieferkettenproblematik mit ihren gestiegenen Frachtkosten, Verteuerungen der Vor- und Zwischenprodukte sowie der Anstieg der Rohstoffpreise tragen ein Übriges zu dieser Entwicklung bei.

Ob diese Inflationsentwicklung nur vorübergehend bleibt, hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: *Erstens* müssen die monetären Rahmenbedingungen beachtet werden. Es war ein Fehler der Wirtschaftsforschung in den 1960er-Jahren, isoliert auf singuläre Preisphänomene, *Cost-Push*-Inflation, die durch einen erheblichen Kostenanstieg für wichtige Güter oder Dienstleistungen verursacht wird, und Lohnentwicklungen zu schauen und dabei die monetären Faktoren zu vernachlässigen. Allerdings gehört zum monetären Umfeld nicht nur die Geldpolitik der Notenbanken. Das zeigt die zehnjährige Phase nach der Finanzkrise. Die von der Europäischen Zentralbank (EZB) bereitgestellte, massiv erhöhte Liquidität wurde vom Bankensystem in deutlich

geringerem Maße in eine Kreditvergabe umgesetzt, sodass die Geldmenge in breiterer Abgrenzung nur schwach, eher im Einklang mit den Preisen anstieg.

Es kommt also auf die Kreditvergabe durch das Bankensystem an. Im Jahr 2020 stiegen Kreditvergabe und Geldmenge im Euro-Raum kräftig an, nicht zuletzt in Verbindung mit Erleichterungen im regulatorischen Umfeld, die für die Krise eingeräumt wurden. Ob die Kreditvergabe hoch bleibt, wird davon abhängen, ob Bankkredite aufgrund der Krise wieder verstärkt notleidend werden. Zumindest in Deutschland ist jedoch keine Insolvenzwelle zu erkennen, was angesichts der hohen, durch Finanz- und Geldpolitik bereitgestellten Liquidität nicht überrascht.

Zweitens muss die Entwicklung der Inflationserwartungen bedacht werden. Wenn die Wirtschaftssubjekte eine höhere Inflation erwarten, berücksichtigen sie dies in ihren Preisgestaltungen und in den Lohnforderungen. Während im Dienstleistungsgewerbe bereits solche Preisgestaltungen feststellbar sind, bleiben die Lohnforderungen noch immer moderat. Gleichwohl liegen die gemessenen Inflationserwartungen für die nächsten fünf Jahre in Deutschland bereits deutlich über dem Inflationsziel der EZB von zwei Prozent. Eine Entankerung der Inflationserwartungen im Euro-Raum müsste als Vorbote für eine dynamischere Inflationsentwicklung betrachtet werden.

BEUNRUHIGENDE VERSCHULDUNG

Interessant ist in diesem Zusammenhang die geldpolitische Lage in den USA. Die Inflationsrate lag dort im Vergleich zum Vorjahresmonat nicht nur deutlich höher, nämlich über fünf Prozent. Die Inflationserwartungen für die nächsten fünf Jahre sind zudem kräftig angestiegen und schlagen sich bereits in höheren Zinsen für langfristige Staatsanleihen nieder. Die amerikanische Notenbank *Federal Reserve* bereitet die Märkte nun auf einen allmählichen Ausstieg aus ihrer expansiven Geldpolitik vor. Für sich genommen wirkt dies zusätzlich zinserhöhend.

Schwellen- und Entwicklungsländer werden sich einer solchen Veränderung des Zinsumfelds, wenn sie eintreten sollte, nicht entziehen können. Die USA sind wirtschaftlich gesehen das einzige große Land auf dem internationalen Kapitalmarkt und beeinflussen daher das Zinsniveau merklich. Die EZB wird sich von dieser Entwicklung eine Weile abkoppeln können, aber, wenn sie sich gegen den Zinsanstieg für langfristige Staatsanleihen durch weitere Staatsanleihekäufe stemmt, zum inflationären Druck beitragen. Es wird spannend sein, wie die EZB die Gratwanderung zur Abwehr der fiskalischen Dominanz ihrer Geldpolitik meistert.

Vor diesem Hintergrund muss die Entwicklung der öffentlichen und privaten Verschuldung in der Welt beunruhigen. Die entwickelte Welt hat heute eine Staatsschuldenquote (in Prozent des BIP), die etwas höher liegt als

nach dem Zweiten Weltkrieg – ohne dass sich diese Länder im Krieg befunden hätten. Eine umsichtige und solide Finanzpolitik wird vor dem Hintergrund einer möglichen Zinswende nicht von einem dauerhaft niedrigen Zinsniveau ausgehen. Die Zinswende muss nicht zwingend bald eintreten, die Finanzpolitik jedoch für diese Situation gewappnet sein.

Die deutsche Finanzpolitik steht im internationalen Vergleich wiederum relativ gut da. Die Staatsschuldenquote lag 2020 bei 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit viel niedriger als in anderen Ländern. Dies gilt trotz des Anstiegs um rund zehn Prozentpunkte von 2019 auf 2020. Bei einer Defizitquote von rund 4,5 Prozent des BIP deutet dieser Vergleich darauf hin, dass weitere Komponenten in der Staatsschuldenquote verbucht werden müssten. Hier sind insbesondere Garantien, Bürgschaften und Kredite zu nennen, die nach den statistischen und haushaltsrechtlichen Vorgaben in der Staatsschuldenquote berücksichtigt werden müssen. Abgesehen davon, dass das Konsolidierungserfordernis in der Dekade nach der Beendigung der Coronakrise selbst bei einem Anstieg der Schuldenquote auf 75 Prozent des BIP in diesem und im folgenden Jahr noch deutlich unter demjenigen des Jahres 2010 mit einer Staatsschuldenquote von seinerzeit 82,3 Prozent des BIP liegt, findet eine automatische Konsolidierung in nennenswertem Umfang statt, wenn Bürgschaften und Garantien nicht gezogen beziehungsweise Kredite zurückgezahlt werden.

Die Leitidee der weiteren Konsolidierung besteht in einem stärkeren Wirtschaftswachstum, das mit dem wirtschaftlichen Aufschwung von allein kommt und zu steigenden Staatseinnahmen sowie niedrigeren Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik führen wird. Wachstum ist aber nur *eine* Bedingung für eine erfolgreiche Konsolidierung. Hinzukommen muss eine Finanzpolitik, mit der das Ausgabenwachstum niedriger gehalten wird als das Einnahmewachstum. In der Konsolidierungsphase nach der Finanzkrise gelang dies, nicht zuletzt aufgrund massiver Einsparungen bei den Zinsausgaben. Der verbleibende Spielraum dort ist nach einer bereits langen Niedrigzinsphase geringer. Darüber hinaus könnte die demografische Entwicklung für sich genommen höhere Sozialausgaben bedingen.

Um vor diesem Hintergrund das Konsolidierungsziel nicht aus den Augen zu verlieren, verbietet sich eine Aufweichung der Schuldenbremse – etwa durch Fonds oder ein Schrauben an der Konjunkturbereinigung –, die der Garant dafür ist, dass die überbordenden Ansprüche aus den einzelnen Ressorts unter Kontrolle gehalten werden. Die längerfristigen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaftspolitik, insbesondere der Klimaschutz und die Digitalisierung, werden Investitionen erfordern, die jedoch im Rahmen der durch die Schuldenbremse aufgespannten Finanzierungsmöglichkeiten liegen. Der Bund hat in seiner mittelfristigen Finanzplanung bereits fünfzig Milliarden Euro jährlich für Investitionen eingeplant. Hinzu kommen Länder und Gemeinden. Dieser Spielraum ist hinreichend.

Am goldenen Zügel

Wie der Bund die Kommunalautonomie schwächt

HANS-GÜNTER HENNEKE

Geboren 1957 in Bassum,
Honorarprofessor, Universität
Osnabrück, Geschäftsführendes
Präsidialmitglied, Deutscher
Landkreistag, Berlin.

Auf der Jahrestagung des Deutschen Landkreistages am 9. Juli 2021 im Kreis Ostholstein unter dem Motto „Trotz(t) Corona: Wieder Land in Sicht“ forderte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dazu auf: „Wir alle sollten wieder einen Blick aufs Land lernen und wahrnehmen,

wie ihn diejenigen haben, die selbst dort leben. Für mich bedeutet das in erster Linie eine Blickveränderung, sich auf die Sichtweise derer einzulassen, die auf dem Land leben und das Zusammenleben dort gestalten und organisieren.“

Die 294 deutschen Landkreise, in denen mehr als 56 Millionen Menschen leben, und ihr kommunaler Spitzenverband, der Deutsche Landkreistag, tun das von jeher, auch wenn nicht alle Kreise ländlich strukturiert sind. Aus dieser Perspektive ergeben sich zum Teil andere Wahrnehmungen und andere

Prioritäten, als in der Berliner Politik vorherrschen. Für die künftige Politikgestaltung, insbesondere auf Bundesebene, wird es jedoch wichtig sein, diese stärker auf die Bedürfnisse der Betroffenen, sowohl der Menschen als auch der Kommunen als regelmäßigen Ausführungsorganen normativer Regelungen beziehungsweise als Adressaten von Förderprogrammen, auszurichten.

In der 19. Legislaturperiode stand die Politik in Bund und Ländern nicht nur wegen der Corona-Pandemie vor besonderen Herausforderungen. Gerade in Krisenzeiten ist es von herausragender Bedeutung, in der Bundespolitik ebenso wie in der Landespolitik – bei allem gebotenen „Auf-Sicht-Fahren“ zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie – über einen klaren Kompass zu verfügen. Dieser ist leider bereits in der aktuellen Legislaturperiode mit dem Koalitionsvertrag vom 7. Februar 2018 teils verloren gegangen. Für viele Bereiche fanden sich Vereinbarungen zu Aufgabenerweiterungen des Bundes, die von der Kommunalebene auszuführen und zu finanzieren sind, für die dem Bund jedoch keinerlei Regelungs- und Gestaltungskompetenz zukommt. Oftmals hat sich der Bund in der letzten Legislaturperiode durch Anschubfinanzierungen – teils auf der Grundlage von Verfassungsänderungen – Gestaltungsbefugnisse unter Einsatz des „goldenen Zügels“ erkaufte, die ihm nicht zustehen und deren Folgen langfristig und dauerhaft von den Landkreisen, Städten und Gemeinden zu tragen sind. Das gilt für die Digitalisierung von Schulen ebenso wie für den Betreuungsausbau, die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und den sozialen Wohnungsbau und erst recht für den – zweifellos gut gemeinten – Nachhilfeunterricht für Schülerinnen und Schüler zur Abmilderung des Corona-bedingten Unterrichtsausfalls.

KREATIVITÄT UND LOKALE KENNTNISSE

Im Sommer 2020 hat das Bundesverfassungsgericht das im grundgesetzlichen Aufgabenübertragungsverbot zum Schutz der kommunalen Organisations-, Personal- und Finanzhoheit verankerte Durchgriffsverbot des Bundes auf die Landkreise, Städte und Gemeinden in Artikel 84 Absatz 1 Satz 7 Grundgesetz (GG) detailliert ausgeformt, was Politiker aller Fraktionen im Deutschen Bundestag in der Folgezeit allerdings nicht gehindert hat, laut zu beklagen, dass Bundesminister kaum Durchgriff auf die Kreisgesundheitsämter, andere kommunale Fachämter oder die Katastrophenschutzämter haben.

Die größte Verirrung der Bundespolitik liegt in jüngster Zeit darin, sich über Geldeinsatz in Aufgabenfeldern der Länder Gestaltungsmacht zu kaufen, um so auf die kommunale Aufgabenerfüllung Einfluss zu nehmen und gleichzeitig die Länder aus ihrer Gestaltungs- und Finanzierungsverantwortung partiell oder sogar ganz zu entlassen, was diesen oftmals sogar ganz lieb ist.

Wir sind auf anderem Wege nun also wieder an dem Punkt angekommen, wo wir jeweils vor der Föderalismusreform 2006 und vor der großen Finanzreform 1969 schon einmal gewesen sind und nie wieder hinwollten. Bleibt es dabei, werden die Vorteile der föderalen Struktur Deutschlands mit einer starken kommunalen Selbstverwaltung zerstört, für die wir im Ausland oftmals bewundert werden und die sich gerade in der Corona-Pandemie besonders bewährt hat.

Eigenverantwortung, Kreativität und spezifische lokale Kenntnisse durch Entscheidungsverantwortliche in den Landkreisen, Städten und Gemeinden klug, verantwortungsbewusst und passgenau zu aktivieren, statt nach Schema F einheitliche Bundesvorgaben aus Berlin umzusetzen, hat in Deutschland nicht nur während des Flüchtlingszustroms in den 2010er-Jahren, sondern auch in der Corona-Pandemie die Bewältigung der erheblichen und vor Ort oft unterschiedlichen Herausforderungen erleichtert. Für Normalsituationen gilt dieser Befund ebenfalls.

KOMMUNALE ENTSCHEIDUNGSAUTONOMIE STÄRKEN

Das heißt nicht, dass Entscheidungsverfahren, etwa durch Digitalisierung, nicht fortlaufend zu modernisieren und zugleich möglichst zu beschleunigen sind; dabei handelt es sich jedoch lediglich um Instrumente und Hilfsfunktionen für eine effiziente Aufgabenerfüllung, die nicht den Blick dafür verstellen dürfen, dass sich an der möglichst umfassenden Verantwortung der Landkreise, Städte und Gemeinden sowie ihrer für die Belange der Bevölkerung haupt- und ehrenamtlich Wirkenden nichts ändern darf.

Wer, wie jüngst häufiger zu hören war, die Auffassung vertritt, dass diese Verwaltungsprinzipien noch aus der Zeit der Stein-Hardenberg'schen Reformen stammen, also über 200 Jahre alt sind, hat historisch Recht, irrt aber fundamental, wenn er den Schluss daraus zieht, dass diese Prinzipien nicht mehr in die digitale Welt des 21. Jahrhunderts passen.

Genauso, wie die Digitalisierung in der Infrastruktur und in Prozessen, sei es in der Verwaltung, sei es im Schulunterricht, vorgebracht werden muss, dürfen wir die in Deutschland bewährten gestuften Verantwortungsprinzipien nicht über Bord werfen. Das bedeutet für den Bund auf originären Feldern der Landes- und Kommunalpolitik: Selbstbeschränkung statt vielfältiger Einflussnahme durch Anschubförderungen nach dem Gießkannenprinzip – um anschließend lautstark den vermeintlich schleppenden Mittelabfluss zu beklagen.

Das Grundgesetz sieht steuernde Einflussnahmen des Bundes auf die Aufgabenerfüllung der Länder und ihrer Kommunen aus gutem Grund neben der Bewältigung von Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts grundsätzlich nur aus zwei Gründen vor: zum Ausgleich unterschiedlicher

Wirtschaftskraft im Bundesgebiet (Artikel 104b GG) oder zur Verbesserung der regionalen Wirtschafts- beziehungsweise Agrarstruktur und des Küstenschutzes, um die Lebensverhältnisse der davon Betroffenen als Hilfe zur Selbsthilfe zu optimieren (Artikel 91a GG). In beiden Bereichen bieten sich für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages umfängliche Einsatzfelder bundespolitischen Handelns – vom flächendeckenden Breitbandausbau über den Kohleausstieg bis zur substanziellen Förderung der ländlichen Entwicklung.

In allen anderen Feldern hilft der Bund Ländern und Kommunen am wirksamsten, wenn er deren wachsende, zum Teil von ihm selbst ausgeformte Aufgaben in der Dringlichkeit ihrer Erfüllung und Ausweitung anerkennt und dafür Ländern und Kommunen ungebundene und nicht (wie jüngst beim Gute-Kita-Gesetz, beim Ganztagsbetreuungsausbau oder beim Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst) mit Bedingungen versehene Umsatzsteueranteile überlässt; handelt es sich dabei doch nicht – wie so oft fälschlich behauptet worden ist – um Bundesmittel, sondern um Steuerleistungen der Bevölkerung und der Unternehmen, die aufgabenangemessen auf Bund, Länder und Kommunen nach einer zwischen den Ebenen vorzunehmenden Gewichtung ihrer Dringlichkeit zu verteilen sind. Und bei der Verteilung, das muss man ganz deutlich sagen, stimmt seit Jahr und Tag etwas nicht, tragen doch die Städte, Landkreise und Gemeinden etwa ein Viertel der öffentlichen Gesamtausgaben in Deutschland, während sie nur ein Siebtel der Steuereinnahmen erhalten. Statt situativ durch Geldvergaben mittels des „goldenen Zügels“ bundesseitig zu steuern, gilt es, die kommunale Entscheidungsautonomie auch durch einen signifikant erhöhten Umsatzsteueranteil aufgaben- und verantwortungsgerecht zu stärken.

Konfrontation oder Wettbewerb?

China und der Westen in einer multipolaren Welt

KLAUS MÜHLHAHN

Geboren 1963 in Konstanz, Inhaber des Lehrstuhls für Moderne China-Studien und Präsident der Zeppelin Universität, Friedrichshafen.

In den letzten Jahrzehnten ist es China gelungen, in einer präzedenzlosen Aufholjagd mit Europa und den USA in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie gleichzuziehen. In einigen Bereichen, wie

etwa der Digitalisierung, hat China den Westen vermutlich sogar überholt. Daraus folgt zwingend, dass wir uns auf eine neue globale Ordnung einstellen müssen, in der China in seine historische Rolle als zentrale Großmacht zurückgekehrt ist.¹

Diese Entwicklung löst Sorge, Angst und auch Widerstand aus. Von den USA ausgehend, breitet sich auch in Europa ein Wahrnehmungsmuster aus, das in China eine fundamentale Herausforderung des

westlichen Systems sieht. Die letzte *National Security Strategy* der Vereinigten Staaten von Dezember 2017 beschreibt China als „revisionist power [...] that [...] want[s] to shape a world antithetical to U.S. values and interests“ („eine revisionistische Macht [...], die [...] eine Welt gestalten will, die den Werten und Interessen der USA zuwiderläuft“).²

Insgesamt war eine strategische Neubewertung der Weltordnung in Bezug auf das erstarkte China des 21. Jahrhunderts zwar überfällig; nun besteht jedoch die Gefahr, dass die USA und Europa aufgrund der Eigendynamik diffuser Feindbilder und Ängste in einen monumentalen Systemkonflikt stolpern, der nicht gewonnen werden kann.

In dieser unübersehbaren Gemengelage, die den öffentlichen Diskurs dominiert, geht vieles durcheinander. Besonders problematisch ist die Vermischung der Frage der Unterschiedlichkeit der politischen Systeme mit Argumenten der geostrategischen Rivalität. Eine ordnende, rationale Perspektive, die alternative Handlungsoptionen aufzeigt, sollte daher die beiden Aspekte auseinanderhalten.

Es steht außer Frage, dass sich die geopolitischen Verhältnisse in der Welt grundlegend verändert haben und dass der Aufstieg Chinas ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Kriegs 1989 hatte sich eine globale Ordnung herausgebildet, die von der Existenz einer einzigen Supermacht, den USA, geprägt war. Westliche Politiker und auch viele Wissenschaftler gaben sich den Illusionen vom Ende der Geschichte sowie vom endgültigen Triumphzug des liberalen Systems westlicher Prägung hin.

Bereits die Anschläge vom 11. September 2001 und die entstehenden Krisenherde im Nahen Osten führten zu einem jähen Erwachen. Während die westlichen Staaten ihre verlustreichen Kriege in Zentralasien und im Vorderen Orient begannen, gelang es China – anfangs weitgehend unbemerkt und vorangetrieben durch seine wirtschaftliche Entwicklung –, den technologischen und militärischen Abstand zur Supermacht USA deutlich zu verringern. In der Folge bildete sich etwa in den letzten zehn Jahren eine neue bipolare Konstellation heraus, die durch die Rivalität zwischen den USA und China geprägt ist. Dieses Spannungsverhältnis durchdringt mittlerweile praktisch jeden Aspekt der internationalen Politik. Es kam insgesamt zu einer fundamentalen Neuausrichtung der globalen Machtverhältnisse. Es ist sicher keine Übertreibung, zu behaupten, dass diese Entwicklung in all ihren Konsequenzen von der politischen Klasse in Europa und in Deutschland bis heute nicht hinreichend durchdrungen und analysiert wurde.

IN DER THUKYDIDES-FALLE?

Intensive Diskussionen entbrannten vor allem in den USA um die Frage, ob diese Bipolarität zu einem neuen Kalten Krieg führen werde.³ Tatsächlich haben einige Wissenschaftler der Schule des Realismus lange vorhergesagt, dass Chinas Aufstieg zu einem Konflikt mit den USA führen würde. Zitiert wurde die sogenannte Thukydides-Falle:⁴ Thukydides hatte aufgrund seiner Erfahrungen im Krieg zwischen Sparta und Athen argumentiert, dass es unweigerlich zu militärischen

Konflikten kommen müsse, wenn eine alte Großmacht durch eine neue ersetzt werde. Entsprechend glauben einige Wissenschaftler, dass ein unaufhaltsam aufsteigendes China unvermeidlich mit einem kompromisslosen Amerika aneinandergeraten wird.

Andere Wissenschaftler halten die Analogie mit dem Kalten Krieg dagegen für abwegig.⁵ Sie argumentieren, dass sich die gegenwärtige Rivalität zwischen den USA und China in wesentlichen Aspekten vom Kalten Krieg der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterscheidet: So fehlten etwa der globale ideologische Wettstreit, die Blöcke in Ost und West, die starke Trennung der Wirtschaftskreisläufe und die militärische Machtparität. Außerdem stünde zu viel auf dem Spiel, insbesondere Wohlstand und Wachstum in der eng vernetzten, globalisierten Welt. Unter diesen Umständen würden die politischen Führer in Washington und Peking keinen Kalten Krieg riskieren, sondern eine, wenn auch konfliktreiche Koexistenz vorziehen.

Die Annahme eines unvermeidlichen Konflikts hat – ausgehend von den USA – mittlerweile Europa erreicht und, implizit oder explizit, großen Einfluss auf die Wahrnehmung gewonnen. In Medien, Thinktanks und auch den politischen Parteien nehmen die Stimmen zu, die vor China warnen, eine Abkoppelung befürworten und China eindämmen wollen.

Die Diskussionen um die Unvermeidlichkeit eines Kalten Kriegs mit China zeigen vor allem eins: Die neue Bipolarität hat dazu beigetragen, die emotionale Rivalität zwischen den USA und ihren Verbündeten auf der einen Seite und China auf der anderen Seite erheblich zu intensivieren. Wie im Kalten Krieg unterstellt jede Seite der anderen, das jeweils andere

politische System untergraben zu wollen. Jede Seite ist überzeugt, für die Erhaltung seiner exklusiven Lebensweise kämpfen zu müssen. Vor allem die USA und China scheinen entschlossen, die eigenen Positionen um jeden Preis zu stärken. In einer solchen verhängnisvollen Wahrnehmung kann keine Seite ihre Interessen schützen, ohne die andere Seite zu beschränken oder einzudämmen.

„SOZIALISMUS MIT CHINESISCHEN EIGENSCHAFTEN“

Befinden wir uns aber wirklich in einem Wettbewerb der Systeme? In den 1980er-Jahren hat China begonnen, den eigenen Entwicklungspfad als „Sozialismus mit chinesischen Eigenschaften“ zu beschreiben, wobei unklar ist, wofür diese Eigenschaften eigentlich stehen. Das Konzept stellte eine dehnbare Rechtfertigung zur Verfügung, die zahllose Experimente erlaubte, die mit den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels nichts mehr zu tun hatten. In den folgenden Jahrzehnten gelang der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) etwas, was eigentlich von allen liberalen Wirtschaftstheorien als unmöglich angesehen wurde: Unter der Führung einer kommunistischen Partei wurde eine ökonomische Erfolgsgeschichte geschrieben, die in der Weltwirtschaftsgeschichte beispiellos ist.

China hat eine Vielzahl von marktliberalen Elementen angenommen. Tatsächlich ist China heute eher ein Paradebeispiel für den globalen Kapitalismus als für den Sozialismus. China hat nach den USA die zweitgrößte Zahl an Milliarden in der Welt. Das Land hat sich voll und

ganz auf das Prinzip des Marktwettbewerbs und alle damit einhergehenden sozialen Probleme eingelassen – darunter auch eine sehr ausgeprägte Ungleichheit –, zugleich aber eine vollständige Anpassung oder Übernahme liberaler Normen und Institutionen vermieden. Daher spielen Staatsunternehmen weiterhin eine wichtige Rolle, und der Staat greift aktiv und steuernd in die Wirtschaft ein. China hat ein hybrides und opportunistisches Institutionengefüge aufgebaut, das bei der Ermöglichung von Wirtschaftswachstum sehr erfolgreich war. Es folgt jedoch keiner systematischen gesellschaftlichen Vision.

Obwohl China von seinem Entwicklungsmodell fest überzeugt ist, hat es kein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein.⁶ Chinas Attraktivität ergibt sich aus seiner wirtschaftlichen und militärischen Leistungsfähigkeit, nicht aus seiner ideologisch-politischen Positionierung. Auch wenn Peking versucht, seinen Einfluss auszuweiten, verfügt das Land nicht über „Satellitenstaaten“ oder Entente-Partner. Auch hat China keinen ideologischen Seelenverwandten, engagierten Anhänger oder hingebungsvolle Nachahmer im Ausland. Im Gegensatz zur Sowjetunion, die den Kommunismus aktiv, auf offene und verdeckte Weise, verbreitete, hat China kein aktives Interesse daran gezeigt, seinen Autoritarismus als Modell in der Welt zu bewerben oder Demokratien gezielt zu untergraben. Die Beziehungen, die China zu anderen Ländern unterhält, basieren nicht auf ideologischer Affinität, nicht mal im Falle Nordkoreas.

Chinas Version des repressiven Autoritarismus und des Hightech-Überwachungsstaats bietet für die meisten Länder der Welt keine praktikable Alternative. Die Ablehnung von Menschenrechten, Frei-

heit und Demokratie als universelle Werte ist in erster Linie der Versuch, defensiv das eigene autoritäre Entwicklungsmodell zu rechtfertigen und zu legitimieren.

China, dem immer wieder schwere Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückungsmaßnahmen vorgeworfen werden, beharrt darauf, dass jedes Land das Recht hat, sein eigenes politisches System ohne fremden Druck zu wählen. Pekings diplomatische Bemühungen in den USA und anderen westlichen Ländern konzentrieren sich daher darauf, die Sicht auf die Haltung der KPCh und auf die Politik Chinas in Xinjiang, Hongkong und Taiwan zum Positiven zu verändern.

KAMPF ZWISCHEN WERTEN UND NORMEN?

Allerdings hat die Bipolarität viele im Westen dazu verführt, ideologische Differenzen zu übertreiben. Die neue amerikanische Regierung interpretiert die Rivalität mit China als einen Kampf zwischen Werten und Normen. Sie hat begonnen, demokratische Nationen als Verbündete für den Wettbewerb mit China zu rekrutieren. Zwar teilen viele US-Verbündete, wie die Europäische Union, Australien und Japan, die Auffassung, dass mehr Standfestigkeit und Kritik gegenüber China geboten sind. Aber viele Partner der USA haben einen eigenständigen Kurs eingeschlagen und wollen nicht zwischen zwei Polen wählen müssen. Hinzu kommen wachsende Bedenken hinsichtlich der Glaubwürdigkeit und Leistungsfähigkeit der USA. Die Untergrabung und Verunglimpfung liberaler Werte unter Donald Trump führten zur Entfremdung vieler befreundeter Staaten.

Da sowohl Chinas strategische Partner als auch US-Verbündete jeweils ihre Freiräume und ihre Eigenständigkeit verteidigen, um zwischen den USA und China zu manövrieren, wird die neue bipolare Welt nicht von zwei starren, antagonistischen Allianzsystemen wie im Kalten Krieg dominiert, sondern die Bipolarität existiert in einer unübersichtlichen multipolaren Konstellation.

KOMPLEXE INTERNATIONALE REALITÄT

Die Vorstellung, nach der die heutige Welt in verschiedene ideologische Systeme aufgeteilt ist, ist nostalgisch und verfehlt die komplexe internationale Realität der Gegenwart. Das Denken in Kategorien des Kalten Krieges verstärkt die verzerrte Wahrnehmung eines vorherrschenden ideologischen Antagonismus. Im Wettbewerb mit China geht es aber nicht um Ideologie, sondern um die Leistungsfähigkeit der Systeme. Natürlich sollten wir uns im Umgang mit China von unseren Werten und Normen leiten lassen; im Kern muss sich im Wettbewerb mit China jedoch die Kapazität der demokratischen Ordnung beweisen. Zuletzt hat die COVID-19-Pandemie schonungslos bestehende Defizite in den westlichen Demokratien aufgezeigt.

Eine Welt, geprägt vom Wettbewerb zwischen Ländern mit verschiedenen Interessen und Fähigkeiten, ist in der Geschichte der Normalfall. In einer Situation unübersichtlicher geostrategischer Rivalität ist es umso wichtiger, internationale

Institutionen zu stärken, in denen Konflikte und Gegensätze unter Verzicht auf Gewalt beigelegt werden können. Gerade angesichts einer neuen Runde atomarer Aufrüstung sollten alle Seiten ein Interesse daran haben, klare Mechanismen zu etablieren. Zudem können die großen globalen Herausforderungen der Menschheit wie Pandemien, Klimawandel, digitale Transformation, Überalterung, nur durch Kooperation und Abstimmung gelöst werden. Alles das verlangt vor allem politischen Realismus, Staatskunst und Diplomatie. Die pragmatische Zusammenarbeit zwischen rivalisierenden Nationen mag schwierig und diffizil sein; allerdings ist sie zur Vermeidung bewaffneter Konflikte und zur Lösung der globalen Probleme unverzichtbar.

¹ Siehe Klaus Mühlhahn: Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart, C.H. Beck, München 2021, S. 98/99.

² National Security Strategy of the United States, Dezember 2017, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf> [letzter Zugriff: 03.09.2021].

³ Siehe unter anderem Alan Dupont: „The US-China Cold War Has Already Started“, in: The Diplomat, 08.07.2020, <https://thediplomat.com/2020/07/the-us-china-cold-war-has-already-started/> [letzter Zugriff: 30.08.2021].

⁴ Graham Allison: Destined for War. Can America and China Escape Thucydides' Trap?, Houghton Mifflin Harcourt, New York 2017.

⁵ Siehe zum Beispiel Daniel W. Drezner: „Why the new China consensus in Washington scares me“, in: The Washington Post, 25.07.2019, www.washingtonpost.com/outlook/2019/07/25/why-new-china-consensus-washington-scares-me/ [letzter Zugriff: 30.08.2021].

⁶ Suisheng Zhao: „The US-China Rivalry in the Emerging Bipolar World: Hostility, Alignment, and Power Balance“, in: Journal of Contemporary China, 13.07.2021, www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/10670564.2021.1945733 [letzter Zugriff: 30.08.2021].

Ist digital besser?

Die Corona-Pandemie entzaubert den Mythos „der“ Digitalisierung

LEONIE MADER

Geboren 1995 in Berlin,
Referentin für Innovation und
Nachhaltigkeit, Hauptabteilung
Analyse und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Im März 1995 verkündete die Hamburger Rockband Tocotronic mit ihrem ersten Album „Digital ist besser“.¹ Entsprechend dieser einfachen Logik wurde zu Beginn der Corona-Pandemie schnell die vermeintlich erfreuliche Beobachtung gemacht, dass Deutschland einen „Digitalisie-

rungsschub“ erlebe. Die Pandemie sei *die* Chance, um den lang ersehnten und vielfach angemahnten Schritt ins digitale Zeitalter zu beschleunigen. Ist Deutschland also seither digitaler und damit besser geworden?

Ein erster Blick auf die Gesellschaft zeigt, wie unterschiedlich die Erfahrungen des „Digitalisierungsschubs“ ausfallen: Für Schüler und Lehrer mündete dieser in Distanzunterricht, meist mit mangelhafter Ausstattung

und – trotz hohen Engagements und streckenweise gelungener Improvisation – unzureichenden pädagogischen Konzepten. Studierende zog es wieder zu ihren Eltern, weil für sie alles online stattfand und die Erwartung eines studentischen Miteinanders verpuffte. Für flexible und meist junge Arbeitskräfte entstanden mit der Zunahme von Lieferdiensten Jobs als (Rad-)Fahrer, während in der Gastronomie Verdienstmöglichkeiten wegbrachen. In der öffentlichen Verwaltung verlagerte sich für viele Angestellte die Arbeit vom Büro in die eigenen vier Wände, während in anderen Bereichen, wie etwa im Bauhauptgewerbe, aufgrund der Tätigkeiten und notwendigen Arbeitsmittel wenig im Homeoffice gearbeitet werden konnte.² So unterschiedlich die Berufe, so unterschiedlich sind auch die in ihnen stattfindenden Digitalisierungsprozesse.

Sozialwissenschaftler finden ebenfalls keine einheitliche Definition des Phänomens Digitalisierung. Technisch lässt sich Digitalisierung zwar als eine spezifische symbolische Ordnung verstehen, bei der potenziell unendlich Vielfältiges in diskrete Einheiten übersetzt wird.³ Computer basieren auf binären Systemen, wobei sich Binarität in verschiedenen Unterscheidungen wie „an/aus“ und „wahr/unwahr“ äußert. So können auch Faxgeräte digital sein. Doch war es nicht gerade die Nutzung von Faxgeräten, an der die Gesellschaft die mangelnde Digitalisierung, etwa der Gesundheitsämter, festmachte?

Im gesellschaftlichen Diskurs beschreibt die Digitalisierung heute einen unspezifischen Megatrend.⁴ Mit Woody Allen gesprochen: „Die Antwort ist Ja. Aber bitte wiederholen Sie noch einmal die Frage.“ Was digitalisiert wird oder digital ist, ist positiv konnotiert – effektiver, schneller und zeitgemäßer. Gemeint sind damit in der Praxis jedoch meist sehr unterschiedliche und zum Teil wohlbekanntere Phänomene, wie etwa Automatisierung, Vernetzung oder Datafizierung.

DIGITAL FIRST?

Pauschale Forderungen wie „Digital ist besser“ oder „digital first“ erscheinen vor diesem Hintergrund verkürzt. Denn die Ansicht, Technik an sich sei bereits erstrebenswert, verwechselt Zweck und Mittel. So wird Technik als ein „Heilsbringer“ diskutiert, da sie „Mangel beseitigt, indem [sie] uner-schöpfliche Ressourcen bereitstellt, [...] das Wissen der Welt sammelt und allen verfügbar macht und [...] das Paradies auf Erden schafft“.⁵ Es geht nicht darum, die enormen Potenziale der Technik zu leugnen, welche etwa John Maynard Keynes in der Annahme einer steigenden Produktivität von einer Fünfzehn-Stunden-Woche für seine Enkel träumen ließ. Es ist jedoch ein Irrtum, anzunehmen, dass die schwungvoll angepriesenen Potenziale digitaler Technik auch eins zu eins sozial wirksam werden und einen positiven gesellschaftlichen Wandel einleiten. Bei dieser Annahme geraten sowohl die immer

vorhandenen, nicht intendierten Nebenfolgen als auch die komplexe Beziehung, in der Technik und Soziales stehen, aus dem Blickfeld.

Technik entfaltet sich nicht in einem luftleeren Raum – sie wird von sozialen Akteuren hervorgebracht, eingesetzt, angewendet und weiterentwickelt. Es gibt hierbei diverse Unwägbarkeiten und Fallstricke, die dazu führen, dass die rein technischen Potenziale die An- und Verwendung von Technik nicht determinieren. So müssen digitale Technologien erst einmal von Unternehmen finanziert werden und sich wirtschaftlich rentieren. In der Corona-Pandemie verzeichneten viele Unternehmen jedoch Umsatzeinbußen und mussten ihre Rücklagen anderweitig einsetzen. Zugleich hatten sie zu wenig Sicherheit, um in neue Technologien zu investieren.⁶

ZUSAMMENWIRKEN VON TECHNIK UND SOZIALEM

Die Anwendung von Software in Unternehmen ist zudem höchst komplex, was schon so manchen Unternehmenschef öffentlich zur Verzweiflung trieb. Ein Problem besteht darin, dass Software explizierbares Wissen aus Organisationen benötigt, das heißt, Vorgänge müssen klar und eindeutig in Worten beschrieben werden. In Organisationen aber „tobt das Leben“,⁷ und formalisierte Vorgänge und Hierarchien beschreiben nur wenig von dem, was tatsächlich im Alltag passiert.⁸ So erfordert es nicht selten viel Arbeit, Informationen und Prozesse so anzupassen, dass diese Software-kompatibel sind.⁹ Und auch dann ist der Erfolg keinesfalls garantiert: Wenn Prozesse analog wenig ineinandergreifen, dann tun ihre digitalen Äquivalente dies auch selten.

Neben organisationsinterne Hemmnisse tritt die Einflussnahme übergeordneter Instanzen wie der Legislative. In Japan ist es beispielsweise gesetzlich geregelt, dass alle erhältlichen Smartphones auch im Lautlosmodus ein Geräusch abgeben, sobald die Kamera ausgelöst wird. Dies soll dem sogenannten *Upskirting*, also dem heimlichen Fotografieren mit voyeuristischem Interesse, vorbeugen.

Unabhängig von seiner Bewertung zeigt dieses Beispiel, dass erst im Zusammenwirken von Technik und Sozialem gesellschaftlicher Wandel beziehungsweise eine Verbesserung durch Technik entstehen kann. Sie tritt uns dabei nicht als ein Faktum gegenüber, sondern ihr Einsatz wird sozial verhandelt und wirkt auf die Technikentwicklung zurück. Digitale Technik ist so gesehen wie ein Brühwürfel, der Grundlage vollkommen unterschiedlicher Gerichte sein kann. So wenig, wie der Brühwürfel als Bewertungsgrundlage für ein fertiges Gericht taugt, so wenig ist auch der Einsatz digitaler Technik ein Erfolgskriterium an sich. Deshalb bleiben politische Aufgaben wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Schaffen von Aufstiegschancen oder gute Arbeitsplätze der Maßstab einer guten Politik.

Folgt daraus nun, dass ein mögliches Digitalministerium arbeitslos wäre, weil letztendlich nur in den Geschäftsbereichen anderer Ministerien Erfolge herbeigeführt werden könnten? Nicht unbedingt, denn es lassen sich einige Themen identifizieren, die über einzelne Felder hinausreichen, wie etwa die Kontrolle von Schnittstellen und Entgrenzung.

Bei der Entwicklung der Corona-App war eine zentrale Frage, wie diese an private Smartphones angeschlossen werden sollte. Schließlich waren es Apple und Google, die das grundlegende System mit einer Schnittstelle einrichteten, damit aber auch festlegten, wie der Zugriff erfolgen kann. Solche *Schnittstellen* sind ganz allgemein Grenzstellen zwischen technischen und/oder sozialen Systemen. Basierend auf Regeln kann über sie Austausch ermöglicht oder verhindert werden. Die politische Frage ist, wer welche Schnittstellen gestaltet und kontrollieren sollte. Neben etwaigen Blockaden kann politisch auch die Einrichtung und Harmonisierung von Schnittstellen angestrebt werden. So wirkte etwa eine Initiative der Europäischen Union im Jahre 2009 darauf hin, die Ladekabel von Mobiltelefonen zu harmonisieren. Wie politisch brisant der Umgang mit Schnittstellen werden kann, zeigte die Debatte um den Ausbau des 5G-Netzes. In diesem Fall wurde eine befürchtete Schnittstelle zwischen dem Mitbewerber Huawei und der chinesischen Regierung zur geopolitischen Herausforderung. Der Konzern muss nun hohe Hürden überwinden, um die notwendige Technologie liefern zu dürfen.

ENTGRENZUNG DER ARBEIT

Eine andere Herausforderung besteht darin, dass mit digitalen Technologien vor allem im Bereich der Wissensarbeit einerseits die permanente Möglichkeit des Arbeitens gegeben ist. So arbeiteten Eltern in der Pandemie oftmals bis in die Nacht.¹⁰ Andererseits wird es ihnen auch bei einem regulären Schulbetrieb ermöglicht, Arbeitszeiten den Bedürfnissen der Familien flexibler anzupassen. Diese Flexibilisierung von Tätigkeiten mündet tendenziell in einer *Entgrenzung*, also der zunehmenden Auflösung von Grenzen zwischen verschiedenen Tätigkeiten. Eine oft beobachtete Negativfolge ist Stress, der aus einer ständigen Erreichbarkeit und einem Nicht-abschalten-Können resultiert. Es besteht jedoch grundsätzlich die Möglichkeit, dem in Arbeitsorganisationen durch Aushandlung entgegenzuwirken, indem etwa Programme oder einzelne Funktionen zeitweilig deaktiviert werden. So hat der Volkswagenkonzern in Absprache mit dem Betriebsrat beschlossen, dass an viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine halbe Stunde nach Dienstschluss keine E-Mails mehr weitergeleitet werden, und so ein Fenster der Nicht-erreichbarkeit geschaffen.

Hinter der Einführung digitaler Technik stehen somit komplexe, aber zum Teil auch wohlbekanntere politische und soziale Fragen. Die übergeordnete politische Aufgabe bleibt, die Möglichkeit zur Aushandlung und Kontrolle zu sichern.

Die Idee eines positiven Digitalisierungsschubs für die Gesellschaft basiert auf der Annahme, dass bereits der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik gesellschaftlichen Wandel hervorbringt. Der Grund hierfür ist eine sehr wirkmächtige Auffassung von Digitalisierung, welche die komplexe Wechselwirkung von Technik und Sozialem eher weniger beachtet. Digitalisierung ist weder eine einheitliche noch eine rein technische Entwicklung und schon gar nicht unser Schicksal.

Die Corona-Pandemie hat Barrieren in den Köpfen der Menschen abgebaut, indem Routinen aufgebrochen wurden. Zugleich hat sie Grenzen und nicht intendierte Nebenfolgen aufgezeigt. Maßgeblich für die Gestaltung der kommenden Dekaden bleibt deshalb unabhängig von konkreter Technik die Frage, wie wir leben wollen. Eine solche Perspektive, die zur politischen Gestaltung motiviert, muss „die“ Digitalisierung als ein Ziel und eine Legitimation politischen Handelns ablösen.

¹ Ich danke Bruno Hamm-Pütt, Tobias Wangermann, Andreas Baur und Linda Schwarz für ihre hilfreichen Kommentare und Anmerkungen zu früheren Versionen dieses Textes.

² Jean-Victor Alipour / Oliver Falck / Andreas Peichl / Stefan Sauer: „Homeoffice-Potenzial weiterhin nicht ausgeschöpft“, in: ifo Schnelldienst digital, Nr. 6, ifo Institut, München 2021, www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/homeoffice-potenzial-weiterhin-nicht-ausgeschoeft [letzter Zugriff: 11.07.2021].

³ Marcus Burkhardt: Digitale Datenbanken. Eine Medientheorie im Zeitalter von Big Data, Transcript Verlag, Bielefeld 2015.

⁴ Peter Mertens / Dina Barbian: „Digitalisierung und Industrie 4.0 – eine kritische Sicht“, in: Christian Bär / Thomas Grädler / Robert Mayr (Hrsg.): Digitalisierung im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Recht, Verlag Springer Gabler, Berlin/Heidelberg 2018, S. 151–169.

⁵ Hans-Dieter Hellige: „Technikgeschichte und Heilsgeschehen“, in: Eva Schöck-Quinteros / Franklin Kopitzsch / Hans-Josef Steinberg (Hrsg.): Bürgerliche Gesellschaft – Idee und Wirklichkeit. Festschrift für Manfred Hahn, Schriften des Hedwig Hintze-Instituts Bremen, Bd. 8, Berlin 2004, S. 362.

⁶ Exemplarische Fälle siehe Michael Kroker: „Das Märchen von der Digitalisierung“, in: Wirtschaftswoche online, 18.05.2021, www.wiwo.de/my/technologie/digitale-welt/industrie-4-0-das-maerchen-von-der-digitalisierung-/27182342.html?ticket=ST-5302501-WQgcsbWfZs59ViAB9Cok-ap3 [letzter Zugriff: 11.07.2021].

⁷ Willi Küpper / Günther Ortman (1992): Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen, Opladen, S. 7.

⁸ Eine Ausnahme bildet ein Stück weit „algorithmisches Management“ à la Amazon, das technisch jeden Schritt von Mitarbeitern überwacht und ihre Arbeit in kleinste Schritte zerlegt, die diese dann exekutieren.

⁹ Vgl. Hannah Mormann: Das Projekt SAP, Transcript Verlag, Bielefeld 2016.

¹⁰ Alexander Hagelüken: „Pandemie zwingt Eltern, nach Feierabend zu arbeiten“, in: Süddeutsche Zeitung online, 20.07.2021, www.sueddeutsche.de/wirtschaft/corona-eltern-kinderbetreuung-1.5357353 [letzter Zugriff: 21.07.2021].

Mattheit und müde Metaphern

Ein Plädoyer für mehr (sprachlichen) Elan

KERSTIN MARIA PAHL

Geboren 1984 in Frankfurt am Main, Promotion in Kunst- und Bildgeschichte, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.

Trinken die Deutschen zu wenig Kaffee? Glaubt man der Berichterstattung des Sommers 2021, dann sind sie kollektiv wirklich sehr müde. Pandemiemüde, der Einschränkungen müde, impfmüde und wegen alledem auch politikmüde. Die ersten Fälle von „Mas-

kenmüdigkeit“ wurden ebenfalls bereits gemeldet. Die allgemeine Mattigkeit scheint vor niemandem haltzumachen. Der Schlafwagen, bisher nicht durch Parteinahme aufgefallen, ist seit diesem Jahr aus der politischen Rhetorik nicht mehr wegzudenken. „So langweilig war der Wahlkampf noch nie“, urteilte *Der Spiegel* im August. Zum Abzug der Truppen aus Afghanistan hieß

es vom Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, es habe „eine gewisse Müdigkeit hinsichtlich des Einsatzes“ in Deutschland, der Europäischen Union und den USA gegeben.¹ Stehen wir noch oder liegen wir schon?

Am Koffein kann es jedenfalls nicht liegen. Mit ungefähr 164 Litern jährlichem Pro-Kopf-Verbrauch ist die schwarze Bohne seit Langem der Deutschen liebstes Getränk.

Mit Metaphern ist es so eine Sache. Sie illustrieren Grundstrukturen menschlichen Denkens und Redens. Durch Übertragung und Ähnlichkeit helfen sie uns, Wissen zu ordnen. Sie bringen Semantik in der Sprache und Erfahrung zusammen: Eine Sache wird intellektuell fassbarer, weil auf konkrete anfassbare Objekte verwiesen wird. Fallen ein Sprachbild und ein Ereignis zusammen, wie bei der Flutkatastrophe im Juli 2021 in Westdeutschland geschehen, als Orte buchstäblich an einem Abgrund standen, verstärkt das nicht nur auf unheimliche Weise die ohnehin schon prägnante Vorstellung, sondern wird auch von der Berichterstattung dankbar aufgenommen. Ein Klassiker der kognitiven Linguistik von 1980 heißt *Metaphors We Live By* – Metaphern, mit und nach denen wir leben.

„BEWEGUNGEN“ ALS HERAUSFORDERUNG

Ohne Gleichnisse ist Kommunikation, erst recht politische Kommunikation, schwierig. Wir verwenden sie sowohl unbewusst – der „Flaschenhals“ oder die „Blütezeit“ – als auch mit voller Absicht, um einer Aussage mehr Kraft zu verleihen. Niemand verbringt den Wahlkampf tatsächlich in einem Nacht- abteil der Deutschen Bahn. Der neu geprägte und dankbar aufgegriffene Vergleich mit dem „Schlafwagen“ meint natürlich etwas anderes: fehlende Dynamik, geistige Trägheit, mangelnde Spannkraft, erhöhte Passivität. Dem entgegen steht der Weckruf, der Schwung, die Regung. Es ist kein Zufall, dass die Herausforderung für etablierte Institutionen aus „Bewegungen“ erwächst, sei es innerhalb einer Partei, sei es als ihre Alternative oder ihr Adressat. „Aufstehen“ hieß es, zwischenzeitlich, bei den Linken. Deren Vorbild, „En marche“ – „In Bewegung“ –, spülte bereits Emmanuel Macron 2017 in den französischen Präsidentenpalast.

Im amerikanischen Wahlkampf 2020 war zu beobachten, dass Donald Trump von dem Rassismus seiner Anti-Obama-Kampagne 2016 auf aggressive Geschäftigkeit umgeschaltet hatte. Joe Biden wurde bei ihm zu „Sleepy Joe“. Trumps Coronabekämpfungsprogramm hieß *Operation Warp Speed* – nach einer in Science-Fiction-Erzählungen vielfach genutzten Methode, sich mit Überlichtgeschwindigkeit fortzubewegen. Schläftheit wird gern personalisiert, soll aber zugleich auf Strukturen und Institutionen verweisen: Ausgelaugt, so wird insinuiert, seien nicht nur Kandidaten, sondern das ganze System.

Das ist nicht neu, deutet doch allein schon der Begriff „Mobilisierung“ darauf hin, dass etwas oder jemand bewegt werden soll, etwas zu bewegen. McKinsey empfiehlt seit einiger Zeit „agility“: Agile Organisationen, Managements und Kulturen seien die Antwort auf die Herausforderungen der Zeit. Doch dass es gerade Konjunktur hat, sprachlich allenthalben Antriebslosigkeit erkennen zu lassen, scheint nicht der bei Staatenlenkern sonst gern diagnostizierten Amtsmüdigkeit am Ende ihrer Ära geschuldet – niemand hätte Angela Merkel als „lame duck“ beschrieben –, sondern vor allem dem speziellen Hintergrund der Pandemie.

ERSCHÖPFUNG ALS GRUNDSTIMMUNG

In der Müdigkeitsmetapher kristallisiert sich die Angst, nicht nur der Einzelne, sondern eine ganze Gesellschaft, ein ganzes Land könne, im übertragenen Sinne, an Long COVID erkranken. Erschöpfung nicht nur als physisches Symptom, sondern als emotionale Grundstimmung. Amerikanische Psychologen identifizierten das „languishing“, das unmotivierte Dahindümpeln, als Gemütslage des Jahres 2021. Die Erfahrung sagt, dass derlei Diagnosen als bald zum Sprung über den Teich ansetzen.

Zu Beginn der in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik einzigartigen Situation mischte sich in den überraschten Schrecken über die Pandemie die Bereitschaft, das Gute am unglücklichen Zustand zu sehen. Wer nicht in systemrelevanten Berufen tätig war, schätzte die Drosselung. Der Weg zur Arbeit war mit zehn bis zwanzig Metern Luftlinie angenehm kurz. Auf YouTube stapelten sich Videos, in denen Menschen die freie Zeit mehr oder minder sinnvoll nutzten. Manche rannten einen Marathon auf ihren Balkons. Andere stiegen, in voller Bergsteigermontur, so lange die Treppen im eigenen Haus, bis sie im übertragenen Sinne den Mount Everest erklimmen hatten. Dann kam die Langeweile, und viele stellten fest, dass „Zwangsentschleunigung“ (Hartmut Rosa) gar nicht zu dem führte, was sie sich ausgemalt hatten. Was hatte man nicht immer alles machen wollen, wenn bloß die Zeit da wäre! Dann war sie da, aber die Lust fehlte. Das sei nicht verwunderlich, „wenn du ein System, das auf Beschleunigung beruht, anhältst“, sagte der Soziologe Rosa dem *Deutschlandfunk* im April 2020, „dann fällt es nur um wie ein Fahrrad.“ Vielmehr gehe es um „eine andere Weise, in der Welt zu sein, wieder offen zu sein für das, was uns im Alltag begegnet, und eine andere Form der Beziehung zu anderen Menschen, zum eigenen Körper, zur Natur einzunehmen“. Das sei durch das Virus schwierig, denn es schränke die Beziehungen ein, statt sie zu ermöglichen.²

Nun waren und sind das Reflexionen der in allen Belangen Privilegierter. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheits- und Pflegebereichs, Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer und kleine Betriebe oder

Alleinerziehende im eigenen Land erzählten andere Geschichten. Sie sind auch, und in diesem Falle sehr konkret, sehr, sehr müde: von der vielen Arbeit, der zehrenden psychischen Belastung und der fehlenden Aussicht auf Besserung durch die immer neuen Coronawellen. In vielen Ländern bedeutete das Virus fast zwangsläufig den staatlich nicht abgedeckten Ruin und führte durch eine schlechte Gesundheitsversorgung viel eher zum Tod als in den Industrienationen. Die Klage über Schläftheit geht daher über den nationalen Fall weit hinaus. Dahinter verbirgt sich die Angst vor einem gelähmten Land, das in seiner Passivität seiner internationalen Verantwortung nicht gerecht werden kann oder möchte. Im Gegensatz stehen jene Staaten, die vermutlich das 21. Jahrhundert prägen werden, allen voran China. Als „Pandemie-Gewinner“, so *Die Welt* im Dezember 2020, sei „China auf der Überholspur“. Die Autometapher wird für das ostasiatische Land ohnehin gern verwendet, weil sie nicht nur auf Geschwindigkeit, sondern auch auf die massiven Investitionen der chinesischen Regierung in neue Technologien, darunter die Mobilitätsindustrien, verweist.

Das alles muss nicht stimmen. Deutschland kann – und sollte – Ende des Jahres mit neuem Schwung in eine neue Amtszeit, und auch in eine neue Zeit, starten. Doch Zuschreibungen, auch wenn sie unbewusst gewählt wurden, haben die unangenehme Eigenschaft, nicht nur langlebig, sondern auch sehr einflussreich zu sein. Der politische Diskurs in Deutschland kennt einige solcher Bezeichnungen: *Die bleierne Zeit*, so der Titel von Margarethe von Trotts Spielfilm von 1981, der ursprünglich die Atmosphäre der 1950er-Jahre beschreiben sollte; der „Mehltau“, der sich gern über festgefahrene Zustände legt; die „lähmenden Kohl-Jahre“ der späten 1990er. Beschreiben oder beschwören sie eine Situation? Ist ein dumpfes Grundgemurmel erst einmal in ein griffiges Bild geronnen, bekommt es einen einschlägigen Namen, wird es gern wiederholt – siehe den Schlafwagen.

STANDFUSSBALL STATT SCHNELLPASSSPIEL

Wahlkampf in Zeiten von Corona war erwartungsgemäß nicht leicht. Doch es war nicht hilfreich, dass sich bereits seit einigen Jahren eine gewisse Sättigung in öffentlichen Auseinandersetzungen eingeschlichen hat. Während es an den Rändern immer schriller wird, will sich die Mitte gezielt besonnen geben – um den Preis, dass es bisweilen recht soft- und kraftlos zugeht. Ist es wirklich sinnvoll, bei jeder Polemik indigniert „Beleidigung“ zu rufen, jedes Wort zu geißeln und den Gegner der Unfairness oder des Schlimmeren zu zeihen? Lebt nicht der öffentliche Raum von Zuspitzungen und einem gut gesetzten Florettstich? Debatten gewinnen durch – Vorsicht: Metapher – längere Ballwechsel, doch wenn jeder härtere Schuss abgefangen und der Kölner Keller zum Videobeweis angerufen wird, dann herrscht Standfußball statt

schnellem Passspiel – mit vergleichbarem Spannungsfaktor. Es war bezeichnend, dass die Harmonie der geräuschlosen Hinterzimmerküche der Kanzlerkandidatin bei den Grünen gelobt wurde. Dagegen galten die für politisch interessierte Zuschauer sehr fesselnden Wettbewerbe bei den Konservativen – erst der Kampf um den Parteivorsitz, dann das Duell um die Kanzlerkandidatur – als Beweis für deren Zerrissenheit. Warum eigentlich?

Politik, das darf die Politik nicht vergessen, findet für die meisten Menschen im symbolischen Raum statt. Wir, die Wählerinnen und Wähler, sehen nicht Debatten und Entscheidungen in den Ausschüssen, die Aktenläufe, Vorlagen und Besprechungen – das fänden wir in der Tat ermüdend. Wir sehen, wie Politik sich präsentiert, wie ihre Vertreter laufen, lachen, weinen, stehen, sitzen und gestikulieren – und vor allem, wie, wo, wann und wozu sie reden. Das erlaubte der Alternative für Deutschland, die weiche Flanke eines bei Debatten nahezu leeren Parlaments zu nutzen.

BILDER VOM SPRECHEN UND SPRACHBILDER

Mag die parlamentarische Auseinandersetzung selbst für das Thema von nachrangiger Bedeutung sein, konstituieren sich für die Bürgerinnen und Bürger genau darin die Politik, das Parlament und der Staat. Es geht nicht allein um den Inhalt des Gesagten, sondern darum, dass Sprechende sichtbar sind. Insofern ist es sinnvoll, sich regelmäßig bewusst zu machen, welche Bilder Sprache erzeugt – Bilder vom Sprechen und Sprachbilder.

Nicht immer ist das „house on fire“; damit jedoch der Funke überspringt, darf es auch mal etwas feuriger zugehen, ohne dass gleich der Verdacht des Zündelns laut wird. Für die künftige Regierung gibt es so viel zu tun wie möglicherweise seit Jahren nicht. Die notwendige Beschleunigung in vielen Feldern, insbesondere der Digitalisierung, des Ausbaus der Infrastruktur, der Energiewende, der Klimaneutralität, der Entbürokratisierung, wird oft angemahnt. Sie muss stattfinden, im Sinne des eigenen Landes und des immer härter werdenden globalen Wettbewerbs. Doch damit die Politik erfolgreich agieren kann, müssen die Bürgerinnen und Bürger mit an Bord sein. Elan darf sich nicht im Lippenbekenntnis erschöpfen. Um die Bevölkerung zu gewinnen, muss sich die Dynamik des Handelns auch sprachlich widerspiegeln. Deutschland liegt nicht darnieder, aber wir würden gern schneller laufen als bisher. Da darf das Anfeuern nicht fehlen.

¹ „Wir werden Charterflüge organisieren“. Michael Roth im Interview mit Hagen Strauß, Saarbrücker Zeitung, 14.08.2021.

² „Warum die neue Langsamkeit nicht entspannt. Hartmut Rosa im Gespräch mit Dieter Kassel“, Deutschlandfunk Kultur, 01.04.2020, www.deutschlandfunkkultur.de/entschleunigung-durch-corona-warum-die-neue-langsamkeit.1008.de.html?dram:article_id=473780 [letzter Zugriff: 20.08.2021].

Seismographische Ausschläge

—
Gegenwartsliteratur und gesellschaftliche Vorausschau

THOMAS SCHOLZ

Geboren 1976 in Lich, promovierter Literatur- und Filmwissenschaftler, Feuilletonist.

Die Literatur hat an gesellschaftlicher Bedeutung eingebüßt. Dieser Umstand ist ihren Protagonisten, den Schriftstellern, den Verlegern und Kritikern, durchaus bewusst. Schon 2017

konstatierte Edo Reents, Literaturkritiker der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) und zum damaligen Zeitpunkt Ressortleiter ihres Feuilletons, dass die Leuchtturmfunktion eines Martin Walsers oder die Stellung Heinrich Bölls als *Praeceptor Germaniae*, als Lehrmeister Deutschlands, unwiederbringlich der Vergangenheit angehören. Mit diesem Bedeutungsverlust müsse sich die Literaturbranche abfinden.

Diese Diagnose ist aller Wahrscheinlichkeit nach richtig, verstellt jedoch den Blick auf die Tatsache, dass Literatur selbstverständlich auch weiterhin Bedeutung transportiert. Diese Bedeutung entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern in einer konkreten historischen Situation, welche die Literatur inhaltlich auflädt. Eingebüßt haben die heutigen Schriftsteller und Kritiker vorrangig die Hoheit, literarische Bedeutung als institutionalisierte Autoritäten zu deuten und ihr einen angeblich unverrückbaren gesellschaftlichen und damit politischen Stellenwert zuzuschreiben. Als kulturelles System spiegelt die Literatur jedoch weiterhin Entwicklungen in der Gesellschaft – sowohl vergangene, gegenwärtige als auch zukünftige. Diese seismographische Funktion verleiht ihr über das ästhetische Erlebnis hinaus Relevanz, die auch von sinkenden Verkaufszahlen nicht gemindert werden kann. Ohne Leuchtturmwärter und Lehrmeister bedarf es jedoch der Kunst, diesen Seismographen abzulesen und die Ausschläge zu interpretieren.

Kritikerin Julia Encke las erst kürzlich den Wunschtraum der deutschen Städter nach ländlichem Wohnraum anhand der Gegenwartsliteratur ab. In Judith Hermanns Roman *Daheim* (2021) zieht sich die Ich-Erzählerin in ein kleines Dorf an der Küste zurück, um in der neuen Lebensphase nach der Trennung den Blick nach innen zu richten. Bereits 2016 veröffentlichte Juli Zeh *Unterleuten*, einen Roman, der fast ausschließlich im namensgebenden fiktiven Dorf in Brandenburg spielt. 2021 folgte *Unter Menschen*, dessen Handlungsort das ebenfalls fiktive Brandenburger Dorf Bracken ist. David Safiers Krimiparodie *Miss Merkel: Mord in der Uckermark* (2021) lässt die Kanzlerin im Ruhestand in den Fußstapfen von Miss Marple wandeln, natürlich in dörflicher Umgebung. Die Beispiele nehmen kein Ende. Ihre Zahl wächst mit jedem neuen Verlagsprogramm. Die Literaturkritik hat mittlerweile das Genre des Dorfromans identifiziert. Diese Erkenntnis war jedoch nicht erst in der Retrospektive möglich: Schon anlässlich des Erscheinens von Zehs *Unterleuten* vermutete Kritiker Jörg Magenau im *Deutschlandfunk*, der Gesellschaftsroman könne überhaupt nur noch als Dorfroman möglich sein.

Angesichts der realen Umstände scheint es nicht schwierig, die Aussagekraft der Dorfromane für unsere Gesellschaft zu konstatieren. Der chronische Wohnungsmangel in den Ballungszentren, die galoppierenden städtischen Mietpreise und die aufkommenden Forderungen nach mehr sozialem Wohnungsbau einerseits sowie nach Enteignung von Immobilienkonzernen andererseits legen die Vermutung nahe, dass – wie so oft in der Geschichte der Menschheit – der Landflucht notgedrungen irgendwann die Stadtfucht folgt. Dass Juli Zeh selbst im Havelland und nicht in Berlin wohnt, scheint im Vergleich fast nur eine Fußnote wert zu sein. All diese empirischen Umstände mindern die Aussagekraft der Literatur jedoch nicht. In den Texten manifestieren sich zweifelsfrei ein Behagen in Bezug auf das Dörfliche und ein zunehmendes Unbehagen mit dem Städtischen. Der literarische Seismograph schlägt aus.

Die Schnittmenge mehrerer Romane führt zwangsweise zu seismographischen Erkenntnissen, die klarer, aber auch weniger komplex sind, als sie der einzelne Text zu setzen vermag. Der einzelne Roman kann präzisere Aussagen leisten. John von Düffels *Der brennende See* (2020) beispielsweise thematisiert den Generationenkonflikt zwischen *Fridays-for-Future*-Demonstranten und deren Eltern- respektive Großelterngeneration. Während die grundsätzliche Konfiguration der Bewegung bereits lange vor der Corona-Pandemie journalistisch abgebildet wurde, leistet von Düffels Roman eine Zuspitzung, die in nachrichtlicher Berichterstattung keinen Platz finden kann. Den Streit um die Demonstrationen und den dort geforderten Weg des Klimaschutzes für die Dauer der Lektüre auf den Konflikt zwischen den beteiligten Generationen zu reduzieren, erlaubt es, die kontraproduktive Dynamik der Konfrontationen zwischen Befürwortern und Gegnern aus einem neuem Blickwinkel zu betrachten. Der Einzeltext liefert hier einen seismographischen Befund, der das eigentliche Thema nicht nur als gesellschaftlich relevant markiert, sondern darüber hinaus mit einem signifikanten Kontext verknüpft.

CASSANDRA UND KRISENFRÜHERKENNUNG

Die literarische Qualität eines Textes sagt nichts über seine seismographische Tauglichkeit aus. Seine Rezeption hingegen kann aussagekräftig sein. Ein Text, der viel Aufmerksamkeit erfährt, oft gekauft wird und viele Preise erhält, hat einen Nerv getroffen. Für die Forscher des „Projekt Cassandra“ sind dies Indikatoren, um einen bestimmten Text einer genaueren Analyse zu unterziehen. Jürgen Wertheimer, emeritierter Professor für Neuere Deutsche Literaturwissenschaft und Vergleichende Literaturwissenschaft sowie Gründer von „Projekt Cassandra“, und seine Mitarbeiter analysieren literarische Texte und Bewegungen in der Literaturbranche, um internationale Krisen frühzeitig vorherzusagen. Gefördert durch das Bundesverteidigungsministerium, identifizierte das Forscherteam rund ein Dutzend textlicher Kategorien, anhand derer sie seit 2017 in der Studie *Krisenfrüherkennung durch Literaturauswertung* vier Regionen in Europa und Afrika als Modellfälle analysierten. Da literarisches Lesen und Interpretationen jenseits der Möglichkeiten derzeitiger Künstlicher Intelligenzen liegen, verließen sich die deutschen Forscher in großem Maße auf menschliche Experten aus den jeweiligen Regionen, um relevante Texte zu identifizieren und die Analysekategorien anzupassen.

In der Betrachtung der eigenen Kultur ist die persönliche Expertise gleichermaßen Stärke und Schwäche. Der Aussagekraft der objektiven (Absatz-) Zahlen sind Grenzen gesetzt. Die Lesart der Romane und die Deutung ihrer Aussagen sind letztendlich jedoch Interpretationen, und diese sind bekanntlich nicht immer richtig. Trotzdem lassen sich aufschlussreiche Beobachtungen

am literarischen Seismographen anstellen. Erneut liefert Juli Zeh einen relevanten Roman: *Corpus Delicti* (2009) schildert einen dystopischen Zukunftsstaat, in dem die Gesundheit zur obersten gesellschaftlichen Maxime und zum vorrangigen Staatsziel erhoben wurde. In einer Mischung aus Kriminalfall und Gerichtsverhandlung kollidieren im Roman die Prinzipien von Vernunft und persönlicher Freiheit. Die Protagonistin Mia Holl wandelt sich von einer Verfechterin der naturwissenschaftlich geprägten Vernunft, die dem Staat massive Eingriffe in die persönliche Freiheit erlaubt, zur Befürworterin der persönlichen Freiheit, die dem Individuum das Recht auf ungesundes Verhalten zuspricht. Die Parallelen zur aktuellen Diskussion um Impfpflicht und -verantwortung sind offensichtlich und bereits mehrfach gezogen worden. Sie sind jedoch nicht der Aspekt des Textes, an dem der Seismograph vorrangig ausschlagen sollte.

Laut Medienberichten lehnte Juli Zeh 2010 die Nominierung ihres Romans für den Kurd Laßwitz Preis, der für die besten Science-Fiction-Romane vergeben wird, ab. Was auf den ersten Blick als Standesdünkel der Literatin gegenüber dem populären Unterhaltungsgenre gewertet werden könnte, erweist sich auf den zweiten Blick als konsequentes Verständnis des eigenen Textes. *Corpus Delicti* skizziert nicht vorrangig eine düstere Zukunft, sondern hinterfragt kritisch die Gegenwart. Die Selbstoptimierung des Individuums nach externen Kriterien – sei es biographisch, ästhetisch, sportlich oder gesundheitlich – ist ein grundlegender Anspruch der gegenwärtigen Gesellschaft. Dieser manifestiert sich in Politikerinnenbiographien ebenso wie in Fitnessstudios.

LEVELVERLUST ALS STRAFE FÜR NONKONFORMITÄT

Auffällig wird diese Kritik, wenn man Zehs Roman mit Marc-Uwe Klings *QualityLand* (2017) abgleicht. Diese dystopische Satire, die sich jedoch bereitwillig der Science-Fiction zuordnen lässt, zeigt ebenfalls eine optimierte Gesellschaft, die nach der Logik von Online-Rankings und Einkaufsalgorithmen strukturiert ist. Bürgern wird auf der Basis ihres Lebenswandels ein Level zugewiesen, das ihre Möglichkeiten in allen Bereichen des Lebens bestimmt – Partnerwahl, Beruf, sogar im Straßenverkehr. Systemkonformes Verhalten ermöglicht den Aufstieg in ein höheres Level, Nonkonformität wird durch Levelverlust bestraft. Darüber hinaus thematisiert der Text durch fiktionale Userkommentare die Performativität der optimierten individuellen Identität. Ähnlichkeiten mit realen globalen Netzwerken oder Online-Shopping-Giganten sind in diesem satirischen Politthriller bewusst gewählt. Diese Satire ist kurzweilig, verschleiert jedoch gleichzeitig die Kritik am Optimierungswahn, den die Sozialen Medien qua ihrer Natur befeuern. In den jeweiligen Maximen

unterscheiden sich die Texte von Kling und Zeh. Die Kritik an der erzwungenen Selbstoptimierung ist jedoch gleich. Beide Protagonisten wehren sich gegen die systemisch aufoktroierten externen Werte. Diese Entwicklung steckt in der realen Welt und auf Facebook, Instagram und Twitter noch in den Anfängen. Aber auch die Stadtfucht war am Anfang der 2000er-Jahre noch nicht greifbar.

Der Kampf der Figuren gegen das jeweilige starre System liest sich als Metapher der sich im Wandel befindlichen europäischen Gesellschaften, als Chiffre der Verunsicherung. Diese ist literarisch derzeit überall zu finden. Stefan Kutzenberg bringt sie in *Jokerman* (2020) ironisch auf den Punkt, wenn er die Wahl Donald Trumps mit einer Verschwörungstheorie auf Basis der Songtexte Bob Dylans erläutert. Dietmar Dath beschwört mit Regelmäßigkeit in seinen Romanen die Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz für die Menschheit. Die Reduktion auf einen einzigen Aspekt wird jedoch den Texten nicht gerecht. Vor allem aber bleibt die Diagnose einer allgemeinen gesellschaftlichen Verunsicherung als Ergebnis des literarischen Seismographen äußerst vage. Diese Ungenauigkeit ist dem Anhäufen und Übereinanderlegen von Beispielen geschuldet. Für sich genommen argumentiert jeder einzelne Text detaillierter und überzeugender. Diesen Argumenten gilt es zuzuhören.

Barrierefreiheit als Wettbewerbsvorteil

Marktwirtschaftliche Prozesse ermöglichen Inklusion und Teilhabe

CARSTEN DETHLEFS

Geboren 1980 in Heide, promovierter Ökonom, seit 2011 Mitglied des Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2018 freiberuflicher Coach und Berater.

Quer durch die Parteienlandschaft werden „Inklusion“ und „Teilhabe“ von Menschen mit Behinderung diskutiert. Die Parteien demonstrieren Empathie und den Anspruch, den vermeintlich schwächsten Gesellschaftsmitgliedern helfen zu wollen. Als selbst Betroffener kann man jedoch den Eindruck gewinnen, dass sich dahinter oft politische Kosmetik statt

ernst gemeinter Handlungswille verbirgt. Ich bin seit meinem vierten Lebensjahr vollständig erblindet, CDU-Kommunalpolitiker in Heide, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung und promovierter Ökonom. Zwei Aspekte möchte ich beim Thema Inklusion und Marktwirtschaft besonders in den Fokus rücken: das paternalistische Politikverständnis und die Egoismen der Sozialverbände.

Zunächst muss man sich jedoch klar machen, was genau eine Behinderung ist. In Paragraph 2 des Sozialgesetzbuches IX heißt es: „Menschen mit Behinderungen sind Menschen, die körperliche, seelische,

geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Menschen sind von Behinderung bedroht, wenn eine Beeinträchtigung nach Satz 1 zu erwarten ist.“

Aus dieser Formulierung könnte ein universeller Betreuungsanspruch abgeleitet werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Repräsentation der Betroffenen auf diese Weise garantiert und in geeigneter Form gegeben ist. Die Politik ist hierfür ein guter Prüfstein. Sie soll in einer funktionierenden Demokratie von jedermann für jedermann ausgeübt werden können. Aber wie viele politisch handelnde Personen mit Handicap kennen Sie? Neben Wolfgang Schäuble fallen den meisten wohl kaum weitere Akteure ein. Dabei beträgt der Anteil der Menschen mit Behinderung bundesweit etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Durch die Alterung in unserem Land und die größere Wahrscheinlichkeit, hochbetagt auch körperlich behindert zu sein, nimmt dieser Anteil stetig zu. Die politischen Akteure sprechen also oftmals von Teilhabe; in ihren eigenen Reihen lässt sie jedoch stark zu wünschen übrig.

In erster Linie behandeln Diskurse Fragen der Versorgung, jedoch nicht der Ertüchtigung oder Einbeziehung in politische Aktivitäten. Dabei gab es in den USA bereits Anfang des 20. Jahrhunderts mit Thomas Pryor Gore (1870–1949) den ersten blinden Top-Politiker. Der Urgroß-

vater von Al Gore war Senator von Oklahoma. Er bewies, dass Menschen mit Behinderung bereits lange vor der Erfindung technischer Hilfen ein leitendes politisches Amt ausüben konnten. Heutzutage gibt es eine Vielzahl technischer Hilfen, die es auch blinden Menschen erlauben, produktiv und konstruktiv zu arbeiten. Über die Existenz dieser Hilfsmittel und die zuständigen Kostenträger wird vonseiten der Selbsthilfeverbände allerdings wenig informiert. Somit bleiben vielfältige Barrieren in den Köpfen aller Beteiligten bestehen und Potenziale ungenutzt. Die Angst der Verbände, sich selbst überflüssig zu machen, sobald die Mitglieder der vertretenen Gruppe zu autonom werden, ist deutlich spürbar.

Natürlich ist man mit einer Behinderung eingeschränkt. Mit einem Rollstuhl kommt man keine Treppe hinauf, und ein Blinder erkennt keine Straßenschilder. Es gibt jedoch kreative Lösungen. So sind einige Produktentwickler sehr viel weiter, als dies vielfach kommuniziert wird. Das iPhone ist nur eines der allseits bekannten Geräte; es lässt sich von blinden Menschen über bestimmte Applikationen fast vollständig über die Sprache steuern und kann große Teile der Umwelt wahrnehmen. Treppenlifte oder Fahrstühle ermöglichen es motorisch eingeschränkten Personen, mit wenig Aufwand von Etage zu Etage zu gelangen. Gebärdensprache gewährleistet die Verständigung zwischen Hörenden und gehörlosen Personen. Dolmetschende Personen können online zugeschaltet werden.

Diese Beispiele zeigen, dass sich Menschen mit und ohne Behinderung oft, wenn auch noch nicht in jeder Lebenslage, auf Augenhöhe begegnen können. Ein Beispiel für den Fortschritt auf dem Feld

der möglichen Teilhabe ist meine eigene Behinderung: Augenlicht ist für die Nutzung innovativer Produkte nicht durchgängig nötig. Blinde sind hier nicht stark benachteiligt. Der Markt ist in diesen Fragen weiter als unsere vorherrschenden Meinungen und die Sorgen vieler Verbände.

Einen Ausweg aus der Paternalismusfalle bietet die Ausrichtung eines Faches, das ich seit 2016 an der Fachhochschule Westküste in Heide lehre. Es heißt: „Menschen mit Behinderung als Zielgruppe – Barrierefreiheit als Wettbewerbsvorteil“. Sobald man Menschen mit Behinderung nicht mehr nur als Kostenfaktor wahrnimmt, sondern als zu erwerbende, wachsende Zielgruppe, beweist die Marktwirtschaft ihren wahrhaft sozialen Charakter. Durch die Herstellung barrierefreier Angebote konkurrieren Unternehmen um eine wachsende Zahl von Konsumenten und ermöglichen ihnen somit weitreichendere Teilhabemöglichkeiten. Der Wettbewerb lässt das passendste Produkt für die Überwindung jeder Beeinträchtigung hervortreten. Wenn hierdurch höhere Kosten für die Betroffenen oder die Produzenten entstehen, können und sollten Kostenträger auf den Plan treten – aber auch nur dann. Viele Produkte, die eine Win-win-Situation ermöglichen, sind aktuell bereits weit verbreitet. Die Aufklärung darüber sollten die Betroffenen zunehmend selbst, jenseits bestehender Verbandsstrukturen, in die Hand nehmen. Die kommerzielle Werbung kann und sollte ihren eigenen Beitrag leisten.

Alfred Müller-Armack, der Schöpfer des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft, hätte heute wahrscheinlich seine helle Freude an den jüngsten Entwicklungen auf dem Feld des Marktes mit inklusiven Produkten. So beschrieb er die Soziale

Marktwirtschaft in seinem Buch *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* aus dem Jahr 1947 als einen „der Ausgestaltung harrenden, progressiven Stilgedanken“. Dieser Wirtschaftsform waren und sind somit keine Grenzen gesetzt – und damit auch nicht der Ausweitung auf die beschriebene Art von Produkten. Dies zeigt nur allzu deutlich, wie marktwirtschaftliche Prozesse motiviert werden können, um sozialen Nutzen zu stiften. Wo es eine Zielgruppe gibt, ist auch ein schöpferischer Prozess.

Ludwig Erhard, der wohl bekannteste Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft, war selbst – so berichten es Biographen – aufgrund einer Kinderlähmung in seinem Bewegungsablauf eingeschränkt. Aber wer erinnert sich schon daran? Im Kopf haben wir nur das ikonische Bild von Erhard mit der Zigarre im Mund. Er hat es vorgemacht: Wahre Inklusion ist erst dann vollständig erreicht, wenn das eigene Handicap zur Nebensache wird.

Die Voraussetzungen hierfür sind gegeben. Man sollte nur mehr auf freiheitliche, marktwirtschaftliche Prozesse vertrauen als auf Paternalismus und Verbandsstrukturen. In einer freiheitlichen Demokratie darf es keine Staatsbürger erster und zweiter Klasse geben. Jedermann muss die Chance haben, sich durch eigene Anstrengungen voranzuarbeiten. Behinderungen dürfen dabei nicht im Wege stehen.

Bei dem Beitrag handelt es sich um den dritten Teil der Serie „Mensch und Wirtschaft“, die in der Mai/Juni-Ausgabe 2021, Nr. 568, der Zeitschrift Die Politische Meinung eröffnet wurde und in der Mitglieder des Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung Fragen zur Sozialen Marktwirtschaft erörtern.

Herzversagen der Demokratie

Vor neunzig Jahren begann die Aushöhlung der parlamentarischen Rechtsetzung in der Weimarer Republik

PHILIPP AUSTERMANN

Geboren 1978 in Brunsbüttel, Professor für Staats- und Europarecht, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl.

In welchem Verhältnis stehen Legislative und Exekutive zueinander? Hat die Letztere in Krisenzeiten immer die Oberhand; sollte sie immer – weil sie möglicherweise schneller handeln kann – die Oberhand haben? Diese Fragen stellten sich vor neun-

zig Jahren, als die Weltwirtschaftskrise das Deutsche Reich und viele andere Staaten auf das Äußerste forderte.

1931 war Heinrich Brüning Reichskanzler. Der eher asketische Zentrumsolitiker führte ein Minderheitskabinett, an dem neben seiner eigenen Partei deren „bayerische Schwester“, die Bayerische Volkspartei (BVP), sowie die linksliberale Deutsche Staatspartei und die rechtsliberale Deutsche Volkspartei beteiligt waren.

Die größte Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), war – auf ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg – nicht in der Regierung vertreten. Die Regierungsparteien stellten nicht die Mehrheit im Reichstag. Um trotzdem Recht setzen zu können, griff Brüning auf ein Instrument zurück, das ihm die Weimarer Reichsverfassung (WRV) nach Meinung vieler damaliger Staatsrechtler bot: Die Regierung arbeitete Rechtsakte aus und ließ sie auf dem Verordnungswege vom Reichspräsidenten in Kraft setzen. Die Beteiligung der gewählten Volksvertretung, des Reichstages, war nicht erforderlich.

Die Grundlage für dieses Vorgehen bildete Artikel 48 Absatz 2 WRV, die „Diktaturgewalt“. Die Vorschrift lautete: „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend [...] Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.“ Von der Rechtsetzung (am Parlament vorbei) war nicht ausdrücklich die Rede. Jedoch legten die Rechtswissenschaft und die Staatspraxis die Vorschrift sehr weit aus. Sie verstanden auch wirtschaftliche Krisen als Gefährdung der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ sowie Rechtsverordnungen als „nötige Maßnahmen“.¹

In den ersten vier Jahren der neuen Republik hatte es diese Verfassungsinterpretation dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert ermöglicht, zügig die Vorschriften zu erlassen, die für die Überwindung der verschiede-

nen politischen und wirtschaftlichen Krisen erforderlich waren. Auf den Reichstag, in dem die demokratischen Parteien oftmals nur kurzlebige Bündnisse schlossen, kam es dann nicht an. Die Notverordnungen hatten in dieser Zeit also eine das System stabilisierende Wirkung. Als Gegenpol zur Diktaturgewalt des Reichspräsidenten nach Artikel 48 Absatz 2 wies die Verfassung in Absatz 3 dem Reichstag das Recht zu, mit Mehrheit die Aufhebung von Notmaßnahmen zu verlangen. Von diesem Recht machte der Reichstag in den 1920er-Jahren keinen Gebrauch. Vielmehr waren die demokratischen Parteien durchaus zufrieden damit, dass das Staatsoberhaupt in Krisenzeiten das Heft des Handelns in die Hand nahm. Dies ersparte es den zumeist eng an ein bestimmtes weltanschauliches und gesellschaftliches Milieu gebundenen demokratischen Parteien, Kompromisse schließen zu müssen, die ihre Wählerschaft kaum gebilligt hätte. Beispielsweise war die SPD, die sich selbst als marxistische Partei verstand, in sozialen Fragen zu keinen Zugeständnissen an liberal-bürgerliche Parteien bereit, um keine Stimmen im Arbeitermilieu an die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zu verlieren.

Während der fünf relativ „Goldenen Jahre“ der Weimarer Republik (1924–1929) erließ der Reichspräsident keine Verordnungen mehr. Der Reichstag nahm seine Aufgaben im angemessenen Umfang wahr. Den demokratischen Parteien gelang es, auch politisch schwierige Fragen zu lösen. Das Parlament erließ eine Vielzahl von Gesetzen, beispielsweise zum äußerst umstrittenen Young-Plan, der die Reparationspflichten des Reiches regelte, und das (zweite) Gesetz zum Schutze der Republik.

Doch mit der im Herbst 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise änderte sich die Lage. Der Reichstag wurde ab Juli 1930 schrittweise zurückgedrängt und schleichend zugunsten der Exekutive entmachtet. Am Anfang dieser Entwicklung standen der Rücktritt der letzten Mehrheitsregierung unter Hermann Müller (SPD) und die Ernennung des bereits erwähnten Minderheitskabinetts Brüning. Die „Große Koalition“ unter Reichskanzler Müller war 1928 nur nach mehrmonatigen Verhandlungen überhaupt zustande gekommen. Sie hatte sich fortwährend gestritten und sich schließlich nicht auf notwendige Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung (durch eine Anhebung des Beitrages um sehr moderate 0,25 Prozentpunkte) einigen können.

HINDENBURGS „RECHTSSCHWENK“

Reichspräsident Hindenburg war die Regierungsbeteiligung der SPD ohnehin ein Dorn im Auge gewesen.² Er hatte nichts unternommen, um die angeschlagene Regierung zu stützen. Nachdem Müller und sein Kabinett Ende März 1930 zurückgetreten waren, hatte Hindenburg den schon länger geplanten „Rechtsschwenk“ vollzogen. Er hatte Brüning vor dessen Ernennung zugesichert, seine Regierung notfalls mit Notverordnungen und Reichstagsauflösungen zu unterstützen.

Von diesen Zusagen machte der Reichskanzler schon bald Gebrauch. Die Reichsfinanzen litten infolge der verheerenden Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit hatte sich seit 1928 mehr als verdoppelt,³ die Steuereinnahmen waren

eingebrochen. Brüning wollte den Haushalt durch einen strikten Sparkurs sanieren. Zunächst gelang es ihm, auch die SPD mit ins Boot zu holen: Im April 1930 verabschiedete der Reichstag ein erstes Gesetzespaket, das Steuer- und Zollerhöhungen vorsah.

Als die Regierung im Mai 1930 weitere Gesetzentwürfe einbrachte, die zu erneuten Steuererhöhungen führen sollten, und die Regierung zu Kompromissen nicht bereit war, lehnte der Reichstag diese Gesetzentwürfe ab. Hindenburg setzte daraufhin die zuvor abgelehnten Regelungen umgehend – wie er es Brüning versprochen hatte – per Notverordnung in Kraft. Der Reichstag stimmte am 18. Juli 1930 für deren Aufhebung. Als Reaktion darauf löste der Reichspräsident am selben Tag das Parlament auf – wozu er jederzeit berechtigt war (Artikel 25 WRV) – und erließ eine Notverordnung, die Teilen der Bevölkerung die vom Reichstag abgelehnten und noch härtere finanzielle Lasten aufbürdete. Die Schuld an dieser Eskalation trugen das Staatsoberhaupt und sein Kabinett, nicht aber – wie es immer wieder zu lesen ist – der angeblich handlungsunfähige Reichstag.⁴

Die Neuwahl des Reichstags am 14. September 1930 brachte der Regierung Brüning keine parlamentarische Mehrheit. Sie stärkte nur die radikalen Parteien, allen voran die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), die zur zweitstärksten Kraft wurde. Dennoch hätte es weiterhin eine demokratisch gesinnte Parlamentsmehrheit gegeben, hätte Hindenburg nicht die SPD immer noch aus der Regierung heraushalten wollen. Brüning blieb im Amt und nutzte nun immer stärker die Möglichkeiten des Artikels 48 Absatz 2 WRV. Seine Regierung

konzipierte Verordnungen, die Hindenburg dann in Kraft setzte.

Die Gesetzgebung verlagerte sich im Jahr 1931 mehrheitlich von der Legislative zur Exekutive. Hatten 1930 einer Handvoll Notverordnungen noch 98 Parlamentsgesetze gegenübergestanden, waren es 1931 mehr als vierzig Notverordnungen und 36 Parlamentsgesetze. Dieser Trend wurde nicht mehr umgekehrt: 1932 wurden rund sechzig Notverordnungen, aber nur noch fünf (!) Parlamentsgesetze erlassen.⁵ Der Reichstag setzte dieser Entwicklung nichts entgegen. Das Zentrum sah Brüning's Vorgehen als notwendig an. Die SPD duldet Brüning's Kurs, da sie die von ihr geführte Regierungskoalition im größten Reichsland Preußen (an der auch das Zentrum beteiligt war) nicht gefährden und zugleich die aufstrebende NSDAP von der Macht fernhalten wollte. Die demokratischen Parteien sicherten Brüning im Reichstag die Mehrheit und stimmten der Vertagung des Parlaments von April bis Oktober 1931 zu. Die Regierung musste deshalb weder Misstrauensanträge (Artikel 54 Satz 2 WRV) noch Anträge auf die Aufhebung von Notverordnungen (Artikel 48 Absatz 3 WRV) fürchten. Sie konnte „halbparlamentarisch“ regieren und den Reichstag nur dann „nutzen“, wenn es ihr genehm war.

Im Jahr 1931 erließ Hindenburg unter anderem mehrere Verordnungen zur Überwindung einer schweren Bankenkrise im Sommer des Jahres sowie – seit Juni – vier „Verordnungen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“. Sie hatten Steuererhöhungen und starke finanzielle Einschnitte und Kürzungen, etwa der Beamtengehälter und Pensionen, zur Folge. Außerdem ermächtigten vier Verordnungen zur Bekämpfung von politischen Aus-

schreitungen zur Einrichtung von Sondergerichten, zum Verbot und zur Zensur von Druckwerken und Filmen sowie zu polizeilicher Haft bei bestimmten Vergehen.

FAKTISCHE ENTMACHTUNG

Mochten viele Regelungen auch geeignet sein, um die akute wirtschaftliche Krise, in der sich das Reich befand, und die stark steigende politisch motivierte Gewalt zu bekämpfen, waren sie doch so bedeutsam, dass die Regierung und der Reichspräsident zumindest die Diskussion darüber im Reichstag hätten anregen sollen. Doch das Gegenteil war der Fall: In mehreren Gesprächen legte Brüning Wert darauf, den Reichstag nicht zu befassen, ja nicht einmal eine Debatte stattfinden zu lassen. Beispielsweise setzte der Reichskanzler Gewerkschaftsvertretern bei einem Gespräch am 15. Juni 1931 „die außerordentlich ernste Wirtschafts- und Finanzlage auseinander, um darzutun, dass die Reichsregierung die Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick für unmöglich [halte]. Der Bestand der Notverordnung dürfe in keiner Weise in Zweifel gezogen werden, damit im In- und Ausland Vertrauen in die Stetigkeit der deutschen Verhältnisse erweckt werde. [...] Die Beruhigung sei ferner auch unerlässlich nötig, um der Reichsregierung die Inangriffnahme einer aktiven Reparationspolitik zu ermöglichen.“⁶

Die faktische Entmachtung der Volksvertretung und ihrer Gesetzgebungs- und Kontrollrechte höhnte die Weimarer Demokratie aus. Wer sollte für sie streiten, wenn das Parlament als Verkörperung der

Volkssouveränität freiwillig gar nicht tagte, über die höchst unpopulären Sparmaßnahmen der Regierung nicht beriet und ihnen auch konzeptionell nichts entgegensetzte? Zweifel und Unmut innerhalb der demokratischen Parteien wurden nicht öffentlich sichtbar. Die Demokraten blieben nach außen hin bedenklich still. Weil es vielen Menschen so erschien, als ob der Weimarer Staat und die demokratischen Parteien für die im Land grassierende wirtschaftliche Not und die Angst vor sozialem Abstieg keine Lösung finden könnten, wandten sie sich den antidemokratischen und staatsfeindlichen Parteien NSDAP und KPD zu. Diese erzielten Wahlerfolge. Zugleich schrumpften die demokratischen Kräfte (und verloren in Reich und Ländern spätestens 1932 die Parlamentsmehrheit).

MAHNUNG AUS DER GESCHICHTE

Die Entmachtung des Reichstages bereitete der nationalsozialistischen Diktatur den Weg. Die wichtige Lehre der Ereignisse: Eine funktionierende Demokratie benötigt ein starkes Parlament. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat den Bundestag daher zu Recht mit viel

Macht ausgestattet. Eine Situation wie in der Endphase der Weimarer Republik ist nicht zu befürchten. Die Geschichte der Bundesrepublik belegt dies. Eine Mahnung aus den Geschehnissen des Jahres 1931 aber bleibt: Mag auch eine Notsituation als „Stunde der Exekutive“ angesehen und der Regierung zunächst die Initiative überlassen werden, so muss das Parlament das Regierungshandeln stets kritisch begleiten und auch eigene Vorschläge entwickeln. Auch in Krisen muss der Bundestag das „Herz der Demokratie“ bleiben.

¹ Vgl. nur Otto Meißner: Das Staatsrecht des Reichs und seiner Länder, 2. Auflage, 1923, S. 165 f.; Richard Grau: „Die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten“, in: Gerhard Anschütz/Richard Thoma (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts, Band 2, 1932, S. 277 ff.

² Hindenburg war 1925 nur gewählt worden, weil ihn neben den rechtsgerichteten Parteien auch die BVP unterstützte. Hätte sie Wilhelm Marx, den Kandidaten des Zentrums, unterstützt, wäre dieser überzeugte Demokrat Staatsoberhaupt geworden und die deutsche Geschichte womöglich anders verlaufen.

³ Sie lag im Jahresmittel 1930 bei 3,076 Millionen Menschen und damit bei rund fünfzehn Prozent; vgl. Heinz Hürten (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Band 9, 2018, S. 142.

⁴ Eingehend zum Geschehen und seinen Folgen Philipp Austermann: Der Weimarer Reichstag, 2020, S. 116 ff.

⁵ Vgl. Philipp Austermann, a. a. O., S. 210 mit weiteren Nachweisen.

⁶ Vgl. Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Brüning I und II (1930–1932), Band 2, 1982, Dokument Nr. 331.

Die Freiheit, die sie meinen

Über Freunde und Feinde des Liberalismus

MATTHIAS OPPERMANN

Geboren 1974, Stellvertretender Leiter Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik und Leiter Zeitgeschichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, Privatdozent für Neuere Geschichte, Universität Potsdam.

Annelien de Dijn: *Freedom. An Unruly History*, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts/London 2020, 432 Seiten, 31,50 Euro.

Kenneth Dyson: *Conservative Liberalism, Ordo-liberalism, and the State. Disciplining Democracy and the Market*, Oxford University Press, Oxford 2021, 591 Seiten, £ 110,00.

Das 19. Jahrhundert war das Zeitalter des Liberalismus, so die allgemeine Ansicht der Historiker. Obwohl der Liberalismus von Reaktionären und radikalen Demokraten unter Druck gesetzt wurde, seitdem

er das Licht der Welt erblickt hatte, war er doch stark genug, dem Jahrhundert seinen Stempel aufzudrücken. Damals, so schrieb Wilhelm Röpke 1950 in *Maß und Mitte*, sei „Liberalismus“ etwas gewesen, „wozu man sich mit Stolz bekannte“. Nun aber sei es nicht leicht, „noch Länder zu finden, in denen das Wort ‚Liberalismus‘ seinen alten, vollen Klang behalten hat“. Immer mehr Menschen verbänden den Begriff jetzt mit „egoistischer Engherzigkeit, satter Bürgerlichkeit, sozialer Härte, der Unempfindlichkeit gegenüber den Geboten der Gemeinschaft, der Unmännlichkeit, zersetzender Asphaltkultur, geistiger Vergreisung und ödster Diesseitigkeit“. ¹ Röpke selbst lebte und arbeitete dafür, dieser Tendenz etwas entgegenzusetzen. Dabei wusste er, dass das Problem des Liberalismus, abgesehen von derlei negativen Zuschreibungen, auch darin bestand, dass es selbst unter Liberalen keine Einigkeit darüber gab, was Liberalismus eigentlich war oder sein sollte. Das hat sich bis heute nicht geändert.

Was also ist Liberalismus? Angesichts der geschilderten Unübersichtlichkeit ist es kühn, eine auf das Wesentliche reduzierte Definition zu wagen. Aber versuchen wir es: Liberalismus ist eine Geisteshaltung, deren Vertreter danach streben, ein Höchstmaß an Freiheiten für das Individuum zu verwirklichen, ohne dabei die für das menschliche Zusammenleben notwendigen Ordnungsstrukturen zu zerstören. Je nach Strömung wird der eine oder andere Aspekt in den Vordergrund rücken.

Genau diesen Liberalismus nimmt die niederländische Ideenhistorikerin Annelien de Dijn in ihrem Buch *Freedom. An Unruly History* ins Visier. Es geht ihr um nicht weniger, als zu zeigen, dass der westliche, also liberale Freiheitsbegriff, in dessen Zentrum die Entfaltung des Indi-

viduums steht, eine Konstruktion von Demokratiefeinden sei. Dieser im Zeitalter der Französischen Revolution entstandene Freiheitsbegriff, der persönliche – oder bürgerliche – und politische Freiheiten unterscheidet, habe sich an die Stelle eines älteren Freiheitsbegriffs gesetzt, der nicht die Unabhängigkeit der Person, sondern deren Teilhabe an der politischen Macht in den Vordergrund rücke.

FREIHEIT IM DIENSTE DER HERRSCHENDEN

Dieses Unterfangen ist einerseits beeindruckend, weil es de Dijn gelingt, auf relativ knappem Raum – anders, als sie meint, sind 403 Textseiten für ein solches Thema nicht besonders lang – eine Ideengeschichte des Freiheitsdenkens zu präsentieren, die vom fünften Jahrhundert vor Christus bis in die heutige Zeit reicht. Dabei zeigt sie eine breite Kenntnis der Stellungnahmen und Debatten über das Thema Freiheit und entwickelt eine stringente sowie in sich schlüssige Argumentation, ohne sie freilich in den politischen und sozialen Kontext der jeweiligen Epoche einzuordnen. Andererseits ist diese Darstellung der Geschichte der Freiheitsvorstellungen bei Weitem nicht so originell, wie die Stimmen auf dem Buchrücken behaupten.

De Dijn tut letztlich nichts anderes, als die Diskussionen über das nachzuvollziehen, was andere Autoren – wie etwa Quentin Skinner – als „republikanische Freiheit“ bezeichnen, also eine Freiheit, die rein politisch ist, das heißt, nur auf die Teilhabe an der Regierung zielt. De Dijn lässt keinen Zweifel daran, dass diese Vorstellung von Freiheit die „richtige“ sei,

während die Verfechter der „modernen Freiheit“, die den Zugriff des Staates auf das Individuum begrenzen wollen, dies nur im Interesse der Privilegierten täten. Als einen der Ersten, die diese Haltung eingenommen hätten, betrachtet de Dijn Edmund Burke. Echte Freiheit brach sich aus ihrer Sicht in den Atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts Bahn, die sie im Sinne John Pockocks als „last great act of the Renaissance“ versteht. Burke dagegen gehört für sie zu den Denkern, die diese, von ihr mit Demokratie nahezu gleichgesetzte Freiheit im Dienste der Herrschenden bekämpften. Mäßigung, Mitte und das Bemühen, Freiheit und Ordnung miteinander zu versöhnen, werden in dieser Perspektive zu einer antidemokratischen Strategie, deren Folgen de Dijn noch heute zu erkennen glaubt.

Doch diese Burke-Interpretation, die die Verfasserin ganz ohne den aktuellen Forschungsstand vorlegt, ist weder überraschend noch zutreffend. Burke ging es darum, der englischen Verfassung die Möglichkeit zur organischen Entwicklung zu erhalten – eine Strategie, die sich im 19. Jahrhundert in Großbritannien in beiden großen Parteien durchsetzte und eine Entwicklung des politischen Systems zu einer liberalen Demokratie im Rahmen der Monarchie ohne größere Brüche ermöglichte. Auch Alexis de Tocqueville hoffte auf eine solche Entwicklung, die in Frankreich nach der Großen Revolution freilich viel schlechteren Bedingungen unterlag als in Großbritannien: Sie scheiterte dort gleich mehrmals. De Dijn missversteht Tocqueville, wenn sie schreibt, im Gegensatz zu anderen Liberalen habe er die Demokratie aus vollem Herzen begrüßt. Er hielt die Entwicklung der westlichen Gesellschaften und Staaten zur Demokratie

für unvermeidlich und wollte sie so gestalten, dass es nicht zu weiteren Verwerfungen kommen würde. Auch ihm ging es darum, Freiheit, Demokratie und Ordnung in ein lebensfähiges Verhältnis zu setzen, und dazu musste die Demokratie aus seiner Sicht in gemäßigte Bahnen gelenkt werden.

KONSERVATIVER LIBERALISMUS

Kein Wunder, dass Tocqueville zu den Säulenheiligen jener Liberalen gehörte, die der britische Politikwissenschaftler Kenneth Dyson in seiner umfangreichen Studie *Conservative Liberalism, Ordo-Liberalism, and the State* untersucht. Versucht de Dijn zu beweisen, dass die Liberalen des 19. Jahrhunderts echte Freiheit zurückgedrängt hätten, indem sie die Demokratie angeblich bekämpften, führt Dyson das Gegenteil vor Augen. Er zeigt, wie konservative Liberale im 20. Jahrhundert um eine stabile, gleichermaßen liberale wie demokratische politische Ordnung rangen. Im Zentrum des Buches steht der deutsche Ordoliberalismus mit seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Aber Dyson hat nicht einfach das hundertste Buch über den Ordoliberalismus geschrieben, sondern ordnet ihn – und das ist in dieser Breite neu – in den Zusammenhang eines konservativen Liberalismus ein, den er als ein europäisches und atlantisches Phänomen versteht. So werden klassische deutsche Ordoliberale wie Walter Eucken, Franz Böhm und Leonhard Miksch kontextualisiert und mit soziologischen Neoliberalen wie Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke oder eher technokratischen französischen Liberalen wie Louis Rouquier und Jacques Rueff verglichen.

Für diese Liberalen war der Staat, anders als de Dijn es sieht, sicher keine Leerstelle. Aus der Krise des Liberalismus, nicht zuletzt des Wirtschaftsliberalismus, in den 1920er-Jahren zogen sie die Lehre, dass er von Grund auf erneuert werden müsse. Es gelingt Dyson, die Ähnlichkeiten im Denken von Ökonomen und Politikern aus verschiedenen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten überzeugend vor Augen zu führen. Konservativ war der von ihnen vertretene Liberalismus, weil er den Ordnungsgedanken mit demjenigen der individuellen Freiheit in der Politik und Wirtschaft verband und auf außerhalb des Liberalismus liegende moralische Ressourcen zu seiner Sicherung zurückgriff. Die Religion und ein ebenso effizienter wie effektiver Staat spielten dabei eine wichtige Rolle.

Deshalb ist es überraschend, dass Dyson auch Vertreter der Österreichischen Schule wie Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises dem konservativen Liberalismus zuordnet. Denn sie gingen von anderen Prämissen aus und glaubten nicht an die Notwendigkeit, den Markt durch staatliche Interventionen einzuhegen. Das ist die eine inhaltliche Schwäche des Buches. Die andere liegt in der Herleitung des Konzepts des konservativen Liberalismus. Dyson widmet den Vorläufern der von ihm untersuchten Denker das gesamte zweite Kapitel seines Buches, geht dabei aber recht eklektisch vor. Zwar wird Tocqueville mehr oder weniger ausführlich betrachtet, aber François Guizot und die französischen Doktrinäre, ohne die Tocquevilles Denken nicht vorstellbar wäre, werden fast gar nicht erwähnt. Auch Burke, der der Ausgangspunkt der Entwicklung des konservativen Liberalismus in Großbritannien, Amerika und Europa

war, wird nicht ausreichend behandelt. Lediglich in einem kurzen Absatz über David Camerons Reform der *Conservative Party* im Jahr 2005 taucht Burke als Stichwortgeber auf. Dafür wird der weniger wichtige Lord Acton ausgiebig betrachtet; ein Hinweis darauf, dass sich Dyson mitunter zu sehr von den Vorlieben Hayeks leiten lässt. Und schließlich wäre es wünschenswert gewesen, wenn Dyson auch die nationalliberalen Wurzeln des deutschen Ordoliberalismus diskutiert hätte.

Verglichen mit der großen Leistung, eine Gesamtdarstellung des Denkens konservativer Liberaler im 20. Jahrhundert versucht zu haben, sind das sicher nur Petitesse. Dyson hat einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des liberalen politischen Denkens geleistet, der nicht zuletzt für die CDU-Geschichtsschreibung von Bedeutung ist. Denn Dyson macht klar, dass die CDU in hohem Maße von der euroatlantischen politischen Strömung des konservativen Liberalismus geprägt wurde.

SELEKTIVE QUELLEN AUSWAHL

Kenneth Dysons Buch ist die Arbeit eines Wissenschaftlers, dem es in erster Linie um die gedankliche Durchdringung eines geistig-politischen Phänomens geht. Gleichwohl wird in diesem Buch – gewissermaßen subkutan – auch eine politische Absicht deutlich: Es führt uns vor Augen, welche wichtigen Impulse die konservativen Liberalen, vor allem die deutschen Ordoliberalen, zur Stabilisierung der liberalen Demokratien und der Marktwirtschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegeben haben. Das ist zweifellos eine weniger plakative Botschaft als

diejenige, die uns Annelien de Dijn in ihrem Buch präsentiert.

So beklagt sie zum Beispiel, dass der liberale amerikanische Journalist Fareed Zakaria nur die liberale Demokratie für legitim halte, weil sie dem Volkswillen Schranken auferlege, um die Freiheit zu bewahren. Darin, nämlich in der Furcht vor der „Tyrannei der Mehrheit“, sieht sie, wie sie auch in einem Interview mit der linken amerikanischen Zeitschrift *The Nation* sagt, „ein Gespenst, das von privilegierten Eliten beschworen wird, die fürchten, ihre Position zu verlieren. Wenn die Geschichte überhaupt etwas lehrt, dann, dass individuelle Rechte und Freiheiten sehr viel eher von Elitenherrschaft als Volksherrschaft bedroht sind.“²

Kann man wirklich das eine gegen das andere ausspielen? Gibt es nicht so etwas wie eine demokratisch legitimierte Elitenherrschaft? Und was soll an die

Stelle der liberalen, den Volkswillen beschränkenden Demokratie treten? De Dijn plädiert letztlich für eine Art „illiberale Demokratie“, ohne es auszusprechen. Können liberale Demokraten dieses Plädoyer nur deshalb mit Nachsicht betrachten, weil es nicht von rechts, sondern von links vorgetragen wird? Ganz sicher nicht. Für den Historiker wiegt die forcierte, auf einer selektiven Quellenauswahl beruhende Argumentation des Buches freilich ebenso schwer. Es ist kaum anzunehmen, dass viele Ideenhistoriker de Dijn folgen werden.

¹ Wilhelm Röpke: Maß und Mitte, Zürich 1950, S. 10.

² Annelien de Dijn: „What We Call Freedom Has Never Been About Being Free“. Interview mit Daniel Steinmetz-Jenkins, in: *The Nation*, 29.10.2020, www.thenation.com/article/culture/annelien-de-dijn-freedom-unruly-history-interview/ [letzter Zugriff: 08.09.2021; Übersetzung des Zitats durch den Verfasser].

1.700 Jahre jüdisches Leben

Das Jüdische Museum Berlin und seine Bedeutung
für Deutschland und Europa

HETTY BERG

Geboren 1961 in Den Haag (Niederlande), Kuratorin, Theaterwissenschaftlerin und Kulturhistorikerin, mehr als dreißig Jahre lang am Jüdischen Historischen Museum in Amsterdam in unterschiedlichen Funktionen tätig, seit 2020 Direktorin des Jüdischen Museums Berlin.

Das Jüdische Museum Berlin feiert 2021 sein zwanzigjähriges Bestehen. Seine Gründung im Jahr 2001 war das Ergebnis eines langen Gedenkprozesses in Deutschland. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte 1985 zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs erklärt: „Wir

müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.“ Diese Aussage führte zum Projekt eines Jüdischen Museums in Berlin.

Tatsächlich hatte es bereits früher ein Jüdisches Museum in Berlin gegeben: Am 24. Januar 1933 eröffnete in der Oranienburger Straße das erste Jüdische Museum Berlins, das von der Jüdischen Gemeinde betrieben wurde. Während des Novemberpogroms 1938 schloss die Gestapo das Museum und beschlagnahmte die Sammlung.

Ende 1988 schrieb der Berliner Senat einen Wettbewerb für einen Erweiterungsbau des Berliner Stadtmuseums im barocken Kollegienhaus aus, in den auch die Jüdische Abteilung des Stadtmuseums einbezogen werden sollte. Im Juni 1989 wählte die Jury den Entwurf „Between the Lines“ von Daniel Libeskind aus. Ursprünglich war das Jüdische Museum als Abteilung des Berliner Stadtmuseums konzipiert, das sich im Besitz des Landes Berlin befindet. Als Michael Blumenthal zum Direktor ernannt wurde, änderte sich der Plan radikal: Blumenthal, der 1926 in Deutschland geboren wurde und im Alter von dreizehn Jahren zunächst nach Shanghai und danach in die USA emigrierte, kämpfte für die Unabhängigkeit der Einrichtung und setzte sie durch. Seit 2001 ist das Jüdische Museum Berlin eine Stiftung unter direkter Bundesaufsicht und alleiniger Nutzer des Gebäudekomplexes in der Lindenstraße.

Das Jüdische Museum Berlin ist eines der größten und bedeutendsten jüdischen Museen in Europa. Es ist eine politische Geste des deutschen Staates vor dem Hintergrund der Erinnerung an den Holocaust und ein Statement, dass sich die deutsche Gesellschaft mit der Geschich-

te des Nationalsozialismus auseinandersetzen und Verantwortung übernehmen muss. Und doch ist das Jüdische Museum Berlin kein Holocaust-Museum.

Das Jüdische Museum Berlin verfolgt nach wie vor seine ursprüngliche Aufgabe, 1.700 Jahre jüdisches Leben in deutschen Landen zu sammeln, zu dokumentieren und zu zeigen, dieses Erbe zu bewahren und an die nächsten Generationen und ein vielfältiges Publikum weiterzugeben.

NEUE MUSEOLOGISCHE ELEMENTE

Die erste, im Jahr 2001 eröffnete Dauerausstellung wurde von Ken Gorbey und Nigel Cox gestaltet, die zuvor das *Museum of New Zealand Te Papa Tongarewa* in Wellington (Neuseeland) kuratiert hatten. Sie führte einige neue museologische Elemente in die deutsche Museumslandschaft ein, wie etwa eine starke Besucherorientierung, viele Mitmachangebote und einen speziellen Pfad für Kinder innerhalb der Ausstellung. Außerdem waren überall Moderatoren anwesend, die die Besucher willkommen hießen und ihre Fragen beantworteten. Die Ausstellung war jedoch von der traditionellen Erzählform eines autoritären Erzählers geprägt, der weder sich selbst infrage stellte noch versuchte, die Besucher in einen Diskurs einzubeziehen.

Inhaltlich konzentrierte sich die Ausstellung stark auf die Emanzipation der Juden in Deutschland und zeigte, wie sie im 19. Jahrhundert zu assimilierten, bürgerlichen Deutschen mit säkularer Bildung wurden und später wesentlich zum wirtschaftlichen und kulturellen Leben

in Deutschland beizutragen. Es war eine Geschichte der erfolgreichen Integration in die deutsche „Leitkultur“. In dem Maße, wie die Juden zu Deutschen wurden, reformierte und verschlankte sich auch das Synagogenleben. Infolgedessen wurde auch in der Ausstellung fast keine religiöse Praxis gezeigt. Der einzige Raum, der dem Judentum gewidmet war, befasste sich mit den Ereignissen des Lebenszyklus, koscheren Speisen und dem Schabbat.

Heute sind jüdische Erfahrungen anders, Deutschland ist anders, und das Publikum ist anders. Eine sich wandelnde Gesellschaft verlangt von den Museen immer neue Antworten und Programme, die diese Entwicklungen widerspiegeln. Im Jüdischen Museum Berlin geht es um jüdische Erfahrungen aus jüdischen Perspektiven. Die neue Dauerausstellung lädt die Besucher ein, Fragen zu stellen, zu interagieren, sich ihre eigene Meinung zu bilden und spielerisch zu lernen.

PLURALITÄT UND VIELFALT

Die neue Dauerausstellung führt die Besucher auf 3.300 Quadratmetern durch fünf chronologische Kapitel und acht Themenräume, in denen die jüdische Kultur mithilfe von Texten, Tonaufnahmen, Bildern und Objekten erforscht werden kann. Seit der Eröffnung 2001 sind die Sammlungen exponentiell gewachsen, und mehr als siebzig Prozent der rund 1.000 ausgestellten Objekte gehören zur Sammlung des Museums.

Die Ausstellung beginnt mit der Thora, dem jüdischen Gesetz, das im Zentrum des Judentums und der jüdischen Identität steht, unabhängig davon, ob Ju-

den es genau befolgen, ob sie es eingehend studieren oder nur am Rande einige Geschichten kennen. Wir zeigen nicht nur *eine* jüdische Perspektive, sondern jüdische Perspektiven, denn es gibt nicht nur einen Blickwinkel. In dem Raum über Gebot und Gebet stellen wir Juden vor, die heute in Deutschland leben. Da gibt es unter anderem einen Rabbiner, eine russischsprachige Frau oder einen israelischen Philosophen, der in Berlin lebt, die alle über die *Halacha* – das jüdische Gesetz – sprechen und welche Bedeutung sie in ihrem Leben heute hat.

Ein wesentliches Ziel der Ausstellung liegt darin, Pluralität und Vielfalt innerhalb der jüdischen Kultur und insbesondere im deutsch-jüdischen Kontext aufzuzeigen. Gewürdigt wird eine heterogene jüdische Kultur mit widersprüchlichen jüdischen Auffassungen, die nebeneinander existieren. Die Ausstellung zeigt auch die verschlungenen Geschichten von deutschen Juden und Nicht-Juden im Laufe der Zeit, da sich jüdisches Leben nie isoliert betrachten lässt. Sie behandelt den Holocaust und andere Perioden jüdischer Verfolgung. Der Holocaust nimmt in der Ausstellung breiten Raum ein, ist aber weder der Fluchtpunkt, auf den die deutsch-jüdische Geschichte zuläuft, noch ihr Endpunkt. Die Ausstellung wirft ebenfalls einen Blick auf die Jahrzehnte nach 1945, in denen Juden das Trauma der Vernichtung, die Hoffnungen, die mit der Gründung des Staates Israel verbunden waren, oder die Entscheidung, nach Deutschland einzuwandern und neue jüdische Gemeinden zu gründen, verarbeiten mussten.

Darüber hinaus wurde eine bedeutende Anzahl zeitgenössischer Kunstwerke in die neue Ausstellung aufgenommen, zum Beispiel von Anselm Kiefer, Yael Bartana

und Frédéric Brenner. Wir wollen auch eine breite Palette von Medien einsetzen, um Geschichten zu erzählen: jüdische Ritualgegenstände, Archive und Dokumente, Musik, Audio- und Videomaterial, Kunstwerke aus verschiedenen Epochen, Populärkultur und Familienerbstücke.

ORTE DES UNBEHAGENS

Das Jüdische Museum Berlin spricht über Geschichte – seit dem Mittelalter leben Juden auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands –, aber es erzählt auch Geschichten, etwa über die Beziehung zwischen Juden und der Moderne, als Juden in der Lage waren, sich in die deutsche Gesellschaft, ihre militärischen, politischen und kulturellen Kreise zu integrieren, und dennoch immer unter Verdacht standen, nicht ganz zum deutschen Volk zu gehören. Wir sprechen auch Orte des Unbehagens an, wie den Umgang mit der Musik Richard Wagners oder das Spannungsverhältnis zwischen dem zeitgenössischen Feiern jüdischen Lebens in Deutschland und dem aktiven Erinnern an die Shoah.

Wir stellen auch Fragen, etwa: „Was bedeutet es im 21. Jahrhundert, jüdisch zu sein, wenn ein Elternteil nicht jüdisch ist, wenn ein Elternteil konvertiert ist, wenn ein Elternteil israelischer, russischer oder marokkanischer Jude ist?“ Es ist nicht die gleiche Identität wie in den 1920er-Jahren, und doch ist es auch eine deutsch-jüdische Identität. Als Schlusspunkt der Ausstellung reflektiert die Videoinstallation *Mesubin* – „Die Versammelten“ – von Yael Reuveny und Clemens Walter diese neue Realität. Sie inszeniert ein virtuelles Gespräch zwischen Juden unterschied-

licher Herkunft über Glauben, Liebe, Tod und darüber, was es bedeutet, heute jüdisch zu sein. Am Ende verschmilzt diese Vielstimmigkeit zu einem Chor.

2012 wurde ein Gebäude eröffnet, das auf 6.000 Quadratmetern unser Archiv, die Bibliothek, die Bildungsabteilung und die Akademie beherbergt, einen Ort des Dialogs, der Debatte und des Austauschs, einen Ort für eine breite Palette von Konferenzen, Workshops, Vorträgen und Bildungsprogrammen. Wir sehen die Akademie als einen Raum für Begegnungen und Kooperationen mit anderen Institutionen, Gruppen und Kulturen.

ÜBERRASCHENDE PERSPEKTIVEN

Last, but not least haben wir im gleichen Gebäude unsere neueste Einrichtung eröffnet: ANOHA, die Kinderwelt; eine riesige Arche Noah mit 150 Tieren aus recycelten Materialien, die Kindern und Familien eine eindringliche Erfahrung über Unterschiede und Identität, über unsere Verantwortung für Natur und Umwelt, über Beziehungen und Solidarität bietet. ANOHA ist das jüngste Beispiel dafür, wie eine jüdische Sichtweise genutzt wird, um universelle Themen anzusprechen und globale Fragen mit den Augen einer Minderheit zu betrachten.

Bis heute haben etwa dreizehn Millionen Besucher aus der ganzen Welt das Museum besucht. Dies ist sowohl ein bemerkenswerter Erfolg als auch eine Herausforderung: Wie kann das Museum, das ein internationaler Touristenmagnet ist, auch die lokale und nationale Bevölkerung ansprechen? Mit der neuen Dauerausstellung,

dem Kindermuseum, der Akademie und den Bildungsprogrammen ist das Museum zu einem Leuchtturm in Europa für mutige Museologie und Angebote geworden, die ein breites und vielfältiges Besucherpektrum ansprechen.

Es gibt viele jüdische Museen in Deutschland (Frankfurt am Main, München, Augsburg und bald Köln), das Jüdische Museum Berlin ist jedoch das einzige, das die 1.700-jährige jüdische Geschichte in Deutschland erzählt. In den letzten zehn Jahren wurden weitere bedeutende jüdische Museen mit nationaler Ausrichtung eröffnet: das Museum der Geschichte der Polnischen Juden POLIN in Warschau, das *Museo Nazionale dell'Ebraismo Italiano e della Shoah* (MEIS) in Ferrara, das Jüdische Museum in Moskau und bald das Jüdische Museum in Lissabon. Wir freuen uns, dass sich andere jüdische Museen in europäischen Hauptstädten von unseren Erfahrungen inspirieren lassen und dass wir mit vielen von ihnen eine enge Zusammenarbeit pflegen. Dass das Jüdische Museum Berlin zwanzig Jahre lang prominent dazu beigetragen hat, wie – im In- und Ausland – jüdische Kultur in Deutschland und wie in diesem Zusammenhang auch Deutschland als Ganzes

wahrgenommen wird, ist eine Erfolgsgeschichte.

Unser Ziel ist es, das Jüdische Museum Berlin zu einem Ort zu machen, an dem jeder, ob Jude oder nicht, mehr über die reiche Vielfalt der jüdischen Kultur in Vergangenheit und Gegenwart erfahren kann. In Berlin befindet sich die jüdische Kultur derzeit in einem Umbruch, mit einer Mischung aus Neuankömmlingen und einer neuen Generation. Wir wollen das Museum zu einem Ort der Begegnung und des Austauschs zwischen diesen verschiedenen Perspektiven machen. Das ist unser Ziel: Besucher, die mit vorgefassten Erwartungen kommen, zu überraschen und sie zu ermutigen, diese Erwartungen zu hinterfragen, zu Entdeckungen anzuregen, zeitgenössische Kunst ins Gespräch zu bringen und den Besuchern zumindest ein „Take-away“ mitzugeben, das ihnen hilft, das, was sie zu wissen glaubten, neu zu bewerten oder etwas Neues zu lernen über Juden in Deutschland.

Bei dem Beitrag handelt es sich um den zweiten Teil der insgesamt dreiteiligen Serie „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, die in der Mai/Juni-Ausgabe 2021, Nr. 568, der Zeitschrift Die Politische Meinung eröffnet wurde.

Ein politischer Baumeister

Kurt Biedenkopf

* 28. Januar 1930 in Ludwigshafen am Rhein, † 12. August 2021 in Dresden

Nichts an Kurt Biedenkopf war gewöhnlich. Zeitlebens zeichnete ihn aus, dass er einen eigenen Kopf hatte und das eigene Nachdenken auch dann nicht einstellte, wenn andere – sogar die eigene Parteiführung – anderer Meinung waren. Diese geistige Unabhängigkeit hat nicht nur, aber auch mit Biedenkopfs außergewöhnlicher Biographie zu tun: „Er musste nicht Politiker werden, um etwas zu sein; als er Politiker wurde, war er schon wer“, hat Heribert Prantl einmal über ihn geschrieben und darauf angespielt, dass Biedenkopf bereits in der Wissenschaft und der Wirtschaft Karriere gemacht hatte, als Helmut Kohl ihn 1973 zum Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) berief.

So habe ich Kurt Biedenkopf auch bereits vor seiner Zeit als Politiker kennengelernt. Erstmals kreuzten sich 1969 unsere Wege, als ich an der Ruhr-Universität in Bochum mein Studium aufgenommen habe. Damals war er bereits jüngster Rektor der zu jener Zeit jüngsten deutschen Hochschule. Doch die universitäre Welt war ihm nicht praxisorientiert genug. Daher der Wechsel in die Wirtschaft – 1971 wurde er Mitglied der Geschäftsführung des Henkel-Konzerns, bis ihn Helmut Kohl zwei Jahre später zur CDU holte.

Diese Vorerfahrung prägte seine Arbeit. Im Konrad-Adenauer-Haus wehte mit Biedenkopf als Generalsekretär ein neuer Wind. Mit der organisatorischen Umgestaltung der Bundesgeschäftsstelle, dem Umbau der Parteizentrale zur Denkfabrik und dem Ausbau des Parteiapparats hat Biedenkopf – zunächst durchaus im Einvernehmen mit dem Parteivorsitzenden – aus dem Wahlkampfverein CDU erst eine politische Partei im engeren Sinne gemacht und sie damit in die Nähe der Ansprüche gerückt, die unser Grundgesetz für die Tätigkeit politischer Parteien formuliert hat: an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Während Biedenkopfs vierjähriger Amtszeit begann sich die Partei zum ersten Mal als intellektuelle Quelle für die Entwicklung von Zukunftsperspektiven zu begreifen. Das, was er damals zusammen mit Heiner Geißler hinsichtlich der Formulierung der Neuen Sozialen Frage bewegt hat, war nicht nur ein intelligenter, zukunftsweisender programmatischer Zugriff auf eine bislang nicht wahrgenommene Fragestellung moderner, fortgeschrittener Industriegesellschaften; es war auch, wie nicht alle sofort begriffen, ein genialer strategischer Zugriff zur Erschließung neuer Aktionsfelder und damit potenziell neuer Wählergruppen.



Kurt Biedenkopf am 25. November 2015 in Erfurt. © IMAGO/VIADATA

Ab 1977 versuchte Kurt Biedenkopf, sich in der nordrhein-westfälischen Landespolitik eine eigene Hausmacht in der CDU zu schaffen. Das war für ihn notwendig, denn die Beziehungen zum Parteivorsitzenden hatten sich spürbar abgekühlt. In dieser Zeit kreuzten sich unsere Wege erneut, denn als junger Politiker war Biedenkopf mein Landesvorsitzender; erst in der westfälischen CDU und dann im nordrhein-westfälischen Landesverband. 1976 hatte er in meinem späteren Wahlkreis für den Bundestag kandidiert, im gemeinsamen Wahlkampfeinsatz habe ich damals viel von ihm gelernt. Aus nächster Nähe habe ich miterlebt, wie er sich in den nächsten zehn Jahren bemühte, in der nordrhein-westfälischen CDU Fuß zu fassen. Trotz einiger beachtlicher Erfolge ist ihm das letztlich nicht gelungen; 1987 musste er Norbert Blüm weichen, der neuer Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen wurde.

Für einige Zeit zog er sich vorerst aus der Politik zurück – bis zur Wiedervereinigung. Schon im Frühjahr 1990 lehrte er an der Universität in Leipzig als erster westdeutscher Professor in den neuen Ländern. Kurt Biedenkopf hatte durch seine Merseburger Schulzeit Kontakte in den Raum Halle-Leipzig, ebenso wie seine Frau Ingrid, deren Vater bis 1945 einen Betrieb in Leipzig besaß. Schließlich wurde ihm angetragen, die CDU in Sachsen in den Wahlkampf zu führen. Es sollte sein politisches Comeback werden.

Ab 1990 wählten die Sachsen Biedenkopf dreimal mit traumhaften, an frühere bayerische Verhältnisse heranreichenden Wahlergebnissen. Dieser Erfolg hatte viele Gründe; aber ein ganz wesentlicher bestand darin, dass Kurt Biedenkopf den Sachsen nahebrachte, unvermeidbare Veränderungen nicht als Zumutung, sondern als Chance zu begreifen. Er vermittelte den sächsischen Bürgern Zuversicht und Selbstvertrauen. Gleichzeitig schuf er die notwendigen Bedingungen, um ihnen zum Erfolg zu verhelfen. Obwohl

die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen für Sachsen nach Jahrzehnten verheerender Planwirtschaft alles andere als rosig waren, vermochte er dank seiner wirtschaftsfreundlichen Politik immer wieder Großinvestitionen für Sachsen zu akquirieren. Die „Gläserne Manufaktur“ des Volkswagenkonzerns in Dresden, die Werke von Porsche und BMW in Leipzig, der US-amerikanische Chiphersteller AMD in Dresden, das Leipziger Logistikzentrum – um nur einige Beispiele zu nennen – sind nicht zuletzt Biedenkopfs Erfolge.

Die Industrie kehrte nach Sachsen zurück, jedoch nicht als Wiederherstellung einer abgebrochenen Tradition, sondern als innovativer Neuanfang und Umsetzung eines Entwicklungssprungs von der Industrie- in die Wissensgesellschaft. Helmut Schmidt hat das einmal auf die treffende Formel gebracht, dass Sachsen ein Glücksfall für Biedenkopf, gleichzeitig aber Biedenkopf auch ein Glücksfall für Sachsen war. Beides ist richtig, und das zweite ist noch wichtiger als das erste. Deshalb gehörte Kurt Biedenkopf zu den prominentesten Westimporten, den allerdings heute kaum ein Sachse für einen Import hält.

Persönlich kannte ich Kurt Biedenkopf über ein halbes Jahrhundert. Was ich über die Jahrzehnte hinweg besonders an ihm geschätzt und auch bewundert habe, war seine ausgeprägte Neigung, über Fragen öffentlich nachzudenken, die sich eher im Windschatten der allgemeinen Aufmerksamkeit befanden, weil sie die meisten noch nicht als so drängend empfanden wie Biedenkopf, der es gewohnt war, vorauszudenken. Seine Ansichten und Vorschläge richteten sich nicht danach, was andere hören wollten oder was gerade populär war, sondern danach, was er als notwendig, vernünftig oder zukunftsorientiert erachtete. Er hat beispielsweise die demografischen Herausforderungen für unseren Sozialstaat und seine Absicherungssysteme früher erkannt als andere. Deshalb war es ihm immer ein wichtiges Anliegen, Probleme nicht zu verdrängen, sondern anzupacken. Diese Ungeduld zur Problemlösung wird besonders deutlich in einem meiner Biedenkopf'schen Lieblingssätze: „Die Kosten für die Bewältigung eines vertagten Problems wachsen mit dem Quadrat der verlorenen Zeit.“

Ich habe Kurt Biedenkopf über Jahrzehnte als klugen und aufgeschlossenen Menschen außerordentlich geschätzt, und ich bin froh, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung, in deren Kuratorium er viele Jahre engagiert war, noch im Januar 2020 anlässlich seines 90. Geburtstages eine große Festveranstaltung ausgerichtet hat, bei der unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Michael Kretschmer seine Verdienste würdigten. Natürlich fanden die Feierlichkeiten in Dresden statt, wo Biedenkopf einen so bleibenden Eindruck hinterlassen hat. Dazu passt ein schöner Satz eines anderen bekannten Dresdners, Erich Kästner, der einmal gesagt hat: „Immer wieder kommen Staatsmänner mit großen Farbtöpfen des Weges und erklären, sie seien die neuen Baumeister, und immer wieder sind es nur Anstreicher, die Farben wechseln, die Dummheit bleibt.“ Damit hätte Kurt Biedenkopf sich nie zufriedengegeben; deshalb ist er ein Baumeister geworden und gewesen, nicht nur des Freistaates Sachsen, sondern ein Baumeister des neuen vereinten Deutschlands. So werden wir ihn in dankbarer Erinnerung behalten.

Norbert Lammert

2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages,
seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

AUS DER STIFTUNG

Seit 2002 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Auslandsbüro in Kabul (Afghanistan). Dessen Leiterin, Dr. Ellinor Zeino, konnte bereits vor einiger Zeit im Rahmen von der Stiftung getroffener Maßnahmen zur Verlagerung unserer Aktivitäten das Land verlassen. Mithilfe unserer Netzwerke vor Ort war es uns möglich, auf gemeinsame Initiative mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, die ebenfalls noch Ortskräfte im Land beschäftigte, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kabul sowie ihre Familien über den Landweg nach Pakistan und schließlich nach Deutschland ausreisen zu lassen.

PUBLIKATIONEN

Die Studie *Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021*, erschienen im Juli 2021, untersucht grundlegende Strukturen und Einstellungen der Wahlberechtigten. Im Fokus stehen die unterschiedlichen Formen der Bindung an die Parteien, die weiter deutlich zurückgeht, und deren Begründung.

Die im Juli 2021 veröffentlichte Studie *Haushalt ist Frauensache?* geht der Frage nach, wie sich das Familienleben durch die Corona-Pandemie veränderte. Die Analyse präsentiert die Ergebnisse aus repräsentativen und qualitativen Befragungen und untersucht die Traditionalisierung und Enttraditionalisierung von Geschlechterrollen vor und während der Pandemie.

Die Stärkung der sozialen Rechte auf europäischer Ebene gewinnt zunehmend an Bedeutung. Bei der Ausgestaltung sollte jedoch ein ordnungspolitischer sowie stabilitätsorientierter Ansatz zur Geltung kommen. Angesichts dessen analysiert die im Juli 2021 veröffentlichte Studie *Grundsätze für ein soziales Europa* die geplante Rahmen-Richtlinie zu einem europäischen Mindestlohn und untersucht, ob diese zur Stärkung der sozialen Säule zielführend und mit der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Europas vereinbar ist.

Im August 2021 erschien die Studie *Globale Wertschöpfungsketten. Reformbedarfe und Möglichkeiten*. Die Analyse ordnet die Risiken internationaler Wertschöpfungsketten für die deutsche Wirtschaft ein und stellt ihnen die Chancen der arbeitsteiligen Produktion gegenüber.

PERSONALIA

Im September 2021 hat Johann Kerstan die Leitung des Länderprojekts Kongo in Kinshasa übernommen; Pavel Usvatov leitet das regionale Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa mit Sitz in Bukarest und Beatrice Gorawantschy ist für das Länderprojekt Israel in Jerusalem zuständig.

Im Oktober 2021 hat Bertil Wenger die Leitung des Regionalprogramms Australien und Pazifik mit Sitz in Canberra übernommen.

Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2021
zum Thema

Anthropos

Neue Anthropologien und christliches Menschenbild

Mit Beiträgen unter anderen von Steffen Augsburg, Vittorio Hösele,
Karen Ilse Horn, Ahmad Milad Karimi, Gesa Lindemann und Elke Mack.

IMPRESSUM

Nr. 570, September/Oktober 2021, 66. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 310-333
kas@frommrasch.de

Herstellung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Gemeinsam mehr erreichen

Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Die Förderer des Freundeskreises gehören zur „Familie“ und stehen in regel-
mäßigem Austausch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie erhalten kosten-
los aktuelle und wertvolle Informationen zur Stiftungsarbeit im In- und
Ausland. Exklusiv für den Freundeskreis bietet die Stiftung Seminare und
regionale Veranstaltungen wie Stammtische mit hochkarätigen Referenten an.
Im Rahmen von politischen Studienreisen – unterstützt vom internationalen
Netzwerk der Stiftung – bekommen die Förderer einmalige Einblicke und
unvergessliche Eindrücke der besuchten Länder und ihrer Politik, Geschichte,
Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Als Förderer im Freundeskreis tragen Sie dazu bei, die Leistungsfähigkeit
und hohe Qualität des Angebots der Konrad-Adenauer-Stiftung langfristig
zu sichern. Wir bedanken uns für Ihr Engagement!

Weitere Informationen über den Freundeskreis und den jährlichen Förder-
beitrag finden Sie unter www.kas.de/freundeskreis.

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Christine Wagner

Telefon: 030/26996-3256

Telefax: 030/26996-53256

christine.wagner@kas.de

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Klingelhöferstraße 23 | 10785 Berlin

SCHLAMMBEFREIT, ABER WINTERFEST?

Richtig „rangeklotzt“ haben die Menschen und ihre Helfer in den Flutkatastrophengebieten. Dennoch steht der Wiederaufbau gerade erst am Anfang. Beispielsweise werden viele Betroffene, die in ihren beschädigten Häusern wohnen, bis zum Winter keine neue Heizung haben.

Die Verordnung für die Aufbauhilfe des Bundes über ein Sondervermögen von dreißig Milliarden Euro ist am 16. September 2021 in Kraft getreten. Auch diese enorme Summe verdeutlicht, wie viel noch zu tun bleibt.

Die Fotos zeigen die Altstadt von Ahrweiler, kurz nach der Flut (rechts) und vier Wochen später (links).

Foto: © picture alliance/dpa | Thomas Frey



